

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Dirk Berg-Schlosser
Afrika zwischen
Despotie und Demokratie

Volker Matthies
Sicherheitspolitik
und Dritte Welt:
Das Beispiel Afrika

Winrich Kühne
Sowjetische Einflußsuche
und westliche Sicherheit:
Das Beispiel Afrika

ISSN 0479-611 X

B 14/84
7. April 1984

Dirk Berg-Schlosser, geb. 1943, Diplom-Volkswirt, Dr. oec. publ., Dr. phil. habil., Ph. D./UC Berkeley; apl. Professor für Politikwissenschaft an der Universität Augsburg.

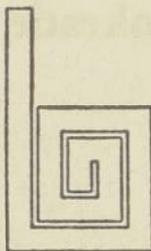
Veröffentlichungen u. a.: Politische Kultur, München 1972; Die Politischen Probleme der Dritten Welt, Hamburg 1972; Einführung in die Politikwissenschaft (mit Herbert Maier und Theo Stammen), München 1981³; Tradition and Change in Kenya, Paderborn 1984.

Volker Matthies, Dr. phil., geb. 1945; Privatdozent für Politische Wissenschaft an der Universität Hamburg, seit 1974 wissenschaftlicher Angestellter am Deutschen Übersee-Institut in Hamburg.

Veröffentlichungen u. a.: Schwarzafrika. Politische Konflikte und Entwicklungskrisen, Opladen 1971; Das „Horn von Afrika“ in den internationalen Beziehungen, München 1976; Neue Weltwirtschaftsordnung, Opladen 1980; (als Hrsg.) Süd-Süd-Beziehungen. Zur Kommunikation, Kooperation und Solidarität zwischen Entwicklungsländern, München-Köln-London 1982; Kriege in der Dritten Welt, Opladen 1982.

Winrich Kühne, Dr. jur., geb. 1944, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Internationale Politik und Sicherheit der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen bei München.

Veröffentlichungen u. a.: Das Völkerrecht und die militärische Nutzung des Meeresbodens, Leiden 1975; Zur Verbindlichkeit, Auslegung und Anwendung der Schlußakte von Helsinki — Einige rechtssoziologische Überlegungen, in: Die Friedenswarte 59 (1976); Die sowjetische Außenpolitik im südlichen Afrika — eine Bedrohung für den Westen?, in: Polarität und Interdependenz — Beiträge zu Fragen der internationalen Politik (Band 1 der Reihe Internationale Politik und Sicherheit, hrsg. von der Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen), Baden-Baden 1978; Grundtendenzen der sowjetischen Außenpolitik im südlichen Afrika, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46/78; Schwarzafrika und die Sowjetunion. Die Bedeutung der Rüstungs- und Militärhilfe als Instrument der militärstrategischen, ökonomischen und ideologischen Einflußsicherung, in: Europa Archiv, Vol. 35, Nr. 10 (25. 5. 1980), S. 325—334; Die Politik der Sowjetunion in Afrika. Bedingungen und Dynamik ihres ideologischen, ökonomischen und militärischen Engagements (Band 10 der Reihe Internationale Politik und Sicherheit, hrsg. von der Stiftung Wissenschaft und Politik), Baden-Baden 1983.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion:

Holger Ehmke, Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Karl-Heinz Resch.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4604-0, nimmt entgegen

— Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

— Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;

— Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Afrika zwischen Despotie und Demokratie

Bedingungen und Leistungsfähigkeit der politischen Systeme der Gegenwart

I. Einführung

Das aktuelle politische Geschehen in den unabhängigen Staaten „Schwarzafrikas“ bietet Außenstehenden ein verwirrendes Bild. Nachrichten von politischen Krisen, Militärputschen, kriegerischen Auseinandersetzungen, Wirtschaftskatastrophen usw. häufen sich. In vielen Fällen verfestigen sie sich zu negativen Stereotypen über „chaotische Verhältnisse“ in einem „unverstehbaren“ Kontinent. Sofern dann überhaupt noch nach Ursachen gefragt wird, werden diese vielfach in der „zivilisatorischen“ Rückständigkeit der afrikanischen Bevölkerung gesehen. Nicht selten gipfeln sie in rassistischen Erklärungsmustern. Die konkrete historische Ausformung der heutigen Staatsgebilde unter kolonialen Vorzeichen und die auch nach der politischen Unabhängigkeit weiter bestehende Einbettung in weltwirtschaftliche und weltpolitische Zusammenhänge werden bei einer solchen Betrachtung ausgeblendet.

Auftretende innere Krisen dienen auch nicht selten als Rechtfertigung für erneute Interventionen von außen. Alle fünf für Afrika relevanten Weltmächte (Frankreich und Groß-

britannien vorwiegend in ihren früheren Kolonialgebieten; die USA z. B. in Zaire, Liberia, Somalia usw.; die Sowjetunion in Guinea, Angola, Uganda, Äthiopien u. ä.; China in Tansania, Mosambik und Sambia etc.) beteiligen sich an diesem häufig makabren Spiel. Auch kleinere regionale und benachbarte Mächte (Südafrika, Israel, Libyen u. a.) sind sich hierfür, wenn sich ein opportuner Anlaß bietet, häufig nicht zu schade. Afrikanische Politik und ihre Bestimmungsfaktoren müssen also auch immer im internationalen Kontext gesehen werden.

Trotz der oftmals dominanten historischen und weiterwirkenden externen Zusammenhänge reichen diese aber als alleinige Erklärungsmuster nicht aus. Von vornherein und pauschal nur von „Marionettenregimen“ zu sprechen, wäre sicher verfehlt. Auch die internen gesellschaftlichen und ökonomischen Bestimmungsfaktoren sind jeweils sorgfältig zu erfassen und besonders in bezug auf ihre Wechselwirkungen zur internationalen Ebene zu untersuchen.

II. Elemente des Systemvergleichs und Aspekte der afrikanischen Realität

Im Gegensatz zu einer vorwiegend rechtlich-institutionellen Betrachtungsweise beim Vergleich der politischen Systeme der heutigen Industriestaaten, deren soziale und wirtschaftliche Basis meist als stabil angesehen oder zumindest als bekannt und einander relativ ähnlich vorausgesetzt werden kann, müssen für die Staaten Afrikas, aber auch anderer Regionen der Dritten Welt, die jeweiligen gesellschaftlichen Grundlagen der Politik explizit in die Analyse einbezogen werden, um zu einem besseren Verständnis der Mate-

rie und der ihr innewohnenden Dynamik zu gelangen¹⁾.

¹⁾ Detailliertere Informationen vermitteln z. B. auch die folgenden Handbücher: J. N. Paden / E. W. Soja, *The African Experience*, 2 Bd., London 1970; J. C. Morrison u. a., *Black Africa — A Comparative Handbook*, New York 1972; F. Nuscheler / K. Ziemer (Hrsg.), *Politische Organisation und Repräsentation in Afrika*, 2 Halbbände, Berlin 1978; D. Nohlen / F. Nuscheler (Hrsg.), *Handbuch der Dritten Welt*, Band 4 und 5, Hamburg 1982²; J. M. Werobella Rochell u. a., *Politisches Lexikon, Schwarzafrika*,

Bereits die Bestimmung des jeweiligen äußeren Rahmens der heutigen Staatsgebilde und die Probleme ihrer „nationalen“ Integration verdeutlichen diesen Tatbestand. So wurden die Grenzen aller Staaten Schwarzafrikas von den europäischen Kolonialmächten bestimmt. In vielen Fällen geschah dies mit Bleistift und Lineal auf der Landkarte, ohne im geringsten auf die jeweils dort ansässigen Volksgruppen, ihre Beziehungen zueinander usw. Rücksicht zu nehmen. Auf diese Weise entstanden zu meist ethnisch sehr heterogen zusammengesetzte Sozialgebilde, deren inneres Zusammenwirken erst zu gestalten war (eine gewisse Ausnahme ist die heutige Republik Somalia, die im Inneren ein relativ homogenes „Staatsvolk“ aufweist, deren auf ethnisch-kulturelle Gemeinsamkeiten gestützte nationalen Ansprüche aber über ihre heutigen Staatsgrenzen hinausreichen und auch somalisch sprechende Bevölkerungsgruppen im zu Äthiopien gehörenden Ogaden, der Nordostprovinz Kenias und in Dschibuti umfassen). Trotz dieser Künstlichkeit gelten die bestehenden Staatsgrenzen auch nach Auffassung der Organisation für afrikanische Einheit (OAU) heute als unantastbar, um bei einer allgemeineren Revision unter Umständen nicht noch größere Probleme und massive Konflikte zu provozieren. Ebenso sind bislang alle Versuche, durch Annexion oder Sezession auf gewaltsamem Wege eine Veränderung der Grenzen herbeizuführen, z. B. durch Somalia, in Zaire (Katanga), Nigeria (Biafra), im Tschad usw. gescheitert.

Auch der sogenannte „Tribalismus“ als häufige Erscheinungsform von Konflikten auf ethnischer Basis in Afrika kann nur angemessen verstanden werden, wenn man ihn im Kontext der neugeschaffenen Staatsgebilde begreift. Nicht traditionelle Fehden zwischen benachbarten Volksgruppen, sondern Auseinandersetzungen um ökonomische Privilegien und politische Macht zwischen Angehörigen verschiedener Volksgruppen, die erst im neuen nationalen Rahmen miteinander in Kontakt gekommen sind, stehen heute im Vordergrund. Dies gilt insbesondere, wenn die durchschnittlichen materiellen Lebenschancen dieser Gruppen deutliche Unterschiede aufweisen, also „horizontale“ und „vertikale“ Konfliktstrukturen sich überlagern.

Traditionell waren fast alle schwarzafrikanischen Gesellschaften (das feudalistisch struk-

München 1979; G. T. Kurian, *Encyclopedia of the Third World*, London 1979; C. Legum (Ed.), *Africa Contemporary Record*, London 1969 ff.

turierte Kaiserreich Äthiopien stellte in dieser Beziehung eine Ausnahme dar) durch das Überwiegen einer „afrikanischen Produktionsweise“²⁾ gekennzeichnet. Privateigentum an Grund und Boden war weitgehend unbekannt. Statt dessen bestanden respektierte Nutzungsrechte für diejenigen, die das Ackerland jeweils konkret bearbeiteten. Lag das Land dann nach einer Weile wieder brach, konnte es durch andere genutzt werden. Individuelle Produktionsmittel wie Vieh u. ä. und auch dauerhaft angepflanzte Kulturen (wie z. B. Palmen etc.) waren dagegen fest im Privateigentum der jeweiligen Familien. Da außerdem fast ausschließlich für den Eigenbedarf produziert wurde, der sich jeweils im Jahreszyklus ausglich, fand keine nennenswerte Akkumulation von Kapital statt. Etwas größerer ökonomischer Wohlstand einzelner (z. B. auch in Form von Vieh) wurde häufig durch polygame Familienstrukturen wieder „umverteilt“. Durch die erheblichen „Brautpreise“ und die, angesichts einer in der Regel höheren Kinderzahl, in der Erbfolge verstärkt wirksam werdende Aufteilung konnten sich keine deutlich abgesetzten sozialen Klassen herausbilden. In ökonomischer Hinsicht handelte es sich im traditionellen Afrika also um weitgehend egalitäre Strukturen. Dies gilt auch für auf der politischen Ebene hierarchisch strukturierte Volksgruppen, wie z. B. für die Königreiche in Westafrika oder dem heutigen Uganda. Die Lebenshaltung der Herrschenden beruhte in diesen Fällen vorwiegend auf Sklavenarbeit am Hofe, Beteiligung am Fernhandel oder politischen Eroberungen, nicht aber auf der Abschöpfung eines kleinbäuerlich erwirtschafteten Mehrprodukts. Diese relativ egalitäre ländliche Sozialstruktur hat sich auch in einer Reihe von Fällen als eine günstigere Bedingung für eine bäuerliche Entwicklung auf breiterer Grundlage erwiesen, als dies z. B. in stärker verkrusteten feudalistischen oder neo-feudalistischen Strukturen in Asien oder Lateinamerika der Fall ist.

So ist heute in einigen Staaten eine ländliche Kleinbourgeoisie entstanden, die erfolgreich für den Export produziert (z. B. Kaffeebauern in Kenia, Malawi oder Uganda, Kakaobauern in Ghana, Kamerun, der Elfenbeinküste usw.), teilweise erwirtschaftete Erträge in anderen Bereichen investiert (z. B. im Handel, Trans-

²⁾ Vgl. C. Coquery-Vidrovitch, *The Political Economy of the African Peasantry and Modes of Production*, in: P. C. W. Gutkind / I. Wallerstein (Eds.), *The Political Economy of Contemporary Africa*, Beverly Hills 1976, S. 90—111.

portwesen etc.) und sich auch politisch häufig bemerkbar macht. Neben dieser weiter expandierenden Kleinbourgeoisie überwiegt auf dem Lande aber in den meisten Fällen noch die Produktion für den Eigenbedarf, die sich bei knapper werdendem fruchtbarem Ackerland einer wachsenden Zahl zu füllender Mägen gegenüber sieht.

In einigen Staaten wurden in der Kolonialzeit auch großräumig angelegte Plantagen errichtet (z. B. in Tansania und einer Reihe von Staaten der westafrikanischen Küstenregion), die in vielen Fällen nach wie vor in ausländischem Besitz sind und ein ländliches Proletariat beschäftigen, das heute meist ohne jeden Landbesitz ist. In verstärktem Maße gilt diese ausländische Dominanz und Proletarisierung einer einheimischen Schicht für diejenigen ehemaligen Kolonien, die in erster Linie Bergbauprodukte für den Export (wie z. B. in Zaire, Sambia, Gabun etc.) erwirtschaften. Industrie, Finanzwesen und Außenhandel sind ebenfalls zum überwiegenden Teil in ausländischen Händen. Der Anteil der in diesen Bereichen Beschäftigten an der Gesamtbevölkerung ist aber meist relativ gering. Der öffentliche Sektor einschließlich para-staatlicher Institutionen und Unternehmungen ist dagegen in vielen Fällen vergleichsweise stark besetzt. Neben der Erfüllung wichtiger Funktionen (z. B. im Erziehungs- und Gesundheitswesen, der ländlichen Entwicklung usw.) ist hierbei auch die Existenz weitgehend unproduktiver und parasitärer Elemente häufig nicht zu übersehen.

Diese horizontalen und vertikalen sozialen Strukturen finden ihren Niederschlag auch auf der „input“-Seite des politischen Systems. Interessengruppen und Verbände sind insgesamt relativ schwach ausgeprägt, auch Gewerkschaften spielen meist nur eine geringe Rolle³⁾. Wo Interessen stärker organisiert sind, artikulieren sich diese häufig auf einer ethnischen Basis. Dies gilt in noch höherem Maße für politische Parteien, zumindest dort, wo zeitweilig mehrere Parteien aktiv waren (wie z. B. in Nigeria, Kenia, Uganda usw.). Hierin liegt auch der wichtigste Grund für die in der überwiegenden Zahl der Staaten anzutreffenden Einparteiensysteme. Solange Interessen vorwiegend auf ethnischer oder auf andere Weise festgeschriebener „kommunalistischer“ Basis artikuliert werden, kann keine sinnvolle, auch einmal unterschiedliche

Mehrheiten ermöglichende Parteienkonkurrenz um „Wechselwähler“ stattfinden. Die Dominanz einiger Gruppen (wie z. B. auch in Nigeria bis 1966) wird dann zementiert und provoziert andere, gewaltsame Arten eines Regimewechsels.

Einparteiensysteme in Afrika, ob nun stärker „konservativer“ oder eher „sozialistischer“ Prägung, sind daher, schon von ihrer sozialen Ausgangsbasis her, auf keinen Fall mit totalitären Einparteiensystemen in heutigen Industriestaaten gleichzusetzen. Aber auch in ihrem (meist relativ schwach ausgeprägten) Organisationsgrad und ihrer häufig recht vagen Ideologie unterscheiden sie sich erheblich. Dennoch gibt es zwischen solchen Einparteiensystemen große Variationen, vor allem hinsichtlich ihrer internen Entscheidungsstrukturen und der Offenheit ihres Zugangs: So waren, im einen Extrem, z. B. in der Zentralafrikanischen Republik zeitweilig nominell fast alle Erwachsenen Angehörige der Staatspartei, im Kongo/Brazzaville umfaßte diese dagegen 1972 ganze 160 Personen⁴⁾. Die Entscheidungsstrukturen sind in den meisten Fällen stark autoritär geprägt, es gibt aber auch Ansätze zu demokratischeren Formen der Willensbildung, z. B. in modifizierter Form bei der Aufstellung von Kandidaten für die nationalen Parlamente in Kenia oder Tansania.

Auf der Ebene des politischen Systems selbst sind ebenfalls erhebliche Unterschiede anzutreffen. Stark zentralisierte Regierungsformen überwiegen; es gibt aber auch Ansätze zu föderalistischen Strukturen (z. B. im bevölkerungsmäßig mit Abstand größten Staat Nigeria). „Klassische“ Formen der Gewaltenteilung sind nur sehr gering ausgeprägt. Wo Parlamente formell existieren, führen sie häufig ein Schattendasein (auch in dieser Hinsicht ist z. B. Kenia eine eher rühmliche Ausnahme). Die Unabhängigkeit der Justiz ist nur in wenigen Ländern einigermaßen gewährleistet.

Die Autorität der Staatsführung gründet sich in einigen Fällen z. T. auf Restbestände traditioneller Legitimität, wie z. B. bei Houphouët-Boigny in der Elfenbeinküste oder Sékou Touré in Guinea, die der traditionellen „cheferie“ entstammen. In anderen Staaten sind Elemente charismatischer Legitimität zu beobachten. Dies gilt vor allem auch für in der Phase der Unabhängigwerdung erfolgreiche

³⁾ Vgl. z. B. U. G. Damachi u. a. (Eds.), *Industrial Relations in Africa*, London 1979.

⁴⁾ Vgl. H. F. Illy u. a., *Diktatur — Staatsmodell für die Dritte Welt?*, Freiburg 1980, S. 34f.

politische Führer (wie z. B. Nkrumah in Ghana, Kenyatta in Kenia u. a.). Wie diese Beispiele aber zeigen, kann eine solche personengebundene Legitimität sehr schnell wieder schwinden, und nur, wenn sie auch mit persönlicher Integrität gekoppelt ist, wie z. B. in erheblichem Maße bei Nyerere in Tansania oder Senghor im Senegal, erweist sie sich als dauerhafter. Über echt kompetitive Wahlen vermittelte „rational-legale“ Legitimität im Weberschen Sinne stellt dagegen in Afrika nach wie vor die Ausnahme dar. Mangelnde Legitimität der Systeme wird daher in vielen Fällen durch massive Repression und Einsatz staatlicher Zwangsmittel (Polizeiwesen und Geheimdienste sind häufig relativ stark „entwickelt“), nicht zuletzt auch des für die meisten Staaten in erster Linie innenpolitisch bedeutsamen Militärs, ersetzt.

Dies verweist erneut auf den relativ dominanten „output“-Charakter dieser Systeme. Die Staatsverwaltung und andere staatliche Organisationen sind häufig stark aufgebläht. Ihre Effizienz wird durch Nepotismus und Korruption nicht selten erheblich beeinträchtigt. Hierunter leidet nicht zuletzt auch die entwicklungspolitische Leistungsfähigkeit der Systeme insgesamt, damit aber auch unter Umständen der Rückhalt in den tragenden sozialen Gruppen und ihre längerfristige Stabilität. Hier liegt die Wurzel für den häufig zu beobachtenden „prätorianischen“ Charakter

vieler Staaten. Erwartungen und tatsächlich erbrachte Leistungen klaffen weit auseinander. Die Unzufriedenheit macht sich dann in zahlreichen Regimewechseln (wie z. B. in Dahomey/Benin, Ghana oder Obervolta mit jeweils mehr als fünf Staatsstreichern seit der Unabhängigkeit) Luft. Einzelne soziale Machtfaktoren, einschließlich des Militärs und anderer bewaffneter Gruppen, prallen häufig immer unmittelbarer aufeinander (wie z. B. nach wie vor in einem erheblichen Maße in Staaten wie Uganda oder dem Tschad) und zerstören jeden sozialen Konsens.

Letzten Endes sind die politischen Systeme aber auch nach normativen Kriterien zu beurteilen. Diese stützen sich auf demokratiethoretische u. a. politisch-philosophisch begründete Prämissen. Hierzu zählen nicht zuletzt die Gewährleistung fundamentaler „liberaler“ und „sozialer“, „formaler“ und „materieller“ Menschenrechte⁵⁾, die Einhaltung rechtsstaatlicher Verfahrensweisen und die Möglichkeit einer pluralistischen, unzensierten Berichterstattung durch öffentliche Medien. Wenn auch die jeweilige Interpretation solcher Grundwerte und Verfahrensweisen nicht zu eng in einem euro-zentrischen Sinn erfolgen sollte, so haben sie doch von ihrem Anspruch her universellen Charakter, wie dies auch in der von den meisten Staaten der Dritten Welt zumindest unterzeichneten Charta der Vereinten Nationen zum Ausdruck kommt.

III. Klassifikation und Leistungen politischer Systeme der Gegenwart

Der Versuch, alle diese unterschiedlichen Klassifizierungselemente politischer Systeme und ihre jeweiligen konkreten Ausprägungen im afrikanischen Kontext zu einer umfassenden und in sich konsistenten Kategorisierung herauszuziehen, ist allerdings zum Scheitern verurteilt. Angesichts der Komplexität der betrachteten Dimensionen und der Vielfalt ihrer inhaltlichen Ausformungen würde ein solches Schema, wäre es vollziehbar, eher Verwirrung stiften als zu einer sinnvollen Orientierung innerhalb der Fülle der auf den Beobachter eindringenden empirischen Fakten beitragen. Eine Reduzierung auf einige zentrale Aspekte ist also unerlässlich.

Trotz der letztlich bestehenbleibenden Besonderheiten jedes Einzelfalls muß ein solches Muster — auf einer mittleren Ebene der Ab-

straktion — einerseits eine sinnvolle Aggregation vornehmen, andererseits aber genügend differenziert bleiben. Für die hier verfolgten Zwecke erweisen sich die folgenden vier „Klumpungen“ („cluster“) von Systemmerkmalen als besonders charakteristisch, wobei die gewählten „Etiketten“ allerdings jeweils nur einen partiellen Aspekt herausgreifen: „Polyarchien“, „sozialistische Systeme“, „zivil-autoritäre Systeme“ und „Militärregime“ (siehe auch Anhang 1).

Die erste Kategorie greift einen von Dahl⁶⁾ geprägten Terminus auf, der angesichts sehr

⁵⁾ Vgl. hierzu z. B. G. Grohs, Die Menschenrechtsdiskussion in den unabhängigen Staaten Afrikas südlich der Sahara, in: Afrika Spectrum, 2 (1979), S. 125—134.

⁶⁾ R. A. Dahl, Polyarchy, New Haven 1971.

restriktiver sozialer und ökonomischer Bedingungen den anspruchsvolleren „Demokratie“-Begriff vermeidet, aber den pluralistischen, auf geregelten politischen Wettbewerb beruhenden Charakter und die rational-legale Legitimität eines solchen Systems hervorhebt. Auch ein „semi-kompetitiver“ Fall wie Kenia (in dessen Einparteiensystem relativ freie Parlamentswahlen stattfinden, offener Wettbewerb bei den Präsidentschaftswahlen aber nicht möglich ist) ist aus Gründen der Vereinfachung dieser Kategorie zugeordnet⁷⁾.

Der zweite Typus umfaßt „afrikanisch-sozialistische“ Staaten⁸⁾ mit einer auch organisatorisch effektiven Einparteiensstruktur und einer expliziten auf „nicht-kapitalistische“ und „eigenständige“ („self-reliant“) Entwicklungswege bezogenen Programmatik, die an egalitäre afrikanische Traditionen anknüpfen soll. Auch diese Systeme weisen z. T. eingeschränkte Formen politischen Wettbewerbs (z. B. bei der Aufstellung von Parlamentskandidaten in Tansania oder Sambia) und Aspekte rational-legaler Legitimität auf. Im internationalen Kontext suchen sie ebenfalls meist stärker ungebundene („non-aligned“) Wege zum Sozialismus.

Als „zivil-autoritär“ sollen hier Staaten bezeichnet werden, die angesichts starker ethnischer Heterogenität ebenfalls ein Einparteiensystem aufweisen, deren Programmatik aber relativ gering ausgeprägt ist bzw. faktisch eher in eine pragmatisch-konservative Richtung tendiert. Offene Formen politischen Wettbewerbs fehlen. Teilweise sind aber gewisse Erscheinungsformen traditionaler und charismatischer Legitimität zu beobachten. Ansonsten stützen sich diese Systeme deutlich vor allem auf ihre „Output“-Seite. Beispiele hierfür sind u. a. die Elfenbeinküste, Malawi und Kamerun.

Der vierte Typ bezieht sich schließlich auf die mittlerweile quantitativ überwiegenden Militärregime, deren Etablierung angesichts nur schwach ausgeprägter politischer Institutionen und sozialer Gegenkräfte in vielen Fällen relativ einfach ist. Sie stützen sich dabei vorwiegend auf die „Macht ihrer Gewehrläufe“. Die Herrschaftsstruktur solcher Systeme ist

häufig stark personalistisch geprägt. Afrikanische Militärherrscher sind aber nicht von vornherein, angesichts anderer Sozialstrukturen und z. T. unterschiedlicher ideologischer Ausrichtungen, mit ähnlichen Machthabern in Lateinamerika oder anderen Regionen der Dritten Welt gleichzusetzen⁹⁾. Kommt es in solchen Staaten zu häufigen Regimewechseln und einem ständigen Aufeinanderprallen unmittelbarer Machtgruppen, so sind sie hier als „Verlaufstyp“ der von Huntington geprägten Kategorie „prätorianische“ Systeme¹⁰⁾ zugeordnet (siehe Anhang 2).

Die Leistungen dieser unterschiedlichen Systemtypen lassen sich nun mit unterschiedlichen Kriterien auch konkret messen. Dafür seien drei zentrale Bereiche herausgegriffen: Die ökonomische Leistungsfähigkeit im Sinne einer konkret feststellbaren materiellen Entwicklung, die Verwirklichung von normativen Zielsetzungen, wie sie vor allem in der Menschenrechtsdiskussion der letzten Jahre zum Ausdruck kam, und die ökonomische Außenbestimmung der Staaten Afrikas als ein auch in den theoretischen Auseinandersetzungen über die Ursachen von Unterentwicklung im letzten Jahrzehnt vorrangig artikulierter Tatbestand. Jeder dieser Bereiche soll mit Hilfe einiger ausgewählter Indikatoren auch quantitativ kurz umrissen werden. Die ökonomische Leistungsfähigkeit wird zunächst mit der am häufigsten verwendeten Größe, der Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts pro Kopf, beschrieben. Da es sich hierbei aber um eine rein monetäre Größe handelt, die Subsistenzinkommen, internationale Kaufkraftunterschiede usw., aber auch die Einkommensverteilung in den jeweiligen Ländern unberücksichtigt läßt, soll sie zumindest durch einen Indikator ergänzt werden, der auch zentrale Aspekte der Veränderungen der konkreten materiellen Lebensumstände, auch hinsichtlich ihrer Verteilung, erfaßt. Es handelt sich hierbei um den von Morris¹¹⁾ entwickelten „Physical Quality of Life Index“, der

⁹⁾ Eine umfassende Bestandsaufnahme unterschiedlicher Formen von Militärherrschaft in verschiedenen Regionen der Dritten Welt findet sich z. B. auch in F. Büttner u. a., *Reform in Uniform?*, Bonn 1976.

¹⁰⁾ Vgl. S. P. Huntington, *Political Order in Changing Societies*, New Haven 1968, insbes. S. 192ff.

¹¹⁾ Vgl. M. E. Morris, *Measuring the Condition of the World's Poor*, New York 1979. Die konkreten Daten wurden insbesondere C. L. Taylor / D. Jodice (Eds.), *Handbook of Social and Political Indicators*, New Haven 1983³, den Weltentwicklungsberichten der Weltbank und diversen UN-Jahrbüchern entnommen.

⁷⁾ Politische Systeme mit eingeschränktem Wettbewerbscharakter werden auch in G. Hermet u. a. (Eds.), *Elections without Choice*, London 1978, behandelt.

⁸⁾ Vgl. z. B. C. G. Rosberg / W. H. Friedland (Eds.), *African Socialism*, Stanford 1964, und C. G. Rosberg / T. M. Callaghy (Eds.), *Socialism in Sub-Saharan Africa*, Berkeley 1979.

Veränderungen der durchschnittlichen Lebenserwartung, der Säuglingssterblichkeit und der Alphabetisierung in einer einzelnen Größe zusammenfaßt.

Die Evaluierung der normativen Gesichtspunkte stützt sich auf zwei etwas unterschiedlich akzentuierte Quellen, nämlich den „Index bürgerlicher Freiheiten“ („civil liberties“) wie er alljährlich von Freedom House in New York ermittelt wird¹²⁾, und, in Ergänzung hierzu, einen „Index politischer Repression“, der sich auf die Jahresberichte von Organisationen wie Amnesty International, Untersuchungen der Internationalen Juristenkommission in Genf und ähnliche Materialien stützt¹³⁾.

Die Frage der ökonomischen Abhängigkeit schließlich soll mit Hilfe von Indikatoren der Exportgüterkonzentration, die auch Aspekte der Produktionsstruktur eines Landes, wie z. B. die Konzentration auf einige wenige Rohstoffe, widerspiegelt, der Konzentration von Außenhandelspartnern, z. B. auch in bezug auf die früheren Kolonialmächte, und der Durchdringung durch multinationale Konzerne hin-

¹²⁾ Vgl. R. D. Gastil, *Freedom in the World*, New York 1978 ff. Die Skala bezieht sich auf allgemeine „freiheitliche“ Bürgerrechte, u. a. auf Pressezensur, Rechtsstaatlichkeit, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, wobei ein Wert von 1 das höchste und ein Wert von 7 das geringste Ausmaß von Bürgerrechten bezeichnet.

¹³⁾ Amnesty International, Jahresbericht, Frankfurt 1980, 1981, 1982, und International Commission of Jurists, *The Review*, Genf 1979 ff. Dieser Index (mit Werten von 1 bis 5) bezieht sich vorwiegend auf unmittelbare staatliche Repressionsmaßnahmen wie Verhaftungen aus ausschließlich politischen Gründen, die Anwendung von Folter usw. Genauere Angaben enthält auch mein Aufsatz „African Political Systems — Typology and Performance“, in: *Comparative Political Studies*, (1984) 4.

sichtlich ihres jeweiligen Anteils am Industriekapital¹⁴⁾ empirisch bestimmt werden.

Hinsichtlich der „Entwicklungsleistung“ (siehe Tab. 1) fällt zunächst die Diskrepanz zwischen den beiden verwendeten Indikatoren, dem Bruttosozialprodukt pro Kopf und dem „Index physischer Lebensqualität“, auf. Bloßes Pro-Kopf-Wachstum steht offensichtlich nur in einem relativ schwachen Zusammenhang zur Veränderung realer Größen der Lebensqualität. Besonders deutlich wird dies, wenn man die Leistungen der „zivil-autoritären“ und der „sozialistischen“ Staaten einmal gegenüberstellt. Die autoritären Systeme haben die deutlich höchsten Wachstumsraten, aber nur sehr geringe Veränderungen der Lebensqualität. Bei den sozialistischen Staaten ist es umgekehrt. Einem relativ schwachen Wachstum stehen deutliche Verbesserungen der Lebensqualität gegenüber. Die „prätorianischen“ Systeme schneiden in bezug auf beide Indikatoren schlecht ab. Die stabilen Polyarchien hingegen liegen in beiden Fällen klar über dem Mittelwert.

Ein Ansatz für eine kausale Erklärung dieses Musters ergibt sich auch aus einer Analyse der Verwendung öffentlicher Mittel in jedem System (vgl. Tab. 2): Die sozialistischen Länder haben, erwartungsgemäß, den höchsten Anteil von Staatsausgaben am Bruttosozialprodukt; sie wenden aber auch, relativ gesehen, den jeweils größten Teil für Erziehungszwecke und das Gesundheitswesen auf. Nicht ganz so erwartet ist wohl der auch deutlich höchste Anteil an unproduktiven (!) Rüstungsausgaben. Die „zivil-autoritären“ Systeme hal-

¹⁴⁾ Als Datenbasis hierfür diente insbesondere V. Bornschier / P. Heintz (Eds.), *Compendium of Data for World System Analysis*, Zürich 1979.

Tabelle 1: Entwicklungsleistung nach Verlaufstyp 1960—1975

Systemtyp	BSP/Kopf. Wachstumsrate	N	PQLI-Veränderungsrate	N
Stabile Polyarchien	3,0	6	1,5	4
Stabile sozialist. Systeme	2,0	4	1,7	3
Stabile autoritäre Systeme	4,1	6	0,5	5
Prätorianische Systeme	1,1	22	0,6	14
Insgesamt	2,0	38	0,9	26

Quellen: C. L. Taylor und D. Jodice 1983; Vereinte Nationen, *Statistical Yearbook* 1978; Weltbank 1980. Anmerkung: Für diesen Zeitraum wurden Angola, Kapverden, Dschibuti, Guinea-Bissau, Mosambik, Sao Tomé und Zimbabwe, die erst später unabhängig wurden, nicht berücksichtigt. Äthiopien wurde als autoritäre Monarchie (bis 1974) klassifiziert.

Tabelle 2: Verwendung öffentlicher Mittel nach Systemtyp

Systemtyp	Allgemeine Staatsausgaben BIP 1973 (%)	öffentliches Erziehungswesen BSP 1975 (%)	öffentliches Gesundheitswesen BSP 1975 (%)	Verteidigungsausgaben BSP 1975 (%)	N ^{a)}
Stabile Polyarchien	17,35	3,12	1,48	0,57	6
Stabile sozialist. Systeme	19,75	5,70	2,15	3,27	4
Stabile autoritäre Systeme	15,27	4,05	1,32	1,48	6
Prätorianische Systeme	15,21	3,46	1,05	2,64	20
Insgesamt	16,15	3,73	1,29	2,09	36

^{a)} Dieselben Fälle wie in Tabelle 1 und ihre jeweiligen Verlaufstypen werden berücksichtigt. Wegen fehlender Daten beruhen einige Durchschnittswerte auf einem etwas kleineren N.

Quelle: C. L. Taylor und D. Jodice 1983.

ten sich mit Ausgaben in allen Bereichen relativ zurück, während in den „prätorianischen Staaten“ die geringsten Aufwendungen für das Erziehungs- und Gesundheitswesen, aber hohe Rüstungsausgaben zu verzeichnen sind. Das „korporative Eigeninteresse“ des Militärs in diesen Ländern schlägt also stark durch und erklärt neben der allgemeinen Instabilität zu einem guten Teil auch die insgesamt schwachen Entwicklungsleistungen. Die polyarchischen Systeme liegen bei den Gesundheits- und Erziehungsausgaben jeweils im Mittelfeld, haben aber deutlich die geringsten Verteidigungsaufwendungen.

Neben der Entwicklungsleistung ist aber auch die normative Beurteilung bedeutsam (siehe Tab. 3). Auch in dieser Hinsicht ergeben sich gewisse Diskrepanzen zwischen beiden Indikatoren. Die eher „bürgerlichen“ Freiheiten des Freedom House Index werden am wenigsten in den sozialistischen Staaten, gefolgt von den Militärregimen, gewahrt. Unmittelbare staatliche Repression, wie z. B. die

Anwendung von Folter, Verhaftungen aus politischen Gründen ohne Gerichtsverfahren usw., ist dagegen in den letzteren am größten, gefolgt von den zivil-autoritären Staaten. Die Polyarchien schneiden ebenfalls in bezug auf beide Indices bemerkenswert gut ab.

Auf diese Weise ergibt sich also ein differenziertes, aussagekräftiges Bild der gegenwärtigen afrikanischen Staatenwelt. Einige Aspekte der nach wie vor dominierenden „conventional wisdom“ diesen Staaten gegenüber bedürfen dabei offensichtlich der Korrektur. Dies gilt z. B. für die häufig zitierte Aussage von Richard Löwenthal: „Jeder Grad an Freiheit wird mit etwas Verlangsamung der Entwicklung, jeder Grad an Beschleunigung mit etwas Verlust an Freiheit bezahlt. Das ist in der Natur des Prozesses unvermeidlich.“¹⁵⁾ Die zivil-autoritären und prätorianischen Systeme tragen offenbar nur wenig zu

¹⁵⁾ R. Löwenthal, Die Demokratie im Wandel der Gesellschaft, Berlin 1963, S. 18.

Tabelle 3: Beachtung normativer Standards nach gegenwärtigem Systemtyp (1980)

Systemtyp	„Bürgerliche Freiheiten“ 1979 (Durchschnittswerte von 1—7)	Index politischer Unterdrückung 1979/81 (Durchschnittswerte von 1—5)	N
Polyarchien	3,43	1,57	7
Sozialist. Systeme	6,12	3,25	8
Autoritäre Systeme	5,40	3,40	5
Militärregime	5,65	3,48	23
Insgesamt	5,25	3,12	43

Quellen: R. D. Gastil 1980; Amnesty International Jahresberichte 1979, 1980, 1981; Internationale Juristenkommission, The Review, 1979, 1980, 1981.

einer Entwicklung im Sinne einer konkreten Verbesserung der Lebensqualität bei. Die polyarchischen Systeme schneiden hingegen recht zufriedenstellend ab und sind auch in bezug auf die normativen Befunde deutlich am positivsten zu werten. Ein allgemeiner Pessimismus allein aus „entwicklungspolitischen“ Gründen hinsichtlich der Leistungsfähigkeit eher demokratischer Systeme in Afrika und anderen Regionen der Dritten Welt und die hieraus oft allzu wohlfeil hergeleitete Rechtfertigung autoritärer Strukturen erscheinen daher nicht angebracht.

Auch im Hinblick auf das Außenverhältnis der afrikanischen Staaten lassen sich aus dem zur Verfügung stehenden Material einige Erkenntnisse gewinnen (vgl. Tab. 4). So hat sich die Wirtschaftsstruktur in bezug auf die ausgeführten Waren im Durchschnitt der hier beobachteten Staaten seit der Unabhängigkeit so gut wie nicht verändert. Die Konzentration auf einige wenige Produkte (vor allem agrarische und mineralische Rohstoffe) ist nach wie vor groß. Dagegen ist in bezug auf

die Handelspartner eine größere Diversifizierung und eine Abnahme der einseitigen Orientierung auf die ehemaligen Kolonialmächte festzustellen. Der Anteil ausländischen Kapitals an der Industrie ist aber, auch im Vergleich zu anderen Regionen der Dritten Welt, durchweg nach wie vor sehr hoch (detailliertere Verlaufsdaten für diesen Bereich stehen bislang nicht zur Verfügung). Die Differenzierung nach Systemtyp ist in bezug auf diese Indikatoren weniger ausgeprägt. Bemerkenswert erscheint aber, daß z. B. die sozialistischen Staaten ihre Konzentration auf wenige Exportprodukte nicht zu verringern in der Lage waren. Auch der Grad ihrer „Durchdringung“ durch multinationale Konzerne weicht nur geringfügig von dem z. B. der zivil-autoritären Staaten ab. In dieser Hinsicht scheinen die „Multis“ wohl eher generell die Instabilität der prätorianischen Staaten zu scheuen als sich durch Präferenzen der verschiedenen Systeme für unterschiedliche Entwicklungswege nennenswert beeinflussen zu lassen.

Tabelle 4: Dependenzindikatoren nach Systemtyp

Systemtyp	Exportgüter-Konzentration		Handelspartner-Konzentration (Exporte)		MNK-Penetration 1973	N
	1960	1975	1960	1975		
Stabile Polyarchien	0,584	0,357	0,502	0,308	96,51	4
Stabile sozialist. Systeme	0,243	0,571	0,222	0,116	84,26	4
Stabile autoritäre Systeme	0,467	0,370	0,312	0,139	87,48	5
Prätorianische Systeme	0,382	0,463	0,207	0,220	76,98	19
Insgesamt	0,394	0,433	0,387	0,203	79,49	32

Quellen: C. L. Taylor und D. Jodice 1983; V. Bornschier und P. Heintz 1979.

IV. Ausblick

Kaum einer der heutigen 45 afrikanischen Staaten hat das zum Zeitpunkt der Unabhängigwerdung meist in umfangreichen Verfassungskonferenzen mit der ehemaligen Kolonialmacht ausgehandelte politische System beibehalten. In vielen Fällen erwiesen sich die neugeschaffenen Institutionen angesichts der angelegten gesellschaftlichen Konflikte als zu brüchig. Sie machten anderen Herrschaftsformen Platz, insbesondere Militärregimen, denen die Kontrolle der Instrumente der

unmittelbaren Machtausübung leichte Eingriffsmöglichkeiten bot. In anderen Fällen wurden die Verfassungen gelegentlich bis zur Unkenntlichkeit umgeformt, um den gesellschaftlichen Bedingungen und den Zielen der neuen Machthaber zu entsprechen. Dies gilt z. B. für die Entwicklung eines sozialistischen Systems in Tansania (zumindest seit der Erklärung von Arusha im Jahr 1967) und die Herausbildung eines „semi-kompetitiven“ Einparteienstaates in Kenia, dort allerdings mit

einer stärker kapitalistisch orientierten Wirtschaftspolitik.

Auch viele der neueren Versuche erwiesen sich als wenig dauerhaft. Eine Reihe von Militärregimen sah sich erneut Putschen und Gegenputschen ausgesetzt (wie z. B. in Nigeria, Ghana, Dahomey/Benin usw.) oder mußte sich gegenüber mehreren Putschversuchen (so z. B. in Zaire oder im Sudan) behaupten. In einigen Fällen sind so ausgesprochen prätorianische Systeme entstanden, in denen die Kontrolle unmittelbarer Machtmittel die Politik bestimmt. In anderen Fällen wurden „Rezivilisierungs“-Versuche unternommen (z. B. in Nigeria, Ghana oder Obervolta), die allerdings alle bisher nicht von Dauer waren.

Dennoch hat es in Afrika auch institutionell-innovative Aspekte gegeben, die über die ursprünglich europäisch geprägten Verfassungsmodelle hinausgehen und sich unter Umständen für die gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse als besser geeignet erweisen. Dies gilt z. B. für die Ansätze institutionalisierter semi-kompetitiver Willensbildung in den Einparteiensystemen Kenias und Tansanias oder den Versuch der Verwirklichung neuer föderalistischer, den ethnischen Gegebenheiten besser angepaßter staatlicher Strukturen in Nigeria.

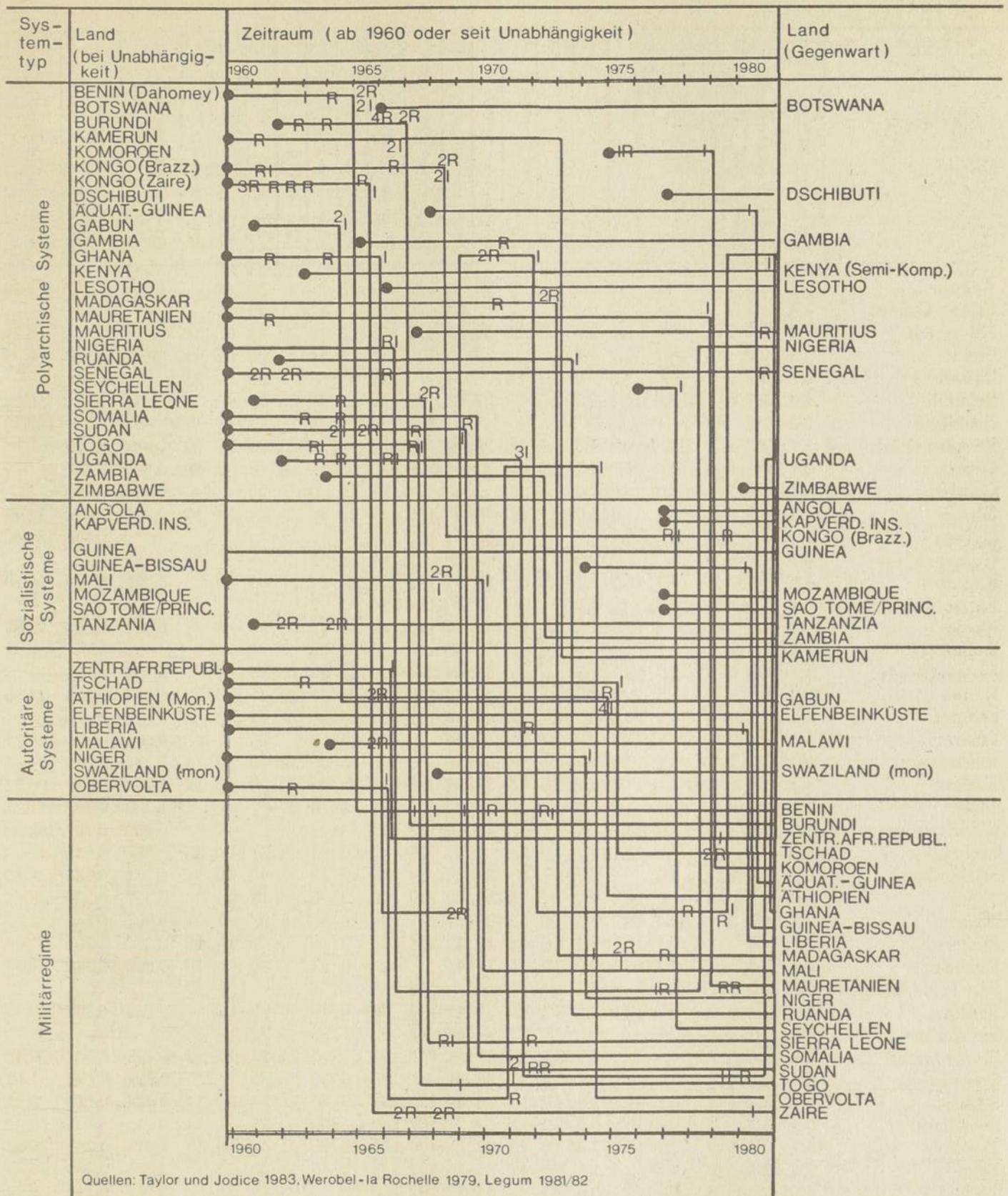
Afrikas „Versuch der Freiheit“¹⁶⁾ hat bislang zu sehr gemischten Resultaten geführt. So wenig ein brutaler Gewaltherrscher wie Idi Amin „typisch“ für das heutige Afrika ist, so wenig ist es, leider, auch ein aufgeklärter Staatsmann und Philosoph wie Leopold Senghor, der zum 1. Januar 1981 das Präsidentenamt im Senegal in die Hände seines verfassungsmäßigen Nachfolgers legte. Das europäische Erbe, in seinen teilweise positiven, aber auch deutlich negativen Konsequenzen, wirkt weiter nach. Eine im Interesse von größerer Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung notwendige Reduzierung der Abhängigkeiten, vor allem in weltwirtschaftlicher Hinsicht, kann neue Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen. Sie — im Sinne von Frantz Fanon, zugunsten der „Verdammten dieser Erde“¹⁷⁾ — zu ergreifen, bleibt die Herausforderung an die Träger politischer Herrschaft in Afrika und anderswo.

¹⁶⁾ So der Titel des Buches von Franz Ansprenger, Stuttgart 1972.

¹⁷⁾ Diese Formulierung bezieht sich auf den Titel des nach wie vor eindrucksvollen Buches von Frantz Fanon, *Les Damnés de la Terre*, deutsche Ausgabe, Frankfurt 1966.

	Parteiensystem	Dominante Basis der Legitimität	Regierungschefs	Vertikale Gewaltenteilung	Horiz. Gewaltenteilung	Machtstruktur	Ideologische Orientierung	Summarischer Systemtyp
Angola	keine Partei							Gegenwart
Äquat.-Guinea	Einparteiensystem ohne komp. Elemente	personalistisch	Monarch	völlig	föderativ. System	personalistisch	ethnisch	soz. n. klass.
Äthiopien	Einparteiensystem mit komp. Elementen	rational-legal	Präsident	begrenzt mit unabh. Justiz	zentralist. System	kollektive Gruppe	Oberklassen	mil. aut. (mon.)
Benin	Mehrparteiensystem	traditional	Premierminister	keine		breiter repräsentativ	Mittelklassen	mil. prä.
Botswana		schwach oder keine	Militärherrscher				Unterklassen	soz. n. klass.
Burundi								mil. prä.
Dschibuti								pol. pol.
Elfenbeinküste								mil. prä.
Gabun								pol. n. klass.
Gambia								aut. aut.
Ghana								aut. aut.
Guinea								pol. pol.
Guinea-Bissau								mil. prä.
Kamerun								soz. n. klass.
Kapverden Ins.								aut. aut.
Kenia								pol. pol.
Komoren								mil. n. klass.
Kongo (Brazz.)								soz. n. klass.
Lesotho								pol. pol.
Liberia								mil. aut.
Madagaskar								mil. prä.
Malawi								mil. prä.
Mali								aut. aut.
Mauritanien								mil. aut.
Mauritius								pol. pol.
Mozambique								soz. n. klass.
Niger								mil. prä.
Nigeria								mil. prä.
Obervolta								mil. prä.
Ruanda								mil. prä.
Sao Tome								mil. prä.
Senegal								mil. prä.
Seychellen								mil. prä.
Sierra Leone								mil. prä.
Somalia								mil. prä.
Sudan								aut. aut. (mon.)
Swaziland								soz. n. klass.
Tansania								soz. n. klass.
Togo								mil. prä.
Tschad								mil. prä.
Uganda								mil. prä.
Zaire (Kongo)								mil. prä.
Zambia								mil. prä.
Zentr. Afr. Rep.								soz. n. klass.
Zimbabwe								pol. n. klass.

Quellen: Kurian 1979, Legum 1980/81, Werobel-La Rochelle 1979.



	Bevölkerung (Mill.)	2,5	7	4	3,6	2,7	33	34	26	24	3	20	27	38	1,0	0,324	2,250	118,94					
	Bevölkerungswachstumsrate	2,3	7	3	-0,8	4,4	44	36	53	12	36												
	Index bürgerlicher Freiheit	2,6	7	5	2,0	5,5	3,8	3,0	0,8	36	39	172	180	5	10	20	24	0,3	10				
	Index polit. Unterdrückung	2,8	7	4	-0,2	16,9	1,7		37	110	110	5	11	22	29	0,6	15	0,172	0,154	58,93			
	BSP/Kopf Wachst. 1960—75	1,7	3	1	6,0	17,8	0,0	6,0	1,8	44	47	20	33	38	28								
	Allgem. Staatsausgaben/ BIP 1973	2,9	2,7	6	2,7	11,1	2,3	2,2	0,7	37	42	150	150	14	25	22	30	0,7		0,831	0,328	53,02	
	Verteidigungsausgaben/ BSP 1975	0,2	2,2	3						105	33	5	37								142,33		
	öff. Erziehungswesen BSP 1975	7,3	4,3	5	3,5	19,3	1,5	6,1	1,5	35	44	138	138	20	20	22	30	0,7	22	0,304	0,132		
	öff. Gesundheitswesen/ BSP 1975	0,6	1,1	6	5,0	16,7	1,2	2,8	0,9	35	35	229	229	8	12	8	9	0,1	56	0,699	0,129		
	Lebenserwartung 1960	0,0	2,8	2	3,9	18,2	0,0	3,4	1,8	41	165	10	6	20							0,435	0,343	
	Lebenserwartung 1975	10,8	3,6	4	4	-0,1	11,8	1,6	6,1	1,3	40	156	115	23	30	25	34	0,8	12	2,382	0,120	111,95	
	Säuglingssterblichkeit 1960	5,8	2,6	7	4	0,2	19,4	2,9		35	41	156	216	10	9	17					0,114	139,40	
	Säuglingssterblichkeit 1975	0,5	1,7	6	3	0,0				39	47	5	7	31									
	Alphabetisierung 1960	6,7	2,3	5	4	3,0	16,0	1,7	4,7	37	41	167	157	10	19	17	35	0,7		0,397	0,155	125,10	
	Alphabetisierung 1975	0,3	1,9	6	3	1,7	4,0			50	104	105	37	53									
	PQLI 1960	14,6	3,5	5	2	3,2	17,1	1,7	0,3	0,1	41	44	126	83	23	40	35	51	1,8	21	0,190	0,065	53,34
	PQLI 1975	0,3	2,6	4	3	2,1				43	58												
	PQLI-Veränderungsrate/ 1960—1975	1,4	2,6	6	3	2,9	22,7	4,3	8,2	37	44	200	180	23	50	18	36	1,6		0,561	0,158		
	Bruttoinvest.-rate 1975	26,8	3,7	6	5	1,6	20,6	4,0		40	44	173	170	35	31	28	31	0,3	26	0,452	0,194	97,76	
	Exportgüterkonzentration 1975	1,1	2,5	4	3	4,6	23,8	0,0	2,7	1,6	42	46	181	181	35	40	20	42	2,1	10			
	Handelspartnerkonzentration 1975	1,7	3,4	4	4	1,8	13,4	0,7	2,7	1,3	45	159	10	9	26	19				0,585	0,126	165,31	
	Anteil Auslandskapital	8,9	2,6	5	3	0,1	17,8	1,7	4,1	37	38	69	102	35	50	36	48	13	13	0,234	0,160	67,32	
		5,4	2,6	6	4	4,1	14,0	0,7	2,5	1,5	37	43	148	151	8	25	20	29	0,8	19	0,255	0,179	66,37
		6,2	2,7	7	4	0,9	1,7	2,5	5,3	1,3	37	39	120	210	5	10	21			0,238	0,334	11,21	
		1,5	2,8	6	4	3,9	16,7	2,4	4,0	1,0	40	39	186	187	3	17	16			0,880	0,127	163,69	
		0,9	1,5	4	1	0,8	15,1	0,1	3,0	2,6	63	70	49	60	61	66	71	1,0	33	0,668	0,515		
		9,8	2,6	7	4	2,0				37	44	34	43	2	11	31	40	0,9		0,164	0,082	39,80	
		4,9	2,9	6	3	-1,2	10,2	0,6		1,9	2,7	39	212	100	3	8	10	15	0,4	0,557	0,555	48,68	
		67,5	3,2	3	1	3,4	15,8	4,6	1,6	0,3	39	37	207	178	15	33	15	27	1,3	31	0,881	0,145	142,25
		6,5	2,6	3	2	0,7	10,7	2,4	1,6	0,9	32	32	263	215	2	5	5	7	0,4	26	0,280	0,205	31,64
		4,5	2,4	5	3	0,5	10,7	2,0	3,0		37	41	127	8	23	30				0,568	0,340	44,97	
		0,08	1,2	5	2	0,7				120	64	5											
		5,3	2,6	3	2	-0,6	12,1	1,6	3,3	1,0	37	41	193	93	8	10	9	22	1,0	0,134	0,308	139,68	
		0,06	2,2	4	2	2,6				65	58	35											
		3,2	2,6	5	2	1,5	14,5	0,9	3,5	1,1	37	44	118	190	10	15	24	2,4	0,0	12	0,438	0,362	79,49
		3,3	2,8	7	4	-0,2	24,9	6,7	2,6		36	41	165	5	50	35				0,227	0,197	31,14	
		16,7	3,4	5	4	0,1	31,1	2,6	4,7	1,1	40	49	159	141	13	20	21	35	1,0	14	0,324	0,120	6,21
		0,5	3,3	5	3	6,8	16,1	0,0	5,2	1,8		168	160	29									
		16,2	2,6	6	3	3,0	16,6	2,6	3,9	2,1	42	190	165	18	66	24	4,4	2,0	19	0,213	0,065	20,62	
		2,4	2,6	6	3	4,4	12,3	1,4	5,4	1,0	35	35	127	127	8	16	19	23	0,3	0,358	0,268	133,85	
		4,25	2,3	6	5	-1,0	18,3	5,6	2,1		35	32	192	160	5	15	8	19	0,8	0,481	0,114	39,94	
		12,6	3,4	7	5	1,0	12,4	2,5		1,3	44	50	160	160	25	35	31	40	0,9	0,668	0,114	7,03	
		5,4	3,2	5	3	2,0	20,3	3,3	5,0	2,2	40	45			41	43	22	37	1,4	0,939	0,126	92,75	
		1,9	2,0	7	3	0,4	18,0	2,3	3,0	1,1	36	35	200	190	7	15	10	14	0,3	0,211	0,234	140,57	
		7,1	3,3	5	3	2,4	17,8	2,3	3,5	1,4	49	52	122	122	20	39	35	46	1,2	23			73,10

Quellen: Taylor und Jodice 1983, Bornschieer und Heintz 1979, Gastil 1979, Amnesty International 1979 ff., Weltbank 1979 ff.

Sicherheitspolitik und Dritte Welt: Das Beispiel Afrika

I. Vom Objekt zum Subjekt?

In enger Verknüpfung miteinander führten in den siebziger Jahren hauptsächlich drei Faktoren zu einer verstärkten Einbeziehung der Nord-Süd-Problematik in die Diskussion um die internationale Sicherheit: Zum einen waren dies behauptete oder wirkliche Erfordernisse der ökonomischen Sicherheit der westlichen Industrieländer (Energie- und Rohstoffversorgung, Absicherung der Bezugsquellen und Transportwege), zum anderen der verschärfte Austrag des Ost-West-Konflikts in der Dritten Welt (Konflikte in Asien, Afrika und Lateinamerika als „Süddimension“ des Ost-West-Konflikts, Stellvertreterkriege, Ringen um Einflußsphären) und zum weiteren die erhöhte Kriegsgefahr aus dem Süden (wachsende Eskalations- und Internationalisierungsrisiken lokaler/regionaler Kriege in der Dritten Welt). Mithin wurde die Dritte Welt zunehmend als ein wichtiger Bestandteil der internationalen Sicherheitsproblematik gesehen und als ein möglicher Destabilisierungsfaktor des internationalen Sicherheitssystems erkannt¹⁾.

Doch blieb hierbei die vorherrschende Betrachtung der Dritten Welt eine eurozentrische; die Entwicklungsländer wurden als Objekt der Sicherheitspolitik, als eine Art von Sicherheitsrisiko für fremde Sicherheitsinteressen angesehen, nicht jedoch als ein Subjekt eigenständiger Sicherheitspolitik, das umgekehrt auch anderen Staaten gegenüber legitime Sicherheitsinteressen geltend machen kann. Doch angesichts des fortschreitenden Prozesses relativer Macht-Diffusion in den internationalen Beziehungen müssen die Länder der Dritten Welt als sicherheitspolitische Akteure zunehmend ernster genommen werden. Im Kern bedeutet Macht-Diffusion, daß immer mehr Staaten (vornehmlich in der Dritten Welt) durch Aufrüstung und Nutzung wirtschaftlicher und/oder strategischer Vorteile im „Spiel der Großen Mächte mitmischen“ wollen und können²⁾. Dies gilt insbe-

sondere für die industriellen und nuklearen Schwellenländer, die als neue Regionale Vormächte oder Mittelmächte die althergebrachte Vorherrschaft der klassischen Mächte aufbrechen möchten³⁾. „Theoretisch läßt sich diese Entwicklung als Übergang von einer duopolistisch bzw. oligopolistisch geprägten Sicherheitsstruktur zu einem multipolaren Weltsystem erfassen, in dem die Chancen auf unilaterale Kontrollierbarkeit und Steuerung von Konflikten ständig sinken.“⁴⁾ Im Rahmen dieser Lockerung der überkommenen oligarchischen Weltordnung betreiben die Länder der Dritten Welt zunehmend eigenständige Sicherheitspolitiken, sei es auf einzelstaatlicher, nationaler Ebene oder sei es auf der Ebene regionaler Sicherheitsgemeinschaften.

Die Definition von Sicherheit und die Formulierung von Sicherheitspolitiken erfolgt dabei durch Herrschaftsgruppen, deren Legitimationsgrad und Stabilitätsgrundlage oftmals nicht sehr hoch und festgefügt sind. Bedroht werden diese Gruppen in ihrer eigenen Gesellschaft durch konkurrierende Elite-Fraktionen, durch unterprivilegierte Klassen und unzufriedene ethnische Minderheiten. Sicherheit, besonders die Innere Sicherheit, bedeutet daher die Absicherung der Vorherrschaft dieser Gruppen und ihres staatlichen Machtapparates gegenüber solchen Bedrohungen: „In dem Maße, in dem in Entwicklungsländern Staat und herrschende Eliten identisch sind, wird die Sicherheit des Staates zur Sicherheit der Eliten und damit eine Funktion der Herrschaftssicherung.“⁵⁾ Um in diesem Zusammenhang den Begriff der Sicherheit zu problematisieren, sollte man somit zwischen der „Sicherheit des Staates“ (= Schutz der

³⁾ Hierzu R. Väyrynen, *Economic and Military Position of the Regional Power Centers*, in: *Journal of Peace Research*, 16 (1979) 4, S. 349—369.

⁴⁾ Zitiert nach G. Braun, *Perspektiven und Modelle globaler Sicherheitspolitik*, in: K.-E. Schulz (Hrsg.), *Streitkräfte im gesellschaftlichen Wandel*, Bonn 1980, S. 372.

⁵⁾ Zitiert nach der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (Stellungnahme für die Anhörung des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit am 22. Februar 1984 in Bonn zum Thema „Entwicklung und Rüstung“), *epd-Entwicklungspolitik*, (1984) 2, S. e.

¹⁾ Hierzu und zum folgenden V. Matthies, *Sicherheitspolitik und Dritte Welt*, in: *Gegenwartskunde*, (1983) 2, S. 173—184.

²⁾ Hierzu E. A. Kolodziej/R. E. Harkavy (Eds.), *Security Policies of Developing Countries*, Lexington (Mass.)—Toronto 1982.

Machtgruppen und des von ihnen besetzten Staatsapparates vor Putschen, Revolutionen und Sezessionen) und der „Sicherheit des Volkes“ (= Schutz der Bevölkerung insgesamt,

von Teilgruppen der Bevölkerung, von Einzelpersonen vor Unterdrückung, Verfolgung, Ausbeutung und Vernachlässigung durch den Staat) unterscheiden⁶⁾.

II. Sicherheitspolitik in Afrika: Rekolonisierung oder Pax Africana?

Die Problematik „Sicherheitspolitik und Dritte Welt“ soll am Beispiel Afrikas exemplarisch erörtert werden. Dabei wird der bisher vernachlässigten Subjekt-Perspektive besonderes Gewicht zukommen⁷⁾.

Afrika geriet in den letzten Jahren verstärkt in die sicherheitspolitischen Schlagzeilen: Gekennzeichnet durch Rohstoffreichtum (u. a. strategische Rohstoffe wie Erdöl, Uran und Chrom), vielfältige innere und äußere Konflikte (u. a. Westsahara, Tschad, Horn von Afrika, Zaire/Shaba-Provinz, Südliches Afrika), seine geopolitische Lage zwischen Atlantik und Indik mit wichtigen Transport- und Verbindungslinien (Kaproute, Suezkanal) wurde der afrikanische Kontinent in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre vielfach

zum Objekt raumfremder Interventionen (UdSSR und Kuba in Angola und Äthiopien; die westlichen Länder Belgien, Frankreich und USA in Zaire und im Tschad) und zum Schauplatz eines verschärften Ost-West-Konflikts. In Erinnerung an die koloniale Aufteilung Afrikas im 19. Jahrhundert sprachen manche Beobachter in diesen Zusammenhängen schon von einer „Neuen Balgerei um Afrika“ und von einer tendenziellen Rekolonisierung des Kontinents. Demgegenüber stand die unverkennbare „Krise der OAU“, also der afrikanischen Staatenorganisation, die als kollektives Sicherheitssystem zur Erhaltung von Einheit und Frieden sowie zur Lösung von Problemen ohne Einmischung von außen gegründet worden war (Pax Africana, Afrika den Afrikanern!).

III. Afrikas Stellung im internationalen System

1. Afrika im Nord-Süd-Konflikt

Im Zuge der europäischen Expansion nach Übersee und der Ausbreitung des Kolonialismus wurde Afrika in das westlich-kapitalistische Weltsystem eingegliedert⁸⁾. Jahrhundertlang lag die Bedeutung Afrikas innerhalb dieses Systems in dem Reichtum seiner Rohstoffe begründet (früher z. B. menschliche Energie in Form von Sklaven, Gold, Elfenbein; heute z. B. Erdöl, Uran, Kupfer, Chrom). Heute sind vor allem die erdölexportierenden und teilindustrialisierten Länder Nordafrikas zu nennen; der bedeutendste Erdölexporteur in

Afrika südlich der Sahara: Nigeria; die Vielfalt der übrigen exportorientierten Ökonomien mit ihrer unterschiedlichen Exportstruktur (mineralische Rohstoffe, pflanzliche Rohstoffe, verarbeitete Waren) sowie das relativ stark industrialisierte und rohstoffreiche Südafrika. Doch trotz dieses Reichtums und seines Wirtschaftspotentials hat Afrika — verglichen mit Asien und Lateinamerika — eine eher periphere Position innerhalb der Weltwirtschaft inne.

Der Kontinent weist nur wenige industrielle Schwellenländer auf, ist überwiegend agrikulturn strukturiert, von der Natur oft benachteiligt (Wassermangel, Verwüstung) und weiterhin unfähig zur Versorgung seiner rasch wachsenden Bevölkerung mit Nahrungsmitteln. „Von der Fläche her ein Riese, ist Afrika vom Einkommen her ein Zwerg, und ein besonders armer dazu“⁹⁾: von den 34 Ländern der Welt, die im Jahre 1981 nur ein Jahres-

⁶⁾ Zu dieser Unterscheidung Y. Sakamoto, Key Issues of Peace Research, in: International Peace Research Newsletter, (1981) 3.

⁷⁾ Hierzu nun B. E. Arlinghaus (Ed.), African Security Issues. Sovereignty, Stability, and Solidarity, Boulder (Col.) 1984.

⁸⁾ Hierzu I. Wallerstein, Africa in a Capitalist World, in: Issue, 10 (1980) 1/2; T. M. Shaw, Foreign Policy, Political Economy and the Future: Reflections on Africa in the World System, in: African Affairs, 79 (1980) 315; W. Rodney, Afrika. Die Geschichte einer Unterentwicklung, Berlin 1975.

⁹⁾ Zitiert nach R. Osterkamp, in: Handelsblatt vom 4. 11. 1983.

Pro-Kopf-Einkommen von bis zu 400 Dollar verzeichneten, lagen 21 in Afrika, das einen besonders hohen Anteil an sogenannten Mangel- und Problemländern (LLDC-Länder = die ärmsten Länder der Erde, Insel- und Binnenländer, MSAC-Länder = besonders hart von der Ölkrise betroffene Länder) aufweist¹⁰⁾. Der Kontinent hatte auch schwer unter der Weltwirtschaftskrise der letzten Jahre zu leiden (Rückgang der Pro-Kopf-Einkommen, der Rohstoffexporterlöse, der Nahrungsmittelproduktion, Zunahme von Verschuldung, Dürre- und Hungerproblemen und sozialen Spannungen¹¹⁾).

Der Kolonialismus hinterließ Afrika nicht nur eine unterentwickelte Wirtschaftsstruktur, sondern auch ein „balkanisiertes“, d. h. in eine große Anzahl von vielfach kaum lebensfähigen Einheiten aufgesplittertes Staatensystem (36 Staaten in Afrika südlich der Sahara haben nur eine Bevölkerung von bis zu 10 Millionen Einwohnern; zwölf haben sogar nur weniger als 1 Million). Dieses war zudem noch durch einen fast völligen Mangel an intra-kontinentalen Kommunikationsstrukturen (Eisenbahnen, Straßen, Nachrichtenverbindungen) gekennzeichnet war. Der kolonial überkommene Staat in Afrika erwies sich in der Regel als ein „schwacher Staat“, weithin unfähig zur effektiven Regierung, Verwaltung und Versorgung¹²⁾. Die den ehemals kolonialen Staatsapparat im Zuge der Dekolonisation besetzenden nationalen Eliten Afrikas rückten vielfach als „Staatsklassen“ in die Positionen der Kolonialherren ein und sicherten sich im Rahmen neokolonialer Abhängigkeitsverhältnisse durch die Kontrolle des „peripheren Staates“ als Garanten der Exportproduktion ihre Macht- und Herrschaftsbasis.

Zwar bemühten sich afrikanische Regierungen und Staaten in der nachkolonialen Zeit um eine Diversifizierung ihrer Außen- und Binnenwirtschaften und um einen Abbau der historisch überkommenen externen Abhängigkeiten, doch bislang mit nur relativ geringem Erfolg. Gemeinsam mit anderen Ländern

¹⁰⁾ Hierzu H. Brandt u. a., *Arme Länder Afrikas. Strukturprobleme und Krisenhafte Entwicklung*, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Berlin 1982.

¹¹⁾ Hierzu J. Carlsson (Ed.), *Recession in Africa*, Uppsala 1983 und C. Lancaster, *Africa's Economic Crisis*, in: *Foreign Policy*, No. 52, Fall 1983, S. 149—166.

¹²⁾ Hierzu und zum folgenden F. Nuscheler/K. Ziemer, *Politische Herrschaft in Schwarzafrika. Geschichte und Gegenwart* (Kapitel VIII: Der „schwache“ und „abhängige“ Staat), München 1980.

der Dritten Welt (Bewegung der Blockfreien, Gruppe der 77, AKP-Staaten) versuchten sie, Reformen in den Nord-Süd-Beziehungen (Neue Weltwirtschaftsordnung, EG-Assoziierung: Verträge von Lomé) durchzusetzen und die Süd-Süd-Kooperation auszuweiten¹³⁾. Vor die Alternative „Einheit oder Armut“ gestellt¹⁴⁾, betrieben die Afrikaner auch eine „Ökonomie des Panafrikanismus“ (1980 OAU-Aktionsplan von Lagos für kollektive Self-Reliance und Entwicklung¹⁵⁾) und förderten die wirtschaftliche Zusammenarbeit untereinander (Regionale Kooperation und Integration in vielfältiger Form).

2. Afrika im Ost-West-Konflikt

Infolge seiner wirtschaftlichen und staatlichen Schwäche nimmt Afrika auch innerhalb des internationalen Macht- und Staatensystems eine eher untergeordnete Stellung ein¹⁶⁾. Doch gerade dieses „Macht-Vakuum“ war zusammen mit dem Rohstoffreichtum Afrikas¹⁷⁾ und den politisch-gesellschaftlichen Wandlungsprozessen in verschiedenen Regionen des Kontinents der wesentliche Grund dafür, daß Afrika in den letzten Jahren zunehmend in den Ost-West-Konflikt einbezogen wurde. Während die Supermacht-Rivalität in den sechziger Jahren (von der Kongo-Krise 1960—1965 einmal abgesehen) relativ schwach blieb, verschärfte sie sich seit Mitte der siebziger Jahre zusehends. Die wichtigsten Stationen dabei waren der Krieg in Angola (Bürgerkrieg und Invasion durch Südafrika) 1975/76 und die damit einhergehenden Interventionen der UdSSR und Kubas zugunsten der MPLA¹⁸⁾, der Ogadenkrieg zwischen Äthiopien und Somalia 1977/78 und der damit

¹³⁾ Hierzu H. M. Arnold, *Africa and the New International Economic Order*, in: *Third World Quarterly*, 2 (1980) 2, S. 295—304 und V. Matthies, *Süd-Süd-Beziehungen: Die Position Afrikas*, in: *Afrika Spectrum*, (1977) 2, S. 185—202.

¹⁴⁾ Hierzu R. H. Green/A. Seidmann, *Unity or Poverty? The Economics of Pan Africanism*, Harmondsworth 1968.

¹⁵⁾ Hierzu R. Tetzlaff, *Kontroverse um die Zukunft Afrikas. Die entwicklungspolitischen Konzeptionen von OAU und Weltbank*, in: *Vereinte Nationen*, (1982) 5, S. 153—158.

¹⁶⁾ Hierzu J. Houbert, *Africa in the Structure of International Politics*, in: *Current Research on Peace and Violence*, (1980) 3—4, S. 177—215.

¹⁷⁾ Hierzu F. Chidozie Ogene, *The Politics of Scarcity: African Resources and International Politics*, Seminar Series No. 4, The Nigerian Institute of International Affairs, Lagos o. J.

¹⁸⁾ A. J. Klinghoffer, *The Angolan War: a study in Soviet Policy in the Third World*, Boulder (Col.) 1980.

zusammenhängende Allianzwechsel am Horn von Afrika (UdSSR von Somalia nach Äthiopien, USA von Äthiopien nach Somalia) sowie die massive militärische Unterstützung des äthiopischen Revolutionsregimes durch die Sowjetunion und Kuba¹⁹⁾, und schließlich die sogenannten „Shaba-Krisen“ (1977/78 (im Süden des rohstoffreichen Zaire, der ehemaligen Provinz Katanga des früheren Kongo), in denen wohl zumindest indirekt von Angola, der UdSSR und Kuba unterstützte bewaffnete Kräfte durch das militärische Eingreifen westlicher Staaten (Belgien, Frankreich, USA) zurückgedrängt wurden.

Trotz der in Europa noch anhaltenden Entspannungspolitik trafen seit Mitte der siebziger Jahre in einer Art von „vorgeschobener Systemkonkurrenz“²⁰⁾ Ost und West in Afrika aufeinander: die UdSSR, z. T. vertreten durch Kuba²¹⁾, die USA mit ihren afrikanischen Stellvertretern (vgl. z. B. Marokkos Rolle in den Shaba-Krisen!) und mit Frankreich, sozusagen dem „Kuba des Westens“ oder dem „Gendarm der NATO“ in Afrika²²⁾. In den beginnenden achtziger Jahren machte dann die Entspannungspolitik im Zuge der UdSSR-Intervention in Afghanistan, des Reaganismus in den USA und des Nachrüstungsstreits endgültig einem „Neuen Kalten Krieg“ Platz, der sich auch auf die politischen Verhältnisse in Afrika auswirkte. Durch die neuartige interventionistische Politik der Sowjetunion (Fähigkeit zu weltweit ausgreifender militärischer Machtausübung) sah sich der Westen in seinem traditionellen Einflußbereich Afrika herausgefordert. Europäer wie Amerikaner wähten nunmehr — wohl oftmals stark dramatisiert — ihre wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen durch den Zugriff der UdSSR bedroht (u. a. „Verlust“ rohstoffreicher und geopolitischer Schlüsselländer und -regionen wie Südafrika, Zaire, Tschad, Horn von Afrika; Gefährdung der Kaproute und der Verbindungslinien im Indi-

schen Ozean; Störung regionaler Machtbalancen; Destabilisierung pro-westlicher Regime²³⁾. Die Sowjetunion hingegen betrieb in Verfolgung eigener strategischer und wirtschaftlicher Interessen eine Absicherung und Stärkung revolutionärer, sozialistischer und pro-sowjetischer Staaten in Afrika (namentlich Angolas, Mozambiques und Äthiopiens), unterstützte den Befreiungskampf gegen den Rassismus im Südlichen Afrika (Hilfe für die SWAPO und den ANC) und intensivierte ihren wirtschaftlichen Austausch mit afrikanischen Ländern²⁴⁾. Dabei stand sie nicht nur in Konkurrenz zu westlichen Mächten, sondern auch in Rivalität mit der VR China.

Über Vertragswerke, Wirtschafts- und Militärhilfe sowie direkte und indirekte Interventionen suchten Ost und West ihre jeweiligen Einflußbereiche abzusichern und zu festigen und das gegnerische Lager zu destabilisieren und zu schwächen. Im Zuge seiner verschärfen Eindämmungspolitik gegenüber der UdSSR in Afrika vertiefte der Westen (namentlich die USA und Frankreich) seine militärischen Bindungen an die Staaten Marokko, Tunesien, Zaire und eine Reihe anderer frankophoner Staaten (die z. T. in Zaire/Shaba als Stellvertreter westlicher Staaten fungierten), sowie an Ägypten, Sudan, Kenia und Somalia (Einbeziehung in die logistische Infrastruktur für die US-amerikanische Schnelle Eingreiftruppe) und wertete das eigene strategische Dreieck mit Israel und Südafrika sowie die Rolle Südafrikas als anti-kommunistischer „Wächter am Kap“ auf²⁵⁾. Konterkariert werden sollte insbesondere der sowjetische Einfluß in Nord-, West- und Zentralafrika (namentlich in Libyen sahen die USA hier einen sowjetischen Stellvertreter)²⁶⁾, im Südlichen Afrika (Angola, Mozambique)²⁷⁾ und am Horn von Afrika (Äthiopien, Südjemen)²⁸⁾.

¹⁹⁾ Hierzu Horn von Afrika. Brennpunkt oder Nebenschauplatz des Ost-West-Konflikts? Reihe Internationale Politik, Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1982.

²⁰⁾ Begriff nach L. Brock, Entspannungspolitik als globales Problem. Zum Ost-West-Konflikt in der Dritten Welt, in: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (Hrsg.), Europa zwischen Kooperation und Konfrontation, Frankfurt/Main 1982, S. 93.

²¹⁾ Zu Kuba siehe J. S. Carmelo Mesa-Lago, Cuba in Africa, Pittsburgh 1982.

²²⁾ Zu Frankreich siehe R. Luckham, French Militarism in Africa, in: Review of African Political Economy, (1982) 24, S. 55—84.

²³⁾ Hierzu z. B. L. H. Gann/P. Duignan, Africa South of the Sahara. The Challenge to Western Security, Stanford (Cal.) 1981.

²⁴⁾ Hierzu W. Kühne, Die Politik der Sowjetunion in Afrika. Bedingungen und Dynamik ihres ideologischen, ökonomischen und militärischen Engagements, Baden-Baden 1983.

²⁵⁾ Hierzu Azim Husain, The West, Israel and South Africa: the Strategic triangle, in: Third World Quarterly, 4 (1982) 1, S. 44—73; C. Coker, South Africa: A New Military Role in Southern Africa 1969—82, in: Survival, 25 (1983) 2, S. 59—67.

²⁶⁾ Hierzu C. Wright, Libya and the West: Headlong into Confrontation? in: International Affairs, 58 (Winter 1981—82) 1, S. 13—41.

²⁷⁾ Hierzu P. Meyns, Das Südliche Afrika im Spannungsfeld des Ost-West-Konflikts, Duisburger Materialien zur Politik- und Verwaltungswissenschaft,

3. Afrika in der Weltmilitärordnung

Im engen Zusammenhang mit der Nord-Süd- und Ost-West-Konflikt-Formation²⁹⁾ fügte sich Afrika auch in die Weltmilitärordnung ein. Der Begriff „Weltmilitärordnung“ bezeichnet das weltweite Geflecht von Zusammenhängen und Abhängigkeiten in den Bereichen der Rüstung, der Waffenproduktion und des Waffenhandels, der Militarisierung und Militärherrschaft, der militärischen Ausbildung, der Militärbündnisse und -basen sowie der Kriegführung³⁰⁾.

In dieses Geflecht wurde Afrika insbesondere in den siebziger Jahren zunehmend einbezogen; doch blieb die Militarisierung des Kontinents insgesamt gesehen im Vergleich etwa zu den Regionen Asiens und Lateinamerikas immer noch auf relativ niedrigem Niveau³¹⁾. Allerdings mehrten sich auch in Afrika die Anzeichen wachsender Militarisierung: Immer mehr und bessere Waffen erreichten den Kontinent, die Militärausgaben zahlreicher Staaten stiegen an, afrikanische Armeen nahmen an Personalstärke zu und differenzierten sich nach den Waffengattungen des Heeres, der Luftwaffe und der Marine, die Zahl der militärischen Staatsstreiche und Militärregime erhöhte sich, inner- und zwischenstaatliche Konflikte wurden verstärkt unter Rückgriff auf militärische Gewalt ausgetragen. Darüber hinaus wurde der Kontinent häufiger von raumfremden militärischen Interventionen heimgesucht, und etliche afrikanische Staaten gingen enge militärpolitische Bindungen mit außerafrikanischen Mächten des westlichen oder östlichen Lagers ein.

Während in den sechziger Jahren nur Südafrika und Ägypten waffentechnologisch an-

spruchsvolle Armeen unterhielten und von Mannschaftsstärke und Ausrüstung her zu einer regional ausgreifenden militärischen Rolle in Afrika fähig waren, zogen in den siebziger Jahren eine Reihe anderer afrikanischer Länder nach (u. a. Algerien, Libyen, Äthiopien, Nigeria, Marokko), indem sie moderne Waffensysteme erwarben (u. a. Kampfpanzer, Kampfflugzeuge und Lenkwaffen) und die Ausrüstung und Kampfkraft ihrer Armeen stetig verbesserten. Als Militärmächte mittleren Ranges folgen diesen Länder wie Tunesien, Kenia, Zambia, Mozambique, Sudan, Zaire, Tanzania, Uganda und Angola. Dabei blieb Afrika hochgradig von Rüstungsimporten abhängig; eine beachtliche Rüstungsproduktion in afrikanischen Ländern gibt es bisher nur in Südafrika und in Ägypten. Die wichtigsten Waffenlieferanten Afrikas sind neben den beiden Supermächten vor allem Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Italien, die Tschechoslowakei und Jugoslawien. Als Hauptempfänger sowjetischer Rüstungsgüter gelten Libyen, Algerien und Äthiopien, während die Empfänger amerikanischer Lieferungen neuerdings namentlich Marokko, Tunesien, Sudan, Somalia und Kenia sind³²⁾. Andere Länder wie z. B. Nigeria haben ihre Bezugsquellen von Waffen hingegen stark diversifiziert. Südafrika arbeitet rüstungstechnisch eng mit westlichen Staaten und mit Israel zusammen³³⁾. Besonders hohe Rüstungsausgaben und -importe tätigten in den letzten Jahren etliche auf dem Weltmarkt Überschüsse erzielende Exporteure von Mineralien und Erdöl: Südafrika, Nigeria, Zaire, Marokko, Algerien, Libyen und Zambia, so daß man in diesen Fällen von einem „Rentier-Militarismus“ gesprochen hat³⁴⁾. Eine Reihe afrikanischer Länder unterhielt zudem enge militärpolitische Beziehungen mit außerafrikanischen Mächten (u. a. Versorgungseinrichtungen für die Flotten und Luftwaffen dieser Mächte, Abhaltung gemeinsamer Manöver, Stationierung von Militärberatern und Truppenkontingenten), so z. B. Angola und Äthiopien mit der UdSSR und Kuba, Ägypten,

(1983) 7, Universität Duisburg Gesamthochschule, Duisburg, Oktober 1983.

²⁸⁾ Hierzu S. M. Makinda, *Conflict and Superpowers in the Horn of Africa*, in: *Third World Quarterly*, 4 (1982) 1, S. 93—103.

²⁹⁾ Allgemein zu diesem Zusammenhang in der Dritten Welt siehe L. Brock, *Wechselwirkungen zwischen Ost-West- und Nord-Süd-Beziehungen*, in: *DGFK Jahrbuch 1982/83*, hrsg. v. der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung, Zur Lage Europas im globalen Spannungsfeld, Baden-Baden 1983, S. 233—258.

³⁰⁾ Hierzu G. Krämer, *Weltmilitärordnung und Dritte Welt*, Bielefeld 1983.

³¹⁾ Hierzu und zum folgenden R. Luckham, *Armaments, Underdevelopment and Demilitarisation in Africa*, in: *Alternatives*, 6 (1980) 2, S. 179—245; A. A. Brayton, *The Politics of Arms Limitations in Africa*, in: *The African Studies Review*, 26 (1983) 1, S. 73—89; P. Körner, *Rüstung und Unterentwicklung in Afrika*, Hamburg 1980; B. E. Arlinghaus (Ed.), *Military Development in Africa*, Boulder (Col.) 1984.

³²⁾ Hierzu B. E. Arlinghaus (Ed.), *Arms for Africa*, Lexington (Mass.) 1984; L. B. Ekpebu, *An African perspective on US/USSR/China arms policies*, in: *Alternatives*, 6 (1980) 1, S. 93—129; für einen aktuellen Überblick siehe *Afrique Contemporaine*, 1983 127 und 128, 1983: *La coopération militaire de l'Afrique noire avec les Puissances I) avec la France, II) avec l'URSS et les États-Unis*.

³³⁾ Hierzu N. Chazan, *The Fallacies of Pragmatism: Israeli Foreign Policy Towards South Africa*, in: *African Affairs*, 82 (1983) 327, S. 169—199.

³⁴⁾ Hierzu R. Luckham, a. a. O. (Anm. 31), S. 194.

Sudan, Kenia und Somalia mit den USA, Djibouti, Gabun, Elfenbeinküste, Senegal und Togo mit Frankreich³⁵).

Ein besonderes Problem im Zusammenhang mit der Position Afrikas in der Weltmilitärordnung stellt die Frage der Nuklearrüstung auf dem Kontinent dar. Als Kandidaten für atomare Schwellenländer gelten neben Südafrika Ägypten, Libyen, Zaire und Nigeria. Die OAU tritt seit ihrer Gründung gegen die nukleare Proliferation und für eine „Atomwaffenfreie Zone Afrika“ ein; ursprünglich gegen

die Atombombenversuche Frankreichs in der Sahara gerichtet, wendete sich diese Forderung später gegen die vermutete Atomrüstung Südafrikas³⁶). Um dieser Herausforderung zu begegnen, haben sich in Afrika politische und intellektuelle Fürsprecher einer „Schwarzen Atombombe“ hervorgerufen (insbesondere der Politikwissenschaftler Ali Mazrui³⁷), deren Bau vor allem von Zaire und Nigeria betrieben werden sollte, um das Nuklearpotential Südafrikas konterkarieren zu können.

IV. Sicherheitspolitische Probleme in Afrika

1. Die innere Sicherheit

Die „Sicherheit des Staates“ in Afrika wird idealtypisch durch drei — oftmals miteinander verschränkte — Probleme gefährdet: durch die Nichtübereinstimmung von Staat und Nation, durch Klassenkonflikte, die sich häufig noch als ethnische Konflikte („Tribalismus“) manifestieren, und durch die Machtansprüche rivalisierender Elite-Fraktionen.

Der typische afrikanische Staat ist eine künstliche, vom Kolonialismus produzierte „Staatsnation“, jedoch kein — wie in Europa — historisch gewachsener „Nationalstaat“³⁸): Die Gesellschaften der afrikanischen Staaten sind also im Regelfall durch ethnische Heterogenität und kulturellen Pluralismus gekennzeichnet, weisen kein „Nationalgefühl“ im modernen Wortsinne auf (vielfach noch Vorherrschen primärer Bindungen an die ethnische Gruppe) und bestreiten oftmals — zumindest in Teilen — die Legitimität des Staates und seiner Führungsgruppen. Die afrikanischen Staatsklassen wiederum, die eine „Nationenbildung“ betreiben wollen, können sich dabei nur eines „territorialen Nationalismus“ auf der Grundlage kolonialer Grenzen und Verwaltungseinheiten bedienen. Jegliche separatistisch-sezessionistische Bestrebung einzelner Bevölkerungsteile bedroht daher nicht nur die territoriale Integrität des Staates, sondern auch die Legitimität der Staatsklassen und die Autorität des staatlichen Machtapparates. Vor diesem Hintergrund wird erklärbar,

warum in Afrika — und zwar unabhängig von der sozioökonomischen Ordnung und ideologischen Orientierung — autoritär-zentralistische Regime vorherrschen, vielfach in Form einer Militärherrschaft, durch die am eindrucksvollsten die zentralstaatliche Zwangsgewalt verkörpert wird. In Verbindung mit wirtschaftlichen Verteilungskämpfen führten derartige Widersprüche zwischen Staat und Nation zu den bisher schwersten und langwierigsten inneren Kriegen in Afrika: Nigeria/Biafra (1967—1970), Sudan (1956—1972), Tschad (1960ff), Kongo/Zaire (Katanga/Shaba, sechziger und siebziger Jahre), Äthiopien/Eritrea (1961ff)³⁹). Diese Sezessionskriege waren unter dem Blickwinkel der „Sicherheit des Staates“ zugleich auch Anti-Regime-Kriege, die tendenziell den Zerfall des kolonial überkommenen Staates nach sich ziehen konnten, so wie es sich gegenwärtig im Tschad abzeichnet⁴⁰).

Soziale Konflikte bzw. Klassenkonflikte sind in Afrika noch häufig mit ethnischen Konflikten verbunden. Unterprivilegierte bzw. unzufriedene Bevölkerungsgruppen drücken ihren Protest vielfach in traditionellen ethni-

Timothy M. Shaw (Ed.), *Alternative Futures for Africa*, Boulder (Col.) 1982, S. 237—258.

³⁸) Hierzu und zum folgenden A. D. Smith, *State and Nation in The Third World. The Western State and African Nationalism*, Brighton (Sussex) 1983; D. Rothchild/V. A. Olorunsola (Eds.), *State Versus Ethnic Claims: African Policy Dilemmas*, Boulder (Col.) 1983.

³⁹) Hierzu A. Wirz, *Krieg in Afrika. Die nachkolonialen Konflikte in Nigeria, Sudan, Tschad und Kongo*, Wiesbaden 1982; V. Matthies, *Der Eritrea-Konflikt. Ein „Vergessener Krieg“ am Horn von Afrika*, Hamburg 1981.

⁴⁰) Hierzu R. Meyer, *Rekolonisierung des Tschad*, in: Deutsches Übersee-Institut (Hrsg.), *Jahrbuch Dritte Welt 2*, München 1984.

³⁵) Hierzu R. Luckham, a. a. O. (Anm. 22).

³⁶) Hierzu T. Adeniran, *Nuclear Proliferation and Black Africa: The Coming Crisis of Choice*, in: *Third World Quarterly*, 3 (1981) 4, S. 673—683.

³⁷) Hierzu A. A. Mazrui, *The Computer Culture and Nuclear Power: Political Implications for Africa*, in:

schen, kulturellen und religiösen Formen aus: afrikanische Politiker mobilisieren bei sozialen und wirtschaftlichen Verteilungskämpfen gezielt primäre Loyalitäten — der manifeste Konflikt stellt sich dann oft als tribalistischer oder „Stammeskonflikt“ dar. Eine Revolution im klassischen Sinne war die Zerschlagung des Feudalismus und der kaiserlichen Autokratie in Äthiopien. Ca. 16 Guerillabewegungen führen derzeit nationale und/oder soziale Befreiungskämpfe gegen afrikanische Regierungen⁴¹⁾.

Im Kampf um die Kontrolle und Nutzung des Staatsapparates kam es in Afrika zu zahlreichen Staatsstreich, Militärputschen und Regimewechseln. Überwiegend handelte es sich dabei jedoch nur um einen Machtwechsel innerhalb der herrschenden Sozialschicht, also um eine Art von Eliten-Rotation; in manchen Fällen (z. B. bei einigen Militärputschen) aber ließen sich auch revolutionäre Züge bzw. Elemente des Klassenkampfes erkennen.

2. Die äußere Sicherheit

Die „Sicherheit des Staates“ nach außen wird in Afrika vornehmlich durch drei Probleme gefährdet: durch die Einmischung afrikanischer Staaten in die inneren Angelegenheiten anderer afrikanischer Staaten, durch Grenzkonflikte zwischen afrikanischen Staaten und durch den Konflikt der afrikanischen Staaten mit dem weißen, rassistischen Minderheitenregime im Südlichen Afrika.

Unerwünschte Einmischungen in die inneren Angelegenheiten afrikanischer Staaten von seiten anderer afrikanischer Staaten gab und gibt es in vielfältiger Form (Unterstützung von Oppositionsgruppen und Sezessionskräften, Subversion und Sabotage, offene militärische Intervention). Bekannte Beispiele sind u. a. die Einschleusung bewaffneter Kräfte durch Angola in Zaire 1977/78 (Shaba-Provinz), die Unterstützung ugandischer Exilgruppen durch Tansania und dessen militärische Intervention gegen, das von Amin beherrschte Uganda 1978/79 sowie die Destabilisierungsaktionen Libyens in verschiedenen afrikanischen Staaten (u. a. in Ägypten, Sudan, Tunesien) und dessen militärische Intervention im Tschad 1980/81 ff. Das Konfliktpotential der in der Kolonialzeit willkürlich gezogenen afrikanischen Grenzen erwies sich offensichtlich in der nachkolonialen Zeit als

nicht so groß, wie ursprünglich erwartet⁴²⁾. Hierzu trug sicher das Interesse fast aller afrikanischen Staatsklassen an stabilen Grenzen und Territorien ebenso bei wie die Tatsache, daß nicht die Grenzziehungen als solche schon Konflikte auslösen. Erst in Verbindung mit großen grenzüberlappenden ethnischen Minderheiten, Rohstoffinteressen in umstrittenen Grenzgebieten, politisch-ideologischen Streitigkeiten, konkurrierenden Ansprüchen auf regionale Vormachtstellung und strategischen Interessen räumfremder Mächte entfalten unklar delimitierte und demarkierte Grenzen ihr Konfliktpotential⁴³⁾. Da solche Bedingungen aber in den meisten Fällen (noch?) nicht gegeben waren, kam es oft nur zu einem diplomatisch-politischen Konflikt austrag oder zu kleineren Grenzscharmützeln (z. B. Obervolta/Mali, Ghana/Togo, Libyen/Ägypten, Kenia/Äthiopien); zu militärischen Grenzkriegen eskalierten Grenzkonflikte nur in wenigen Fällen (als wichtigste Beispiele seien genannt: Marokko/Algerien 1963; später Westsahara-Konflikt zwischen Marroko und Algerien/Polisario; Somalia/Äthiopien 1963/64 und 1977/78)⁴⁴⁾.

Um einen Konflikt besonderer Art handelt es sich bei der Auseinandersetzung der afrikanischen Staaten mit dem weißen, rassistischen Minderheitenregime im Südlichen Afrika. Hierbei geht es einerseits um die Unterstützung des Befreiungskampfes schwarzer Guerillabewegungen und Mehrheitsgruppen gegen die Herrschaft der weißen Minderheit (SWAPO/Namibia, ANC/Südafrika), und andererseits um den Schutz der sogenannten Frontlinienstaaten (Angola, Mozambique, Zambia, Zimbabwe, Botswana und Tanzania) vor südafrikanischen Übergriffen und Vergeltungsschlägen. Seit Jahren findet zwischen Südafrika einerseits und den afrikanischen Befreiungsbewegungen und Konfliktrandstaaten andererseits ein unerklärter Krieg statt⁴⁵⁾, der von Guerilla und Anti-Guerilla, Terror

⁴²⁾ Hierzu J. Barron Boyd Jr., African Boundary Conflict: An Empirical Study, in: The African Studies Review, 22 (1979) 3, S. 1—14; A. Ajala, The Nature of African Boundaries, in: Afrika Spectrum, (1983) 2, S. 177—189.

⁴³⁾ Hierzu B. Moser, Ethnischer Konflikt und Grenzkriege. Ursachen innen- und außenpolitischer Konflikte in Afrika, Diessenhofen 1983.

⁴⁴⁾ Hierzu V. Matthies, Der Grenzkonflikt Somalias mit Äthiopien und Kenya. Analyse eines zwischenstaatlichen Konflikts in der Dritten Welt, Hamburg 1977.

⁴⁵⁾ Hierzu G. Braun/W. Kühne, Südafrikas unerklärter Krieg, in: Deutsches Übersee-Institut (Hrsg.), Jahrbuch Dritte Welt 2, München 1984.

⁴¹⁾ Hierzu F. Soudan, L'Afrique des guérillas, in: Jeune Afrique, No. 1185, 21. September 1983, S. 46.

und Gegen-Terror, Subversion, Destabilisierung und Kommandoaktionen sowie Luftangriffen gegen rückwärtige Basen der Guerilla und Flüchtlingslager in den Nachbarländern bis hin zu großflächigen Invasionen schwarzafrikanischer Staaten (Südafrikas Invasion Angolas 1983) reicht. Wenngleich auch nicht alle Staaten des afrikanischen Kontinents diesen Konflikt als eine physische Bedrohung erfahren, so empfinden sie ihn doch zumindest als psychische Bedrohung und als eine zentrale politische Herausforderung. In der südafrikanischen Nuklearrüstung erkennen sie jedoch zunehmend auch eine sie alle unmittelbar betreffende potentielle physische Gefährdung.

3. Raumfremde Interventionen

Eine Bedrohung besonderer Art stellen in Afrika die raumfremden Interventionen dar. Diese können von mehr indirekten Einmischungen (etwa in Form von ökonomischer Einflußnahme, Subversion, Spionage, Destabilisierung) bis hin zu eher direkten militärischen Eingriffen (etwa in Form der Entsendung von Militärberatern, Waffen oder gar Kampftruppen) reichen⁴⁶⁾. Im Mittelpunkt der sicherheitspolitischen Besorgnisse steht allerdings in Afrika die militärische Intervention. Hierzu ist zunächst anzumerken, daß sich die afrikanischen Staaten kollektiv (im Rahmen der OAU) grundsätzlich gegen raumfremde Interventionen ausgesprochen haben. Doch unterhalb dieser gesamtafrikanischen, kollektiv gesetzten Norm, raumfremde Interventionen als unerwünschten und unzulässigen Eingriff in die inneren Angelegenheiten des afrikanischen Kontinents abzuweisen, stellt sich das Problem differenzierter dar.

Denn die Mehrzahl raumfremder Interventionen wurde von einzelnen oder Gruppen afrikanischer Staaten durchaus für erwünschte

und zulässige Eingriffe gehalten. Bei vielen Interventionen wirkten auch push- und pull-Faktoren zusammen: Während die raumfremden Mächte ihre jeweiligen Interessen im Rahmen des Nord-Süd- und Ost-West-Konflikts abzusichern und etwaige „Macht-Vakuen“ auszufüllen trachteten, zogen afrikanische Staaten vielfach eben diese Mächte politisch bewußt und gezielt in ihre inneren und äußeren Konflikte hinein. Raumfremde Interventionen sollten auswärtige Feinde abschrecken oder regionale Machtbalancen austarieren (z. B. UdSSR und Kuba in Äthiopien gegen Somalia oder in Angola gegen Südafrika; Frankreich und USA im Tschad gegen Libyen) oder die staatlichen Machtgruppen gegenüber innerer Opposition und Sezessionsbestrebungen absichern (z. B. Belgien, Frankreich und USA in Zaire, Frankreich in etlichen frankophonen Staaten, die UdSSR in Äthiopien). In manchen Fällen beteiligten sich gar afrikanische Länder indirekt als „Stellvertreter“ raumfremder Mächte an solchen Interventionen (z. B. Marokko und eine Anzahl frankophoner Staaten im Rahmen der westlichen Stabilisierung des Mobutu-Regimes in Zaire/Shaba). Derartige Interventionen — von Ost wie von West — standen zudem auch durchaus im Einklang mit zentralen Normen des afrikanischen Staatensystems (z. B. Anti-Rassismus im Falle des sowjetischen Eingreifens in Angola, Wahrung der territorialen Integrität und Regimestabilisierung im Falle des östlichen Eingreifens in Äthiopien und des westlichen Eingreifens in Zaire und im Tschad). Nur wenige raumfremde Interventionen waren wirklich politisch unerwünscht und völkerrechtlich unzulässig (z. B. die von Portugal unterstützten Söldnerangriffe auf Guinea 1970 und auf Benin 1977, der Sturz des Bokassa-Regimes in der Zentralafrikanischen Republik durch Frankreich im Jahre 1979).

So stellen sich raumfremde Interventionen als Sicherheitsproblem afrikanischer Staaten recht ambivalent dar: Während sie für einzelne oder Gruppen von Staaten sozusagen Elemente und Instrumente von Sicherheitspolitik sind, die Sicherheit schaffen, erweisen sie sich allenfalls für die Staaten und politische Kräfte, gegen die sie gerichtet sind, als Elemente und Instrumente von Unsicherheit, die Bedrohungsängste erzeugen und zu Gegenreaktionen herausfordern.

⁴⁶⁾ Zur Großmacht-Intervention in der Dritten Welt allgemein siehe L. Brock, *World Power Intervention and Conflict Potentials in the Third World*, in: *Bulletin of Peace Proposals*, 13 (1982) 4, S. 335—342; zu verschiedenen Interventions-Begriffen siehe H.-G. Brauch, *Sozialwissenschaftliche Interventionsbegriffe und externe Einwirkungsphänomene im Bereich der Internationalen Politik*, in: B. Simma/E. Plenck-Knocke (Hrsg.), *Zwischen Intervention und Zusammenarbeit. Interdisziplinäre Arbeitsergebnisse zu Grundfragen der KSZE*, Berlin 1979, S. 55—120.

V. Sicherheitspolitische Ansätze und Konzeptionen in Afrika

In der Auseinandersetzung mit den eben skizzierten Sicherheitsproblemen entwickelten die Afrikaner verschiedene sicherheitspolitische Ansätze und Konzeptionen. Als gesamt-afrikanisches, kollektives Sicherheitssystem (ohne die weißen rassistischen Minderheiten- und Kolonialregime) gründeten die afrikanischen Staaten die Organisation für die Einheit Afrikas (OAU). Deren Hauptziel sollte die Schaffung bzw. Erhaltung von Frieden und Sicherheit in ganz Afrika sein, also die Herbeiführung einer „Pax Africana“⁴⁷⁾. Diesem Ziel dienten zentrale Normen (Beibehaltung kolonial überkommener Grenzen, Wahrung der territorialen Integrität, friedliche Streitbeilegung und Ablehnung raumfremder Interventionen) ebenso wie die politischen Konzepte der Blockfreiheit und der „Friedenszone Indischer Ozean“ sowie die militärischen Projekte eines afrikanischen Oberkommandos (African High Command) und Befreiungskomitees (African Liberation Committee).

Im Bereich der bi- und multilateralen Gruppensicherheit kam es in Afrika im Laufe der Jahre zu einer Vielzahl von Vertragswerken, Verteidigungspakten und Zusammenschlüssen (u. a. Ägypten/Sudan 1977, Kenia/Äthiopien 1963 und 1979, Mozambique/Zimbabwe 1981). An sicherheitspolitisch besonders relevanten Gruppierungen sind vor allem die süd-afrikanische und westafrikanische Staatengemeinschaft SADCC und ECOWAS zu nennen. Auf der nationalen, einzelstaatlichen Ebene betrieben die afrikanischen Länder klassische, militärisch abgestützte Sicherheitspolitiken nach innen und außen; diesbezüglich ist hier das Beispiel Nigerias als einer aufstrebenden regionalen Vormacht in Afrika von besonderem Interesse.

1. Die OAU als kontinentales, kollektives Sicherheitssystem

a) Die „Heilige Allianz“ zur Sicherung des Status quo

Die 1963 gegründete OAU basierte auf einem konservativen Grundkonsens: „Im Namen des Panafrikanismus wurde die Erhaltung des territorialen Status quo zum Prüfstein der afrikanischen Solidarität erklärt und damit eine gegenseitige Bescheinigung der Legitimität als Nationalstaat ausgestellt: Grundprinzipien

⁴⁷⁾ So ein Buchtitel von A. A. Mazrui, *Towards a Pax Africana*, London 1967.

waren die Respektierung von Souveränität, territorialer Unverletzlichkeit und des Rechts auf unabhängige Existenz sowie die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten einschließlich der Verurteilung von subversiven Tätigkeiten gegeneinander und auch die Verpflichtung zur friedlichen Regelung von Konflikten.“⁴⁸⁾ Die konservative Grundhaltung der Mehrheit der afrikanischen Staats- und Regierungschefs kam am deutlichsten vielleicht in der OAU-Grenzresolution von 1964 zum Ausdruck, die sich für die Bewahrung der kolonial vererbten Grenzen aussprach. Im Rahmen dieses politisch-normativen Regelwerks der OAU als einer „Heiligen Allianz“ zur Garantierung der „Sicherheit des Staates“ hatten Sezessionsbestrebungen in Afrika bisher kaum eine reale Durchsetzungschance (vgl. z. B. Biafra, Südsudan, Eritrea)⁴⁹⁾.

Der sogenannten Krise der OAU in den beginnenden achtziger Jahren, die sich äußerlich an der Westsahara- und Tschad-Frage festmachte (Nichtzustandekommen der OAU-Gipfelkonferenz im Jahre 1982), scheint offenbar ein Zerbröckeln des ursprünglichen konservativen Grundkonsenses zugrunde zu liegen⁵⁰⁾. Bedingt war dieser Erosionsprozeß wohl durch eine Veränderung der Zusammensetzung der OAU. Ihr gehörten immer mehr Mitgliedstaaten an, die ihre Unabhängigkeit nicht durch friedlichen Verfassungstransfer, sondern durch Befreiungskämpfe erlangt (u. a. Angola, Mozambique, Guinea-Bissau, Zimbabwe) und/oder radikale innergesellschaftliche Wandlungen erreicht hatten (u. a. Revolution in Äthiopien) und der konservativen Staatengruppe ihre mehrheitsbildende Kraft in der OAU zunehmend streitig machten.

b) Friedliche Streitbeilegung

Artikel III/4 der OAU-Charta schreibt das Prinzip friedlicher Streitbeilegung fest. Zu

⁴⁸⁾ Zitiert nach G. Baumhögger, *Die Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) am Scheideweg?* in: Deutsches Übersee-Institut (Hrsg.), *Jahrbuch Dritte Welt* 1, München 1983, S. 222; vgl. auch P. Kunig, *Das völkerrechtliche Nichteinmischungsprinzip. Zur Praxis der Organisation der afrikanischen Einheit (OAU) und des afrikanischen Staatenverkehrs*, Baden-Baden 1981.

⁴⁹⁾ Hierzu O. S. Kamanu, *Secession and the Right of Self-Determination: an OAU Dilemma*, in: *Journal of Modern African Studies*, 12 (1974) 3, S. 355—376.

⁵⁰⁾ Hierzu G. Baumhögger, a. a. O. (Anm. 48); E. M'buyinga, *Pan Africanism or Neo-Colonialism? The Bankruptcy of the OAU*, London 1982.

diesem Zweck sah die Charta (Art. XIX) die Schaffung einer „Kommission für Vermittlung, Schlichtung und Schiedssprüche“ vor. Die OAU maß sich also durchaus die Rolle eines „Konfliktmanagers“ zu. Doch erwies sich in der Praxis, daß ihre Fähig- und Möglichkeiten hierzu recht begrenzt waren⁵¹⁾. Die Streitbeilegungs-Kommission wurde kaum in Anspruch genommen; infolge unzureichender Autorität, mangelnder Ressourcen und administrativ-organisatorischer sowie finanzieller Schwäche entwickelte die OAU eine nur geringe Konfliktregulierungskapazität. Hinzu kam offenbar die Furcht der Organisation, bei einer zu starken Verwicklung in die Konflikte ihrer Mitgliedstaaten Partei ergreifen zu müssen und dadurch die mühsam aufgebaute und erhaltene afrikanische Solidarität zu gefährden. Die OAU beschränkte sich daher weitgehend auf einen Abbau akuter Spannungen (z. B. Feuereinstellung im Falle des äthiopisch-somalischen Konflikts von 1964), also auf eine „Befriedung“ von Konflikten, und wandte dabei sowohl direkte, formelle Methoden (z. B. Resolutionen, die als normative Restriktionen wirken sollten) als auch indirekte, informelle Methoden (z. B. Bereitstellung eines Forums für Vermittlungsaktionen und Kontakte, von „Komitees der Guten Dienste“) an, leistete jedoch kaum einen Beitrag zu einer dauerhaften Lösung der Konflikte⁵²⁾. Die Beteiligung der OAU an der friedlichen Streitbeilegung vollzog sich dabei mehr innerhalb der Organisation als durch die Organisation; sie selbst trat in der Regel nicht als kollektiver Vermittler in einem Konflikt auf, sondern beschied sich mit der Förderung von Vermittlungsbemühungen einzelner afrikanischer Staaten oder Staatsmänner. Dennoch sollte die Rolle der OAU in einzelnen Konfliktfällen nicht unterschätzt werden (positive Beiträge leistete sie u. a. in folgenden Fällen: Algerien/Marokko 1963, Äthiopien/Somalia 1964, Tanzania/Uganda 1972, Guinea/Senegal 1971, Obervolta/Mali 1977).

In der Westsahara- und Tschad-Frage hat sich die OAU bislang redlich, aber vergeblich um eine friedliche Streitbeilegung bemüht. Im

⁵¹⁾ Hierzu und zum folgenden B. Bukarambe, *The Role and Impact of the OAU in the Management of African Conflicts*, in: *Survival*, 25 (1983) 2, S. 50—58; N.-O. Obaseki, *Conflict Resolution in Africa: What Role for International Organization?* in: R. Jütte/A. Grosse-Jütte (Eds.), *The Future of International Organization*, London 1981, S. 201—219.

⁵²⁾ Hierzu B. Andemicael, *Peaceful Settlement Among African States: Rules of the United Nations and the Organization of African Unity*, UNITAR Papers No. 5, New York 1972.

Zusammenhang mit dieser Frage kam es auch zu der in der Geschichte der Organisation bislang ausgeprägtesten Polarisierung innerhalb der Mitgliedschaft und zu der härtesten Belastungsprobe der Staatenorganisation. Symptomatisch für die Schwächen der OAU als Konfliktmanager war das klägliche Scheitern ihrer Friedenssicherungsaktion im Tschad. Eine Friedenstruppe der OAU, die von sieben afrikanischen Ländern kontingentiert werden sollte, wurde im März 1982 in den Tschad entsandt, um dort die Ende 1980 einmarschierten Truppen Libyens zu ersetzen und eine Feuereinstellung im dortigen Bürgerkrieg zu garantieren. Doch Libyen weigerte sich, den Abzug seiner Truppen mit dem Einrücken der OAU-Truppen zu synchronisieren. Nur drei afrikanische Länder (Nigeria, Senegal und Zaire) steuerten wirklich Truppenkontingente bei, und aus Mangel an eigenen Ressourcen mußte sich die OAU-Friedenstruppe mit der Bitte um technische und logistische Unterstützung an westliche Staaten und die Vereinten Nationen wenden. Bei der neuerlichen Zuspitzung des Bürgerkrieges (Kampf um die tschadische Hauptstadt Ndjamena) hielt sich die Truppe zurück und brach im Juni 1982 ihre Mission ab.

c) *African High Command / African Liberation Committee*

Der Zweck der OAU ist nach Art. II/1 u. a., die Souveränität, territoriale Integrität und Unabhängigkeit der afrikanischen Staaten zu verteidigen und alle Formen des Kolonialismus in Afrika zu beseitigen. Zur Erfüllung dieses Zwecks befaßten sich die Afrikaner immer wieder mit dem Konzept einer gesamtafrikanischen Militärorganisation, die einer doppelten Aufgabe gerecht werden sollte, der Friedenssicherung im unabhängigen Afrika einerseits und dem Kampf gegen koloniale und rassistische Minderheitenregime im Südlichen Afrika andererseits. Um die Zusammenarbeit der afrikanischen Staaten in Militär-, Sicherheits- und Verteidigungsfragen zu verbessern und um das Konzept eines „African High Command“ (AHC) zu erörtern, gründete die OAU ein „Verteidigungs-Komitee“ (als OAU-Sonderkommission nach Art. XX). Die Grundidee eines AHC geht auf die panafrikanischen Bestrebungen Kwame Nkrumahs zurück, der sich anläßlich der Kongo-Krise von 1960 für eine gesamtafrikanische Militärorganisation einsetzte. In späteren Jahren wurde dieser Gedanke, meist im Zusammenhang mit Krisen und raumfremden Interventionen in

Afrika, in verschiedenen Varianten immer wieder in die Diskussion eingebracht ⁵³).

Doch schon auf der ersten Sitzung des OAU-Verteidigungs-Komitees in Accra im November 1963 wurde der ghanaische Plan eines AHC von den meisten afrikanischen Staaten mit eben den Argumenten zurückgewiesen, die im Grunde bis heute gegen die Realisierung eines solchen Plans sprechen: das Mißtrauen der afrikanischen Staaten untereinander, die Einbuße an staatlicher Souveränität, die politisch-ideologische Heterogenität Afrikas, Finanzierungsprobleme, die Mängel im Bereich der militärischen Logistik und Kommunikation (Transport-, Nachrichten- und Versorgungsprobleme), die Unterschiedlichkeit der afrikanischen Armeen (in Kommandosprachen, Ausbildung, Ausrüstung, Waffenstandards etc.).

Im Dezember 1971 schlug das OAU-Verteidigungs-Komitee daher vor, anstelle des anspruchsvollen AHC eher bescheidenere regionale Verteidigungssysteme in Afrika aufzubauen, da die Zeit für ein integriertes, kontinentales Kommando noch nicht reif sei. Nigeria sprach sich im Jahre 1972 zumindest für eine „African Task Force“ aus, deren Aufgabe die Unterstützung der Freiheitskämpfer im Südlichen Afrika sein sollte; einen ähnlichen Vorschlag („Collective Intervention Force“) legte 1977 auch der damalige OAU-Generalsekretär vor.

Zu einer Pervertierung des AHC-Konzepts kam es im Jahre 1978, als im Zusammenhang mit der zweiten Shaba-Krise Frankreich die Idee einer „Panafrikanischen Streitmacht“ propagierte, die dann auch unter Mitarbeit einiger frankophoner Staaten Afrikas Wirklichkeit und im Interesse raumfremder Mächte zur Stabilisierung des Mobutu-Regimes in Zaire eingesetzt wurde. Hier stand ein Instrument neokolonialer Einflußnahme gegen die originäre Idee einer afrikanischen Streitmacht zur Sicherung und Befreiung des Kontinents.

Zu einer Wiederbelebung der Bemühungen um die Schaffung eines AHC kam es im Zu-

⁵³) Hierzu und zum folgenden T. A. Imobighe, An African High Command: The Search for a Feasible Strategy of Continental Defense, in: African Affairs, 79 (1980) 315, S. 241—254; F. Otubanjo, Ideology and Military Integration in Africa, in: Current Research on Peace and Violence, (1980) 3—4, S. 216—228; O. Fasehun, Nigeria and the Issue of an African High Command: Towards a Regional and/or Continental Defence System? in: Afrika Spectrum, (1980) 3, S. 309—317.

sammenhang mit der Eskalation des bewaffneten Kampfes im Südlichen Afrika im Jahre 1983. Auf seiner 6. Tagung im Januar 1984 in Accra nahm das OAU-Verteidigungs-Komitee ein Militärprotokoll über die Gründung einer gesamtafrikanischen Verteidigungsorganisation an und verabschiedete eine „Deklaration von Accra zur Befreiung und Afrikanischen Sicherheit“. Zielrichtung dieser Aktivitäten sollte die Unterstützung der Befreiungsbewegungen und Konfliktrandstaaten im Südlichen Afrika sein. Dieser Zielsetzung hatte sich bereits seit 1963 auch das African Liberation Committee (ALC), das Befreiungskomitee der OAU, verschrieben ⁵⁴). Gleich nach dem Ende der OAU-Gründungskonferenz konstituierte sich das ALC am 25. Juni 1963 in Dar es Salaam. Von Beginn an herrschte im Komitee ein weitgehender Konsens über die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes gegen Südafrika, Portugal und Rhodesien. Das ALC sah seine Aufgabe vor allem darin, „Volkskriege“ zu koordinieren und einheitliche „Fronten“ zu bilden; während es dabei im Falle Guinea-Bissaus (PAIGC), Mozambiques (FRELIMO) und Namibias (SWAPO) relativ erfolgreich war, gestalteten sich die Dinge in Angola, Rhodesien und Südafrika schwieriger (rivalisierende Befreiungsorganisationen).

d) Blockfreiheit als Sicherheitspolitik

Durch Art. III/7 der OAU-Charta wurde Blockfreiheit zum Prinzip afrikanischer Außenpolitik erhoben ⁵⁵). Blockfreiheit ist im Kern Sicherheitspolitik, da sie eine grundsätzliche militärpolitische Distanz zu den Machtblöcken in Ost und West gebietet, um nicht in deren Auseinandersetzungen verwickelt zu werden ⁵⁶). Nach den im Jahre 1961 von den Gründerstaaten der Bewegung der Blockfreien beschlossenen und bis heute unverändert gültigen Kriterien von Blockfreiheit darf kein Mitgliedstaat militärpolitische Beziehungen zu Blockmächten unterhalten

⁵⁴) Hierzu F. Ansprenger, Die Befreiungspolitik der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) 1963 bis 1975, Mainz—München 1975; M. Nzuwah/R. S. Thompson (Eds.), The OAU on Southern Africa. Resolutions and Declarations of the Organization of African Unity on Southern Africa (1963—1979), Brunswick (Ohio) 1981.

⁵⁵) Zur Blockfreiheit in Afrika siehe M. Wilson/S. Burgess, Non-Alignment in Africa: Trends, Prospects and Dynamics, Papier, vorgelegt auf dem 12. Weltkongreß der International Political Science Association, Rio de Janeiro, 9.—14. August 1982.

⁵⁶) Hierzu V. Matthies, Blockfreiheit als Sicherheitspolitik, München—Köln—London 1983.

(Mitgliedschaft in einem multilateralen Bündnis, bilaterales Abkommen, Regionalpakt, Stützpunkt), wenn diese im Kontext mit Konflikten zwischen Großmächten stehen. Wenn gleich auch diese Kriterien durchaus interpretationsfähig blieben, so machte der verschärfte Aufrag des Ost-West-Konflikts in der Dritten Welt es den afrikanischen und anderen blockfreien Staaten doch zunehmend schwerer, sich an diesen Kriterien zu orientieren. Hatte noch die OAU-Gründungskonferenz 1963 eine umgehende „Beendigung der militärischen Besetzung des afrikanischen Kontinents und die Auflösung von Militärbasen“ gefordert, so schwächte bereits im nächsten Jahr der OAU-Ministerrat auf seiner Sitzung in Kairo diese Forderung wieder ab: Er empfahl eine Auflösung von militärischen Verpflichtungen „so bald wie möglich“⁵⁷⁾. Bereits in den sechziger Jahren hatten verschiedene afrikanische Länder durch die Gewährung von Militärbasen an die USA (z. B. Äthiopien, Marokko, Libyen) gegen die Kriterien von Blockfreiheit verstoßen, da diese Basen als Teil der amerikanischen Eindämmungspolitik gegenüber der UdSSR durchaus im Kontext von Großmacht-Konflikten standen. In den siebziger und achtziger Jahren gingen aus sicherheitspolitischen Gründen immer mehr afrikanische Staaten militärpolitische Bindungen mit blockgebundenen Mächten ein (z. B. Äthiopien, Angola, Mozambique mit der UdSSR, Ägypten, Sudan, Somalia mit den USA, etliche frankophone Staaten mit Frankreich), die offensichtlich im Zusammenhang mit dem verschärften Aufrag des Ost-West-Konflikts in Afrika standen. Hierbei ist festzuhalten, daß es vielfach erst inner- und zwischenstaatliche Konflikte sowie gezielte Allianz-Politiken afrikanischer Regierungen waren, die den Kontinent immer tiefer in den Ost-West-Konflikt verstrickten.

e) Friedenszone Indischer Ozean

Die OAU unterstützte auch das von den Blockfreien und den Vereinten Nationen seit Anfang der siebziger Jahre propagierte Konzept einer stützpunkt-, atomwaffen- und großmachtfreien Zone im Indischen Ozean. Durch den Rüstungswettlauf der Supermächte im Indik, den Ausbau der US-Inselbasis Diego Garcia und die militärische Zusammenarbeit zwischen dem Westen, Israel und Südafrika sahen sich insbesondere die afrikanischen An-

rainerstaaten in ihrer Sicherheit bedroht⁵⁸⁾. Neben Störungen ihres Seeverkehrs konnten sie vor allem auch von unerwünschten Einmischungen raumfremder Mächte in ihre inneren Angelegenheiten oder in ihre Auseinandersetzungen mit Nachbarstaaten betroffen werden. Doch war es gerade das Unvermögen der Afrikaner, ihre Probleme untereinander selbst zu lösen, das mit dazu beitrug, die Idee einer Friedenszone Indischer Ozean immer unrealistischer erscheinen zu lassen. Ernsthaftige Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR in den Jahren 1976/77 über eine Begrenzung des militärischen Aufbaus in der Region wurden — im Zusammenhang mit dem Konflikt am Horn von Afrika — seit Februar 1978 wegen der anwachsenden sowjetischen Militärpräsenz in Äthiopien von amerikanischer Seite nicht weiter fortgeführt. Vollends verschärfte sich dann die Supermacht-Rivalität in der Indik-Region im Gefolge der sogenannten Doppelkrise um Iran/Afghanistan, die auf seiten der USA den beschleunigten Ausbau von Diego Garcia und den Aufbau der „Schnellen Eingreiftruppe“ zur Folge hatte. Solange also afrikanische Anrainerstaaten in Verfolgung nationaler Sicherheitsinteressen selbst raumfremde Mächte in die Indik-Region hineinziehen, wird das Konzept der Friedenszone kaum eine Durchsetzungschance haben.

f) Abwehr raumfremder Interventionen

Vor diesem Hintergrund gewinnt die OAU-Position gegenüber raumfremden Interventionen an Gewicht. Im Grundsatz hat die OAU eine Art „afrikanischer Monroe-Doktrin“ verkündet: „Afrika den Afrikanern“. Ihrem Gründungszweck und ihren Zielen nach sollte sie für eine eigenständige afrikanische Problemlösung Sorge tragen und die Einheit, den Frieden und die Sicherheit auf dem afrikanischen Kontinent ohne raumfremde Einmischung befördern (Pax Africana). Zu einer intensiven Auseinandersetzung der OAU mit dem Problem raumfremder Interventionen kam es in den Jahren 1977/78 im Zusammenhang mit der Präsenz und dem Eingreifen der UdSSR und Kubas in Angola und Äthiopien sowie

⁵⁷⁾ Hierzu und zum folgenden A. Gupta, Non-Aligned Africa and the External Powers, in: *The Non-Aligned World*, 1 (1983) 2, S. 178—191.

⁵⁸⁾ Hierzu und zum folgenden R. W. Copson, East Africa and the Indian Ocean-A "Zone of Peace"? in: *African Affairs*, 76 (1977) 304, S. 339—358; L. W. Bowman, African Conflict and Superpower Involvement in the Western Indian Ocean, in: Ders./J. Clark (Eds.), *The Indian Ocean in Global Politics*, Boulder (Col.) 1981, S. 87—103; O. Ogunbadejo, Diego Garcia and Africa's Security, in: *Third World Quarterly*, 4 (1982) 1, S. 104—120.

der Rettungsaktion des Westens für Zaire (Shaba-Krisen)⁵⁹⁾. Neben dem OAU-Gipfel vom Juli 1977 in Libreville/Gabun ist hier vor allem der OAU-Gipfel vom Juli 1978 in Khartum/Sudan von Bedeutung. Nach scharfen Debatten, in denen sich pro-westliche und pro-östliche Staaten gegenseitig beschuldigten, der einen oder anderen raumfremden Macht die Einmischung in Afrika ermöglicht zu haben, und das Eingreifen ihrer jeweiligen Patronagemächte zu rechtfertigen suchten, verurteilte die Konferenz schließlich jegliche Politik der Gewalt und Intervention in Afrika ungeachtet ihrer Herkunftsquelle und stellte sich allen Plänen zur Rekolonisierung des Kontinents entgegen⁶⁰⁾. Ferner hob der Gipfel hervor, daß die Verantwortung für die Sicherung des Friedens in Afrika ausschließlich eine Verantwortung der Afrikaner selbst sei, in die sich keinerlei ausländische Staaten einzumischen hätten.

Eine interessante mittlere Linie zwischen Ost und West in der Interventionsfrage vertrat Nigeria. Der nigerianische Staatschef Obasanjo verurteilte die Präsenz der Sowjetunion und Kubas zwar nicht, doch solle ihr Aufenthalt nicht zu lange dauern: „Den Sowjets und ihren Freunden sollte ich sagen, daß, obwohl sie nach Afrika eingeladen worden seien, um im Befreiungskampf und bei der Konsolidierung nationaler Unabhängigkeit zu helfen, sie dennoch ihre Aufnahme nicht überstrapazieren sollten. Afrika wolle nicht das eine koloniale Joch abwerfen, um sich dafür ein anderes wieder aufzuladen.“⁶¹⁾ Andererseits kritisierte Obasanjo, ohne allerdings die Namen der beteiligten Staaten zu nennen, die westlichen Fallschirmjäger-Einsätze in Zaire/Shaba als für Afrika unakzeptable Aktionen im Stile der Kanonenboot-Diplomatie des 19. Jahrhunderts. Zugleich machte er auch das Dilemma deutlich, in dem sich Afrika angesichts raumfremder Interventionen befindet: „Wir afrikanische Führungsgruppen müssen auch erkennen, daß wir die ausländischen Mächte nicht bitten können, uns in Ruhe zu lassen, während es in den meisten Fällen unsere eigenen Handlungen sind, die diese Mächte mit einer Entschuldigung für ihre Einmischung in unsere Angelegenheiten versehen.“

⁵⁹⁾ Vgl. hierzu und zum folgenden O. Aluko, African Response to External Intervention in Africa Since Angola, in: African Affairs, 80 (1981) 319, S. 159—179.

⁶⁰⁾ Hierzu die Berichterstattung in Africa Research Bulletin (Political Series), Juli 1978, S. 4912—4915.

⁶¹⁾ Nachfolgende Zitate ebd.

Wenngleich die OAU auch wiederholt normative Restriktionen gegen raumfremde Interventionen verhängte, so machen doch die Brüchigkeit des afrikanischen Staatensystems, die wirtschaftliche und militärische Schwäche des Kontinents sowie die politisch-ideologische Spaltung der OAU-Mitglieder solche Eingriffe von außen immer wieder wahrscheinlich und möglich.

2. Regionale, kollektive Sicherheitspolitiken in Afrika

a) Die SADCC im Spannungsfeld des Südlichen Afrika

Gegenüber der wahrgenommenen Bedrohung ihrer Sicherheit durch Südafrika schlossen sich verschiedene Staaten im Südlichen Afrika zusammen und suchten gegenseitigen Schutz in der „Southern African Development Coordination Conference“ (SADCC)⁶²⁾. Allerdings ist die SADCC keine Sicherheitsgemeinschaft im engeren Sinne, die sich schwerpunktmäßig mit Militär- und Verteidigungsfragen befaßt, sondern eher eine Gruppierung von Staaten, die durch wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit ihre ökonomische und infrastrukturelle Abhängigkeit sowie Störanfälligkeit von seiten Südafrikas verringern wollen. Die SADCC entstand im Jahre 1979 durch eine Initiative der fünf Frontlinienstaaten (Angola, Botswana, Mozambique, Tanzania und Zambia). Ihre erste Gipfelkonferenz hielt sie im April 1980 unter Teilnahme von vier weiteren Ländern (Zimbabwe, Lesotho, Malawi und Swasiland) in Lusaka ab.

Der politische Grundkonsens der SADCC beruht auf der gemeinsamen Wahrnehmung einer Bedrohung von seiten Südafrikas, auf der Ablehnung der rassistischen Apartheid-Politik und auf dem gemeinsamen Interesse der Mitglieder, ihre wirtschaftliche Abhängigkeit

⁶²⁾ Hierzu und zum folgenden B. Weimer, Probleme und Entwicklungsaussichten der Southern African Development Coordination Conference (SADCC). Zusammenfassung von Ergebnissen eines Kolloquiums in Ebenhausen am 14. und 15. Juli 1983, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP-K 2377), Ebenhausen, November 1983; A. Tostensen, Dependence and Collective Self-Reliance in Southern Africa. The Case of the Southern African Development Coordination Conference (SADCC), Uppsala 1982; R. S. Jaster, A Regional security role for Africa's front-line states. Experience and prospects, International Institute for Strategic Studies, Adelphi papers 180, London 1983; S. Kum Buo, Maximum Security, in: West Africa, 18. April 1983, S. 938.

von Südafrika abzubauen. Unter dieser Zielsetzung erstreckt sich die Zusammenarbeit der SADCC-Länder vor allem auf das Verkehrswesen, die Industrie und die Landwirtschaft. Dabei wird die SADCC von westlichen Staaten maßgeblich unterstützt, die mit dieser Hilfe einer stärkeren sowjetischen Einflußnahme in der Region vorbeugen möchten.

Ob die SADCC auf Dauer ohne eine intensivere militärische und sicherheitspolitische Kooperation auskommen kann, steht dahin. Einzelne Mitgliedstaaten haben bereits, um den akuten militärischen Druck in einer wirtschaftlich schwierigen Lage zu mildern, bilaterale Verhandlungen mit dem Erzfeind Südafrika geführt (Waffenstillstand zwischen Südafrika und Angola sowie Sicherheitsabkommen zwischen Südafrika und Mozambique vom Februar 1984).

b) Die ECOWAS im Spannungsfeld zwischen regionaler Vormacht (Nigeria) und raumfremder Macht (Frankreich)

Wie die SADCC so entstand auch die „Economic Community of West African States“ (ECOWAS) als Wirtschaftsgemeinschaft⁶³. 1975 wurde sie auf Initiative Nigerias und Togos unter Einbeziehung von 16 Staaten, vier anglophonen (Ghana, Gambia, Sierra Leone, Nigeria), neun frankophonen (Benin, Elfenbeinküste, Guinea, Mali, Mauretanien, Niger, Senegal, Obervolta, Togo), zwei lusophonen (Guinea-Bissau, Kapverden) und Liberia, in Lagos gegründet, um die regionale Kooperation in Westafrika voranzutreiben. Sechs frankophone Staaten (Elfenbeinküste, Obervolta, Niger, Mali, Senegal, Mauretanien) sind dabei zugleich Mitglied in der bereits 1973 gebildeten „Communauté des Etats de l'Afrique de l'Ouest“ (CEAO), die wirtschaftlich und sicherheitspolitisch eng mit Frankreich verbunden ist. Infolge unterschiedlicher kolonialer Vermächtnisse, Entwicklungsstrategien, Zugehörigkeiten zu Währungszonen und Größe sowie Ressourcenausstattung weist die ECOWAS erhebliche Ungleichgewichte auf; vom Wirtschafts- und Militärpotential her kommt Nigeria eindeutig ein Übergewicht zu.

Im Unterschied zur SADCC begnügte sich die ECOWAS jedoch nicht allein mit der Wirtschaftskooperation, sondern verstärkte auch ihre sicherheitspolitische Zusammenarbeit⁶⁴.

⁶³) Hierzu R. Kühn/F. Seelow, Regionale Wirtschaftsintegration in Westafrika: CEAO und ECOWAS, in: Afrika Spectrum, (1979) 2, S. 135—149.

⁶⁴) Hierzu J. E. Okolo, Securing West Africa: the ECOWAS defence pact, in: The World Today, 39 (1983) 5, S. 177—184.

Verschiedene Grenzkonflikte in der Region (u. a. Mali/Obervolta 1974/75, Ghana/Togo 1976, Senegal/Guinea-Bissau 1976), der Angriff von fremden Söldnern auf Benin 1977 sowie das allgemeine Mißtrauen namentlich der frankophonen Staaten (Senegal) gegenüber einer regionalen Vormachtrolle Nigerias führten im Jahre 1978 zunächst zu der Annahme eines Nicht-Angriffs-Abkommens und dann im Mai 1981 (ECOWAS-Gipfeltreffen in Freetown) zu dem Abschluß eines regelrechten Verteidigungspaktes. Der Pakt (dessen Ratifizierung durch einige Mitglieder allerdings noch ausstehen soll) richtet sich im wesentlichen gegen drei Bedrohungen: gegen Aggressionen von Nichtmitgliedstaaten, gegen gewaltsamen Konfliktaustrag zwischen Mitgliedern (=Friedenssicherungs-Funktion) und gegen von außen geschürte Konflikte innerhalb von Mitgliedstaaten. Als Instrumente des Paktes sollen die aus Einheiten der Mitgliedstaaten zusammengesetzten Gemeinsamen Streitkräfte der Gemeinschaft („Allied Forces of the Community“/AAFC), ein Verteidigungsrat der Außen- und Verteidigungsminister sowie eine Verteidigungskommission der Stabschefs dienen.

Die praktisch-politische Bewährungsprobe der ECOWAS als Sicherheitsgemeinschaft steht noch aus. Verschiedene Probleme lassen Skepsis darüber aufkommen, ob der Verteidigungspakt wirklich effektiv funktionieren kann. Ähnlich wie bei dem Projekt eines „African High Command“ ermangelt es auch der ECOWAS an einheitlicher militärischer Tradition, Ausrüstung und Bewaffnung sowie an leistungsfähiger militärischer Logistik und Kommunikation. Auch die Finanzierung gemeinsamer Einrichtungen und Aktionen muß geregelt werden. Die frankophonen Staaten der CEAO, die 1977 einen Nichtangriffspakt untereinander abschlossen, mißtrauen Nigeria, unterhalten enge militärpolitische Beziehungen mit Frankreich und sehen in der ECOWAS nur eine sicherheitspolitische Option neben anderen. Als politisch delikater und schwer durchsetzbar erscheinen auch Eingriffe von ECOWAS-Truppen in die inneren Konflikte von Mitgliedstaaten.

3. Nationale, individuelle Sicherheitspolitiken in Afrika: Nigeria als aufstrebende regionale Vormacht?

Nigeria weist die typischen Merkmale einer regionalen Vormacht auf: Es verfügt über ein enormes Wirtschaftspotential (Erdölökono-

mie), stellt eine beeindruckende Militärmacht dar und hat den politischen Willen, regionalen Einfluß auszuüben⁶⁵). Allein schon von seiner Größe und Bevölkerungszahl (die Schätzungen liegen zwischen 80 und 100 Millionen Menschen) her scheint dem Land in Afrika eine Vorrangstellung zu gebühren. Seit 1970 übernahm der Erdölsektor eine Schlüsselfunktion für die nigerianische Volkswirtschaft (Anteil am BIP 20%, an den Exporterlösen 90%, an den Staatseinnahmen 80%). Die bis 1980 erzielten hohen Einnahmeüberschüsse nutzte das Land zur Finanzierung umfassender Investitionsprogramme in Infrastrukturbereichen wie Verkehr, Energieversorgung, im Bereich der Verwaltung, der Verteidigung, zum Bau der neuen Hauptstadt Abuja, zum Ausbau des Bildungswesens sowie zur Diversifizierung der Industrie (Aufbau von Grundstoffindustrien). Demgegenüber blieb die Landwirtschaft, von der noch bis zu zwei Drittel der Bevölkerung abhängen, vernachlässigt; die landwirtschaftliche Produktion ging in den siebziger Jahren zurück, so daß Nigeria zu steigenden Nahrungsmittelimporten gezwungen war. Der Ölboom hatte nicht nur ein sich vertiefendes Stadt-Land-Gefälle zur Folge, sondern auch sich verschärfende soziale Spannungen in den städtischen Regionen.

Die Armee Nigerias ist mit weit über 100 000 Mann und einem zunehmend moderner werdenden Waffenarsenal (Panzerfahrzeuge und Panzer, Kampfflugzeuge und Kampfschiffe) eine der größten und kampfstärksten Militärorganisationen des Kontinents⁶⁶). Die Ausrüstung von Luftwaffe und Marine mit verbesserten Transport- und Landungskapazitäten soll sie offenbar zu effektiven Einsätzen im regionalen Umfeld befähigen. Die Militärausgaben des Landes stiegen von 1,14 Mrd. US-Dollar im Jahre 1971 auf 2,24 Mrd. US-Dollar im Jahre 1980 an⁶⁷).

⁶⁵) Zur Sicherheitspolitik Nigerias im Überblick siehe J. M. Ostheimer/G. J. Buckley, Nigeria, in: E. A. Kolodziej/R. E. Harkavy (Eds.), *Security Policies of Developing Countries*, Lexington (Mass.) — Toronto 1982, S. 285—303; O. Ola Omatete, *The Security of the Nigerian Nation*, in: J. Okpaku (Ed.), *Nigeria: Dilemma of Nationhood*, New York 1972, S. 287—317.

⁶⁶) Hierzu I. Nzimiro, *Militarization in Nigeria: its economic and social consequences*, in: *International Social Science Journal*, 35 (1983) 1, S. 125—139.

⁶⁷) Nach Angaben der United States Arms Control and Disarmament Agency (ACDA), *World Military Expenditures and Arms Transfers 1971—1980*, zitiert nach *Sudan Now*, Oktober 1983, S. 61.

Die Innere Sicherheit Nigerias wird vom Trauma des Bürgerkrieges von 1967 bis 1970 (Biafra-Sezessionskrieg) beherrscht. Bis heute fürchten die Führungsgruppen des ethnisch-kulturell heterogenen Landes (Hausa/Fulbe, Yoruba, Ibo und zahlreiche Minderheitenvölker) nichts mehr als einen neuerlichen Bürgerkrieg und einen dadurch bedingten Zerfall des Staates. Nicht zuletzt deshalb wohl griff als Garant der territorialen Integrität und nationalen Einheit auch immer wieder das Militär in die nigerianische Politik ein und übernahm die Staatsgeschäfte (1966, 1975 und 1983). Doch wird Nigeria neuerdings auch von religiös stimulierten Unruhen im islamischen Norden heimgesucht (1980 in Kano, 1982 in Kano, Maiduguri, Bauchi, Kaduna) und — angesichts der seit einigen Jahren verschlechterten wirtschaftlichen Situation — auch von potentiellen Klassenkonflikten bedroht.

In seinem regionalen Umfeld übte Nigeria in den siebziger Jahren verstärkten wirtschaftlichen und militärischen Einfluß aus. An ökonomischen Instrumenten standen ihm hierbei die ECOWAS sowie bi- und multilaterale Entwicklungshilfeleistungen zur Verfügung. Militärisch strebte das Land eine friedensstiftende Ordnungsmachtrolle an, namentlich im Tschad-Konflikt. Hierbei konkurrierte Nigeria sowohl mit Libyen als auch mit Frankreich. Doch weder die Entsendung einer Interventionstruppe im Jahre 1979 noch die mehrmaligen Ansätze zur Streitschlichtung zwischen den Bürgerkriegsparteien und die Beteiligung an der OAU-Friedenstruppe von 1982 verschafften Nigeria den gewünschten Erfolg.

Gegenüber raumfremden Mächten und gegenüber Südafrika vollzog das Land in den siebziger Jahren einen Wechsel von einer eher konservativen und nach innen gerichteten Haltung zu einer eher nationalistischen und pan-afrikanischen Politik⁶⁸). Nach seinen negativen Erfahrungen mit dem Westen im Bürgerkrieg (Frankreich unterstützte Biafra, die USA und Großbritannien verweigerten die gewünschten Waffen, so daß sich Nigeria an die UdSSR wandte) diversifizierte es seine Außen- und Rüstungsimportbeziehungen (u. a. beträchtliche Rüstungsimporte aus der Sowjetunion)⁶⁹). Selbstbewußt und politisch ge-

⁶⁸) Hierzu H. Voß, *Zur Außenpolitik Nigerias: Priorität für Afrika*, in: *Afrika Spectrum* (1979) 3, S. 337—359.

⁶⁹) Hierzu O. Ogunbadejo, *Nigeria and the Great Powers: The Impact of the Civil War on Nigerian Foreign Relations*, in: *African Affairs* (75 (1976) 298, S. 14—32.

zielt setzte Nigeria auch seine auf dem Weltmarkt begehrte Ressource ein und betrieb eine erfolgreiche „Erdöldiplomatie“⁷⁰⁾: Gegen das Interesse der USA (einem der Hauptabnehmer nigerianischen Erdöls) und Südafrikas führte das Land nach dem Militärputsch von 1975 in Afrika eine von Erfolg gekrönte Kampagne für die Anerkennung der MPLA-Regierung in Angola durch und trat für eine positive Würdigung der sowjetisch-kubanischen Intervention im Südlichen Afrika ein. Ferner verhängte Nigeria ein Erdölembargo gegen Südafrika und vollzog im Jahre 1979 die Nationalisierung von BP, als diese versuchte, das Embargo zu umgehen. Innenpolitisch wird in Nigeria seit geraumer Zeit debattiert, ob sich das Land — nicht zu-

letzt als Gegengewicht gegen die südafrikanische Atomrüstung — auf ein Nuklearprogramm einlassen solle; zumindest die Option auf einen Nuklearstatus wollen sich die Nigerianer wohl offenhalten⁷¹⁾.

Nicht zuletzt die schwere Wirtschaftskrise der letzten Jahre (Rückgang der Erdöleinnahme, Zunahme der Verschuldung) machte allerdings die Brüchigkeit des nigerianischen Anspruchs auf regionale Vormachtstellung in Afrika deutlich⁷²⁾. Bei all seinen realen und potentiellen Vorzügen wird Nigeria daher auf Sicht wohl eher seiner Positur nach eine Vorrangstellung einnehmen. Militärisch (zumindest gegenüber Südafrika) sowie politisch und wirtschaftlich bleibt Nigeria jedoch ein „zahn- und klauenloser Löwe“⁷³⁾.

VI. Zusammenfassung

Die vorstehende Darstellung führt zu insgesamt eher ernüchternden Einsichten: Die Afrikaner haben bislang allenfalls erste, bescheidene Grundelemente einer eigenständigen Sicherheits- und Friedensordnung zusammengefügt. Eine Pax Africana kam nicht zustande, eine sicherheitspolitische Gipfelkonferenz der OAU etwa analog zu dem OAU-Wirtschaftsgipfel von Lagos 1980 fand nicht statt. Die Gründe für diese desolante Situation liegen wohl in den gesellschaftlichen und staatlichen Strukturproblemen Afrikas ebenso begründet wie in der wirtschaftlichen Unterentwicklung und militärischen Schwäche des Kontinents. Den afrikanischen Führungsgruppen lag — aus kurzfristigen Eigeninteressen — die „Sicherheit des Staates“ mei-

stenteils mehr am Herzen als die „Sicherheit des Volkes“. Auf einer internationalen Konferenz über „Afrika und die Großmächte“ in Ife/Nigeria im Jahre 1983 schloß der nigerianische Wissenschaftler Aluko seinen Vortrag mit der provozierenden, aber leider nicht unbegründeten These, daß „Afrika reif für eine Rekolonisierung durch die großen Industriestaaten würde“, wenn es dem Kontinent nicht gelänge, „sein Haus in Ordnung zu bringen, die OAU in eine Position der Stärke zurückzusetzen, innerstaatliche und zwischenstaatliche Konflikte zu reduzieren, die oftmals ernsthafte Sicherheitsprobleme aufwerfen“⁷⁴⁾.

⁷⁰⁾ Hierzu und zum folgenden J. Mayall, *Oil and Nigerian Foreign Policy*, in: *African Affairs* 75 (1976) 300, S. 317—330; J. O. Ihonvbere, *Resource Availability and Foreign Policy Change: The Impact of Oil on Nigerian Foreign Policy since Independence*, in: *Afrika Spectrum* (1982) 2, S. 163—182.

⁷¹⁾ Hierzu R. D. A. Henderson, *Nigeria: Future Nuclear Power?* in: *Orbis*, 25 (1981) 2, S. 409—423.

⁷²⁾ Hierzu H. Voß, *Ende der Demokratie in Nigeria*, in: *Deutsches Übersee-Institut* (Hrsg.), *Jahrbuch Dritte Welt* 2, München 1984.

⁷³⁾ So J. O. Ihonvbere, a. a. O. (Anm 70), S. 171.

⁷⁴⁾ Zitiert nach R. Tetzlaff, *Bericht über eine internationale Wissenschaftler-Konferenz „Africa and the Great Powers“ in Ife/Nigeria*, in: *Afrika Spectrum*, (1983) 2, S. 230.

Sowjetische Einflußsuche und westliche Sicherheit: Das Beispiel Afrika

Look again: It's the West that's strong, Moscow that's weak!
Lord Carrington, ehem. britischer Außenminister

I. Einleitung

Die Angst vor einem Dritten Weltkrieg und der nuklearen Vernichtung ist in Europa in den letzten Jahren zu einem dominierenden Thema geworden. Verständlicherweise ist diese Diskussion ganz auf die für die Europäer unmittelbar wahrnehmbare Auf- bzw. Nachrüstungsfrage konzentriert. Kriege brechen aber nicht allein durch Rüstung aus, sondern durch ein kompliziertes Zusammenwirken von Rüstungsverhalten und mangelnder Konfliktkontrolle bzw. falschem Umgang mit Konflikten. Carl Friedrich von Weizsäcker, seit Jahren einer der eindringlichsten Warner vor der Gefahr eines Atomkrieges, hat kürzlich ausgeführt, daß angesichts des „Hegemoniekonflikts zwischen Amerika und Rußland“ das „wachsende Konfliktpotential der Dritten Welt“ einer der Hauptgründe seiner großen Besorgnis über den Ausbruch eines Atomkrieges sei¹⁾.

Ausgelöst durch tiefgreifende sozio-kulturelle Modernisierungskrisen (Iran) und massive ökonomische Notlagen, werden gewaltsame Umstürze und andere Formen der politischen Instabilität auch in diesem Jahrzehnt ein beherrschendes Element der Politik in verschiedenen Teilen der Dritten Welt sein. Zahlreiche Länder Schwarzafrikas, über zwanzig an der Zahl, befinden sich hinsichtlich ihrer Nahrungsmittelversorgung in einer dramatischen Lage, deren Auswirkungen auf die Stabilität ihrer politischen Systeme sich gegenwärtig nur schwer abschätzen lassen. Ganz generell wird die Unruhe, die die Dritte Welt in den zurückliegenden Jahren gekennzeichnet und dort zu über 100 Kriegen seit 1945 geführt hat, eher zu- als abnehmen. Das bedeutet global-politisch natürlich ein großes Element der Unsicherheit. (Die Tatsache, daß fast alle Kriege nach dem Zweiten Weltkrieg in der Dritten Welt geführt wurden, bedeutet

nicht, daß die Entwicklungsländer die ausschließlich Verantwortlichen für diese Kriege waren²⁾.)

Europa steht also, verkürzt ausgedrückt, in der Gefahr, Opfer einer nuklearen Auseinandersetzung zu werden, die ihren Anlaß nicht in einem europäischen Konflikt hat. Um das zu verhindern, muß die Frage des Umgangs mit den Konflikten der Dritten Welt daher heute neben der Rüstungsfrage in den sicherheitspolitischen Untersuchungen in den Vordergrund gestellt werden. Sowohl in der Friedensbewegung als auch bei einigen Militärstrategen ist dieser Zusammenhang zu sehr aus dem Blickfeld geraten.

Konflikte sind vor allem dann schwer zu kontrollieren, wenn sie von der einen oder anderen Seite als unmittelbare Bedrohung für lebenswichtige Interessen begriffen werden. Der Zwang, schnell zu reagieren, nimmt zu und damit die Gefahr von Fehlverhalten und Überreaktionen, die den Konflikt eskalieren und außer Kontrolle geraten lassen. Aufgrund des ideologisch prinzipiell antagonistisch definierten Beziehungsverhältnisses besteht im Ost-West-Verhältnis zudem ein Klima, das Überreaktionen begünstigt.

Die Frage, ob sich ein Land und seine Regierung bedroht fühlt, ist — wie jeder Sicherheitspolitiker weiß — in wesentlichen Teilen eine Frage der Wahrnehmung. Wissenschaftliche Analysen haben belegt, in welchem Maße diese von subjektiven und auch irrationalen Faktoren beeinflusst wird³⁾. Nur in zweiter Linie ist das Gefühl der Bedrohung zumeist Folge einer differenzierten Analyse der Wirklichkeit. Das gilt in ganz besonderem Maße für die Wahrnehmung der Gefährdung westlicher Interessen in der Dritten Welt.

²⁾ Vgl. K. M. Khan/V. Mathies (Hrsg.), *Regionalkonflikte in der Dritten Welt*, München 1981.

³⁾ Vgl. J. S. Levy, *Misperception and the Causes of War: Theoretical Linkages and Analytical Problems*, in: *World Politics*, 36 (1983) 1, S. 76—99.

¹⁾ Vgl. C. F. von Weizsäcker, *Über den Mut sich zur eigenen Angst zu bekennen*, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 19./20. 11. 1983.

Denn den meisten Menschen und Politikern in der westlichen Welt ist, wie übrigens ähnlich in den Ostblockstaaten, die sogenannte Dritte Welt eine in ihren sozialen und politischen Zusammenhängen nach wie vor ziemlich unbegreifliche Welt. Zwar sind Konflikte und Gewalt in den Entwicklungsländern ein beliebtes Medienthema. In den Nachrichten des Fernsehens verkürzen sie sich aber recht häufig zu einem mit Faszination und Abscheu gleichermaßen angeschauten einseitigen Konglomerat von Instabilitäten, Putschen, Krisen und Kriegen, das auf den mit dem Alltag in den Entwicklungsländern nicht vertrauten Bürger nur bedrohlich wirken kann. Zweifellos trägt die sowjetische Politik durch ihre weltrevolutionäre Propaganda und ihre geringe Transparenz im Hinblick auf die Entscheidungsprozesse im Kreml nachhaltig dazu bei, daß man über ihre längerfristigen Absichten nur das Schlimmste befürchten kann. Angebliche Äußerungen Lenins, daß der Weg nach Europa über Afrika führe, und Prahlereien Chuschtschows „to bury the West“ in der Dritten Welt spielen heute in vielen westlichen Abhandlungen über die Gefährlichkeit des sowjetischen Vorgehens eine prominente Rolle.

Die erste Voraussetzung für eine vernünftige Friedens- und Sicherheitspolitik der westlichen Staaten in der Dritten Welt ist daher, auf eine differenzierte Wahrnehmung der Bedrohung westlicher Interessen durch sowjetische Aktivitäten in den Entwicklungsländern hinzuarbeiten. Dazu soll nachfolgend am Beispiel Afrikas ein Beitrag geleistet werden. Bedrohung der Kap-Route, Unterbrechung der Rohstoffversorgung, Einordnung Angolas, Äthiopiens und Mozambiques als Satelliten des Ostblocks sind immer wieder zu hörende Stichworte einer undifferenzierten Bedrohungswahrnehmung. Denn tatsächlich gibt es auch zu Anfang der achtziger Jahre, nach fast drei Jahrzehnten sowjetischer Afrika-Politik, keine ernsthafte Bedrohung lebenswichtiger westlicher Interessen in diesem Teil der Welt durch die Sowjetunion und ihre Verbündeten. Die Sowjetunion befindet sich vielmehr in einer defensiven Phase und muß um ihre in frü-

heren Jahren gewonnenen Positionen sogar fürchten. Zu dieser nüchternen Einschätzung der Erfolgchancen sowjetischer Einflußsuche in Afrika ist nicht nur kürzlich eine umfangreiche deutschsprachige Untersuchung gelangt⁴⁾, sondern auch in verschiedenen amerikanischen Veröffentlichungen der letzten Jahre ist eine derartige Einschätzung nachzulesen⁵⁾.

Nachfolgend wird ausgeführt, wie es zu dieser nüchternen, von der Politik der Regierung des einen oder anderen westlichen Landes abweichenden Einschätzung kommt. Sie beruht nicht darauf, wie von Experten aus dem militärstrategischen Bereich häufig vermutet oder behauptet wird, daß die expansiven Neigungen des sowjetischen Systems übersehen werden. Diese sind in der Tat vorhanden, modifizieren sich in der Praxis aber beträchtlich. Gerade in der sowjetischen Afrikapolitik besteht eine gewaltige Kluft zwischen den vom System postulierten ideologischen Zielen und der Fähigkeit, sie erfolgreich umzusetzen. Nach 30 Jahren des sowjetischen Engagements steht heute fest, daß die sozio-ökonomischen Bedingungen in den Ländern Afrikas und die Realitäten der Weltwirtschaft eine äußerst wirksame Barriere gegen einen umfassenden, hegemonialen Einfluß der Sowjetunion in Afrika darstellen. Ihre sicherheitspolitische Bedeutung wird, sei es aus Unkenntnis oder aufgrund eines professionell deformierten Denkens, in den meisten militärstrategischen Abhandlungen übersehen, die die Dritte Welt recht unbefangen als ein unbegrenztes Feld für sowjetische „power projection“ sehen⁶⁾.

⁴⁾ Vgl. W. Kühne, Die Politik der Sowjetunion in Afrika. Bedingungen und Dynamik ihres ideologischen, ökonomischen und militärischen Engagements (Internationale Politik und Sicherheit, Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen), Baden-Baden 1983, S. 233 ff.

⁵⁾ Vgl. D. E. Albright, Communism in Africa, Bloomington 1980; D. und M. Ottaway, Afrocommunism, New York 1981; R. H. Donaldson (Ed.), The Soviet Union in the Third World: Successes and Failures, Boulder (Col.) 1981.

⁶⁾ Besonders kraß ist in dieser Hinsicht der Aufsatz von G. D. Forster, On Selective Intervention, in: Strategic Review, 11 (1983) 4, S. 48—63.

II. Keine direkten militärischen Eingriffsmöglichkeiten zur Absicherung des ideologischen Expansionsanspruchs

Das militärische Vorgehen der Sowjetunion in Ost-Berlin 1953, Ungarn 1956, der CSSR 1968 sowie in Afghanistan im Dezember 1979 hat deutlich gemacht, daß die *Möglichkeit* zu einem *direkten militärischen Eingreifen* Voraussetzung dafür ist, daß Länder mit einem sozialistischen Weg auf Dauer im Machtbereich der Sowjetunion verbleiben. Die militärischen Rahmenbedingungen sind also entscheidend für die Durchsetzung des in der Doktrin vom „sozialistischen Internationalismus“ (sog. Breschnew-Doktrin) theoretisch definierten *Hegemonieanspruchs*. Mit Blick auf Afrika sind diese Rahmenbedingungen für die Sowjetunion aber ungünstig. Die große Entfernung von den Heimatbasen und die militärische Überlegenheit der westlichen Länder (insbesondere der USA und Frankreichs) an den Küsten Afrikas und Arabiens bedingen, daß die für den Einsatz und Nachschub der östlichen Truppen lebenswichtigen See- und Luftverbindungen äußerst unsicher sind und jederzeit unterbrochen werden können, ganz anders als es beim sowjetischen Einmarsch in Afghanistan der Fall war. Außerdem wäre der Einsatz östlicher Truppen davon abhängig, daß verschiedene blockfreie Länder den sowjetischen Transporten auf dem Weg nach Afrika Passage-, Überflug- und Zwischenlanderecht gewähren. Die Bereitschaft dazu dürfte, anders als seinerzeit bei dem Vorgehen in Angola und Äthiopien, gering sein. Denn die militärische Disziplinierung eines afrikanischen Landes ähnlich wie die Afghanistans stieße auf die entschiedene Ablehnung der großen Mehrheit der blockfreien Länder.

Angesichts dieser Situation wäre ein Vorgehen gegen afrikanische Länder nach dem Vorbild in Osteuropa und Afghanistan mit Risiken belastet, die aus der Sicht der sowjetischen Führung im Verhältnis zu der begrenzten Bedeutung, die Afrika global-politisch für sie hat⁷⁾, viel zu groß sind. Adomeit hat in einer umfassenden Studie kürzlich nachge-

wiesen, daß es ein Grundmuster sowjetischer Außenpolitik ist, Expansion nur bei relativ gut kalkulierbaren Risiken zu betreiben⁸⁾. Und die gegenwärtig in Afrika stationierten kubanischen Truppen dürften mit einiger Sicherheit nicht ausreichen, um Länder wie Angola oder Äthiopien ähnlich wie Afghanistan militärisch zu disziplinieren — abgesehen von der Frage, ob Fidel Castro bereit wäre, kubanische Soldaten zu diesem Zweck einzusetzen.

Geschützt also durch die große Entfernung von der Sowjetunion und daher der Notwendigkeit zu umständlichem Luft- und Seetransport, vollziehen sich sozialistische Entwicklungen in Afrika unter völlig anderen machtpolitischen Rahmenbedingungen als bei den Anrainern der Sowjetunion, insbesondere in den osteuropäischen Staaten. Der Spielraum für eigenständige politische und ideologische Entwicklungen ist dementsprechend relativ groß, mit der Folge, daß Thesen und Doktrinen des orthodoxen Marxismus-Leninismus einem ungleich härteren Test hinsichtlich ihrer gesellschaftspolitischen Effizienz und Akzeptanz ausgesetzt sind als im Ostblock. Werden sie diesen Realitäten nicht gerecht, kann dieses Versagen nicht durch den Einsatz der Roten Armee kaschiert werden. Das haben die sowjetischen Politiker bei dem Sturz Nkrumahs in Ghana 1966 sowie später in Ägypten, dem Sudan, in Mali, Somalia und Guinea auf schmerzliche Weise erfahren müssen. Um Niederlagen nicht als solche erscheinen zu lassen, ist östlichen Ideologen häufig nur eine Anpassung sowjetischer Doktrinen an die Realitäten in den Entwicklungsländern geblieben. Das ist auch im großen Umfang geschehen, wie die amerikanische Sowjetunion-Expertin Kridl-Valkenier in einem Buch kürzlich dargestellt hat⁹⁾.

⁷⁾ Vgl. H. Adomeit, Die Sowjetmacht in internationalen Krisen und Konflikten. Verhaltensmuster, Handlungsprinzipien, Bestimmungsfaktoren (Internationale Politik und Sicherheit, Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen), Baden-Baden 1983.

⁹⁾ E. Kridl-Valkenier, The Soviet Union and the Third World, An Economic Bind, New York 1983.

⁷⁾ Vgl. ausführlich, warum das sowjetische Interesse an Afrika als begrenzt einzuschätzen ist, in: W. Kühne, a. a. O. (Anm. 4), S. 233 ff.

III. Ungünstige sozio-ökonomische Bedingungen für die ideologische Expansion

Die öffentliche Auseinandersetzung über den Ost-West-Konflikt in Afrika spielt sich in relativ undifferenzierten Argumentationsmustern ab. Propagandistische Äußerungen des sozialistischen Lagers, etwa, daß „der Sieg des Sozialismus im Weltmaßstab unvermeidlich“ sei oder daß sich „das internationale Kräfteverhältnis stetig zugunsten des sozialistischen Lagers verschiebe“, finden weit mehr Aufmerksamkeit als differenzierte Feststellungen östlicher Experten über die Schwierigkeiten des Sozialismus in der Dritten Welt. Diese Experten haben aber Einfluß auf das praktische Vorgehen der Sowjetunion bzw. spiegeln das Denken wider, das hinter diesem Vorgehen steht. Einige von ihnen, wie R. A. Ul'janovskij, stellvertretender Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, sitzen an für Planung und Durchführung der sowjetischen Afrikapolitik maßgeblichen Stellen. Direktor des Moskauer Afrikainstituts ist A. Gromyko, ein Sohn des sowjetischen Außenministers.

Überwiegend zeichnen sich die Abhandlungen sowjetischer Afrikanisten durch eine erstaunliche Skepsis hinsichtlich der Erfolgchancen des Marxismus-Leninismus in den Entwicklungsländern aus, sieht man einmal von den für östliche Abhandlungen typischen und aus ideologischen Gründen obligatorischen optimistischen Eingangs- und Schlußsätzen über den Sieg der Weltrevolution ab. Führende DDR-Autoren haben sich dieser Skepsis, wenn auch mit einiger Verzögerung, angeschlossen¹⁰⁾. Sie ist die Folge der erwähnten Rückschläge in Afrika in den sechziger und siebziger Jahren und einer intimen Kenntnis der schwierigen sozio-ökonomischen Bedingungen in den Entwicklungsländern, über die heute die meisten östlichen Experten verfügen. Es war der erwähnte Ul'janovskij, der 1977 an die Adresse seiner Kollegen und an die Adresse von Marxisten-Leninisten in der Dritten Welt mahnend schrieb: „Der Punkt ist jedoch, daß es Tendenzen zur Überbewertung sozialistischer Bestrebungen in einigen Ländern der Dritten Welt gibt, eine unkritische Einstellung zu den widersprüchlichen Erscheinungen und Prozessen in diesen

Ländern sowie einen naiven historischen Optimismus.“¹¹⁾ Ihm fügte A. Gromyko 1979 — also nach den sowjetischen Positionsgewinnen in Mozambique, Angola und Äthiopien — hinzu, daß „die sozialen und ökonomischen Reformen in Algerien, der VR Kongo, Guinea, Tansania, Angola, Mozambique, Benin, Madagaskar nicht unter der Diktatur der Arbeiterklasse und der Führung marxistisch-leninistischer Parteien durchgeführt“ werden¹²⁾. Alle sowjetischen Dritte-Welt-Autoren sind sich daher auch darin einig, daß es in diesen Ländern — im Gegensatz zu den osteuropäischen — noch keine „Unumkehrbarkeit“ der revolutionären Prozesse gibt. Das bedeutet im Klartext, daß die „Breschnew-Doktrin“ für diese Länder keine Gültigkeit hat. Die Sowjetunion wird ihre Positionen in Afrika zwar verteidigen, aber nicht mit allen Mitteln. Sie hat dies im übrigen auch in den Präambeln zu den Verträgen über Freundschaft und Zusammenarbeit mit Angola (Oktober 1976), Mozambique (März 1977), Äthiopien (November 1978) und der VR Kongo (Mai 1981) indirekt zum Ausdruck gebracht. Auf Formulierungen, die im Sinne der Breschnew-Doktrin interpretiert werden und damit die Sowjetunion unter Umständen zu einem militärischen Eingreifen verpflichten könnten, wurde verzichtet¹³⁾.

Aus der Sicht orthodoxer Marxisten-Leninisten liegt das entscheidende Hindernis für die Durchsetzung eines genuinen Sozialismus in den afrikanischen Ländern auf der Hand. Sie haben bisher noch keine oder nur eine geringe kapitalistische Entwicklung und Industrialisierung durchgemacht. Das Proletariat ist dementsprechend zahlenmäßig gering und weist in seiner Zusammensetzung ideologisch schwer einzuordnende Besonderheiten auf (z. B. das in Afrika weit verbreitete Wanderarbeitertum). Als politische Basis für revolutionäre Regime spielt es, anders als bei der Oktoberrevolution in der Sowjetunion, jedenfalls keine bedeutende Rolle. Ausschlaggebend sind aus sowjetischer Sicht vielmehr nicht-proletarische Gruppen, wie insbesondere die Bauernschaft und die sogenannten Zwischenschichten (Intelligenz, selbständige

¹⁰⁾ Vgl. z. B. C. Mährdel, Revolutionstheoretische Bemerkungen zur sozialistischen Orientierung gesellschaftlicher Entwicklungen im heutigen Afrika und Asien, in: Asien, Afrika, Lateinamerika, 8 (1980) 3, S. 421—431.

¹¹⁾ R. A. Ul'janovskij, im Vorwort zu: J. Andreyev, *The Non-Capitalist Way — Socialism and the Developing Countries*, Moskau 1977, S. 21.

¹²⁾ Vgl. ausführlicher hierzu W. Kühne, a. a. O. (Anm. 4), S. 72.

¹³⁾ Vgl. ebd., S. 215 ff.

Handwerker, Kleinhändler und Gewerbetreibende), die bedingen, daß bestimmte Regime zwar als „revolutionär“ eingestuft werden können, aber nicht in einem „proletarischen“ und damit genuin sozialistischen Sinne. Für diese Regime hat die östliche Terminologie den Begriff der „sozialistischen Orientierung“ eingeführt. Das Wort „Orientierung“ markiert dabei eine politisch und ideologisch ganz entscheidende Trennungslinie zwischen der gesellschaftspolitischen Qualität der revolutionären Regime im Ostblock und der in der Dritten Welt (Ausnahme in dieser Hinsicht: Kuba, Vietnam, Laos), die von westlichen Journalisten und Politikern gerne übersehen wird. Uljanovskij schreibt dazu: „In den in der Literatur anzutreffenden Vorstellungen von der sozialistischen Orientierung wird diese mitunter dem Sozialismus gleichgesetzt. Das ist eine voreilige Schlußfolgerung, die zur Idealisierung der nationalen Demokratie, zum Übersehen ihrer inneren Widersprüchlichkeit, zur unkritischen Haltung gegenüber pseudo-revolutionären Phrasen sowie zum Verwischen der Grenze zwischen dem subjektiv interpretierten und dem wissenschaftlichen Sozialismus führt.“¹⁴⁾

Der skandinavische Afrikaforscher A. Aaby hat den *Grundwiderspruch* zwischen der Entwicklungsproblematik schwarzafrikanischer Länder und dem Marxismus-Leninismus sowjetischer Provenienz auf eine einfache Frage reduziert¹⁵⁾: Ist es sinnvoll, daß sich afrikanische Regime auf eine revolutionäre Ideologie stützen, die von dem Vorhandensein eines umfangreichen Industrieproletariats ausgeht, obwohl die Masse ihrer Bevölkerung (80% und mehr in Mozambique, Angola, Äthiopien und den meisten sozialistisch-orientierten Ländern Afrikas) dem ländlichen Sektor zuzurechnen ist? Wie sollen, so ist ergänzend zu fragen, auf der Basis einer industriell-proletarisch und damit letztlich urban ausgerichteten Ideologie die für den ländlichen Bereich notwendigen Struktur- und Bewußtseinsveränderungen herbeigeführt werden? Diese grundlegende Frage wird von afrikanischen Marxisten natürlich keineswegs ausgeblendet. Vielmehr ist ein wichtiger Punkt ihrer Diskussion, wie die vorwiegend agrarischen Strukturen afrikanischer Länder unter revolutionären Gesichtspunkten einzuschätzen sind.

¹⁴⁾ Vgl. R. A. Uljanovskij, Länder sozialistischer Orientierung, in: Deutsche Außenpolitik (DDR), 24 (1979) 11, S. 64—75.

¹⁵⁾ A. Aaby, The State of Guinea-Bissau, African Socialism or Socialism in Africa?, Uppsala 1978 (Research Report No. 45).

Die Antworten fallen bis heute recht unterschiedlich aus. Jedoch teilen bei weitem nicht alle Autoren die sowjetische Auffassung, nach der die Übernahme staatskollektivistischer Modelle auch für die afrikanischen Länder letztlich der richtige Weg zur Lösung ihrer Agrarprobleme sei. Im allgemeinen hat sich bei afrikanischen und anderen Dritte-Welt-Marxisten eine recht kritische, zumindest aber distanzierte Haltung gegenüber den Vorstellungen der Sowjetunion durchgesetzt. Auf die Einzelheiten ihrer Diskussion kann an dieser Stelle zwar nicht eingegangen werden, hervorzuheben ist aber, daß der Marxismus von ihnen in erster Linie als eine Methode zur analytischen Durchdringung der polit-ökonomischen Möglichkeiten von Entwicklungsländern betrachtet wird und weniger als ein verbindliches gesellschaftspolitisches Modell.

Die Regime Angolas, Mozambiques, Äthiopiens, der VR Kongo und Benins, die im Gegensatz zu den afro-sozialistischen Orientierungen in Tansania, Sambia etc. den klassenkämpferischen Marxismus-Leninismus zu der für sie gültigen Ideologie erklärt haben, räumen — beeinflusst von dieser Diskussion — der *Entwicklung der Landwirtschaft* oberste Priorität ein. Wie für alle schwarzafrikanischen Länder ist für sie die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität zur vordringlichsten aller Aufgaben geworden. Entsprechend ihrer engen Zusammenarbeit mit dem Ostblock haben dabei östliche Modelle, also vor allem Modelle direkter staatlicher Lenkung, am Anfang eine große Rolle gespielt. In Mozambique wurden Staatsfarmen von der FRELIMO-Führung 1977 als „höchste Form der ökonomischen Organisation in der Landwirtschaft“, dann aber schon 1980 von einigen Politikern als Fehlschlag bezeichnet. Der Anteil der Staatsfarmen an der gesamten landwirtschaftlichen Produktion Mozambiques soll 1980 nur schätzungsweise 15% betragen haben. Konsequenterweise wurden sie daher in dem Entwurf der „Thesen für den 4. Kongreß der FRELIMO-Partei“ (April 1983) nur noch als eine unter vier landwirtschaftlichen Produktionsformen genannt. Um die Produktivität der mozambiquanischen Landwirtschaft zu steigern, legte die Führung Mozambiques nun ganz eindeutig Gewicht auf die Entwicklung von „Dorfgemeinschaften und ländlichen Kooperativen“¹⁶⁾. In Angola verlief die Entwick-

¹⁶⁾ Vgl. Th. Adam, Agrarreform in Mozambique, in: Informationsdienst Südliches Afrika, (1982) 4, S. 7—10 (S. 7); ferner H. Gsänger/W. Zehender,

lung ähnlich. Große Teile der erwerbswirtschaftlichen landwirtschaftlichen Betriebe befinden sich heute zwar in staatlicher Hand (ca. 512 000 ha) oder sind in Genossenschaften (ca. 60 000 ha) organisiert. Aber schon 1978 wurde von der MPLA-Führung Zurückhaltung bei der Kollektivierung empfohlen, da sie auf Widerstand in der Bevölkerung stieß. Und 1980 wurde angesichts der immer weiter abfallenden Produktivität der angolanischen Landwirtschaft angekündigt, daß das private Element durch größere Anreize des Staates wieder zu intensiverer Produktion stimuliert werden sollte.

In Mozambique und Angola, aber auch Äthiopien, deutete sich damit zu Beginn der achtziger Jahre ein Verlauf an, wie er sich in Mali, der VR Kongo und Benin schon früher erkennen ließ. Nach einigen Jahren des Experimentierens mit staatskollektivistischen Modellen werden von den revolutionären Regimen nicht-staatlich gelenkte Produktionsformen wieder stärker betont, da die östlichen Modelle, obwohl für einige Bereiche durchaus nützlich, nicht zu der erhofften Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität auf breiter Basis führen. „Die Produktion auf den meisten Farmen sank auf die Hälfte des vorrevolutionären Trends“, schrieb 1981 selbst ein sowjetischer Autor über die Erfolgsbilanz der etwa 50 Staatsfarmen in Äthiopien¹⁷⁾.

Die Ernüchterung über östliche Modelle im landwirtschaftlichen Bereich — verstärkt durch die auch in Afrika nicht unbemerkt gebliebenen Schwierigkeiten der sowjetischen Landwirtschaft — hat, politisch gesehen, weitreichende Folgen: Die von der Sowjetunion angebotene Ideologie und ihre Konzepte versagen nicht nur in einem Teilbereich, sondern auf dem für die ökonomische Entwicklung dieser Länder und die Stabilität ihrer Regime wichtigsten Gebiet. Zwar ist bekannt, daß die sowjetische Führung heute revolutionäre Regime in der Dritten Welt davor warnt, tradi-

Chancen für binnenwirtschaftliche Anpassung und außenwirtschaftliche Öffnung — Überlegungen zur entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Mozambique, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Berlin, Februar 1983.

¹⁷⁾ Vgl. G. Galperin, *Ethiopia — Stages of Agrarian Revolution*, in: *Asia and Africa Today*, (1981) 6, S. 37—40 (S. 39).

tionelle Strukturen gerade im ländlichen Bereich überhastet zu zerschlagen, weil das zu gravierenden Rückschlägen geführt hat. Als Gradmesser für die Fortschritte bei der Implementierung östlicher Modellvorstellungen jedoch ist die Errichtung von Staatsfarmen für die sowjetische Führung nach wie vor von großer Bedeutung.

Aber nicht nur im agrarischen Bereich stößt die sowjetische Einflußsuche auf grundlegende Probleme. Die große Rolle, die das inländische und ausländische private Kapital und Unternehmertum nach wie vor in den Entwicklungsländern spielen, hat sich als ein weiteres Hindernis erwiesen, das zu beseitigen der Kreml-Führung allergrößte Schwierigkeiten bereitet. Schon in den sechziger Jahren wurde den Führern sozialistisch-orientierter Entwicklungsländer wie Ägypten, Algerien, Guinea etc. von der Sowjetunion bedeutet, daß sie nicht damit rechnen könnten, ihre Bedürfnisse an Kapitalien, Ausrüstungen und technischer Hilfe allein bei den sozialistischen Staaten zu befriedigen, sondern einen bedeutenden Teil aus den imperialistischen Staaten decken müßten. Es „besteht ein objektiver Bedarf an ausländischem, darunter privatem Kapital“, schrieb ein sowjetischer Autor¹⁸⁾. Dementsprechend kam es gerade in dieser Frage zu einem kontinuierlichen Abbau der ursprünglich gehegten „anti-imperialistischen“ und „anti-kapitalistischen“ sowjetischen Vorstellungen. Privates Kapital und marktwirtschaftliche Elemente werden in verschiedenen sowjetischen Abhandlungen sogar bereits als ein nützlicher Bestandteil der Volkswirtschaften der Entwicklungsländer bezeichnet und eine „friedliche Koexistenz“ zwischen staatlichem und privatem Sektor empfohlen¹⁹⁾. Sowjetische Experten haben sich damit weitgehend den Thesen von Entwicklungsexperten aus der Dritten Welt und den westlichen Ländern angeschlossen, die eine „mixed economy“ für den erfolgversprechendsten Weg halten, um die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den Entwicklungsländern zu bewältigen.

¹⁸⁾ A. Kiva, *Probleme der Wirtschaft und Gesellschaft in den jungen Nationalstaaten mit sozialistischer Orientierung*, in: *Sowjetwissenschaft — Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge*, 30 (1977) 2.

¹⁹⁾ Vgl. E. Kridl Valkenier, a. a. O. (Anm. 9), S. 85.

IV. Weiterhin wirtschaftliche Vormachtstellung der westlichen Industriestaaten

Dramatische Aussagen über das Ausmaß der von den östlichen Aktivitäten ausgehenden Bedrohung sind häufig auf eine *methodisch* bedingte *Verzerrung* der Optik zurückzuführen. Da die Aktivitäten anderer außer-afrikanischer Mächte nicht Untersuchungsgegenstand sind und deswegen gar nicht oder nur unzureichend behandelt werden, erscheinen die von den östlichen Aktivitäten ausgehenden Gefahren übergroß. Ausgeblendet werden insbesondere die westlichen Industriestaaten mit ihren vielfältigen Formen der Präsenz und ihrem großen Potential, auf die Entwicklungen in Afrika Einfluß zu nehmen. Allein die Einflußmöglichkeiten Frankreichs dürften die der Sowjetunion übertreffen. So nahmen z. B. an dem im Oktober 1982 in Kinshasa (Zaire) abgehaltenen franko-afrikanischen Gipfeltreffen 37 afrikanische Länder teil. Unter ihnen befanden sich als Vollmitglieder oder Beobachter außer Äthiopien und Guinea alle sozialistisch-orientierten Länder Schwarzafrikas, einschließlich Angolas und Mozambiques. Auf dem ersten franko-afrikanischen Gipfeltreffen in Paris im November 1973 waren es nur zehn Länder. Verbessert hat sich in den letzten Jahren auch kontinuierlich das Verhältnis Angolas und Mozambiques zur früheren Kolonialmacht Portugal. Lissabon strebt an, durch eine intensive Zusammenarbeit mit seinen ehemaligen Kolonien weltpolitisch wieder eine bedeutsamere Rolle zu spielen. Diese Bemühungen sind nicht ohne Erfolg, wie die gegenwärtige Vermittlerrolle Portugals im südlichen Afrika zeigt.

Auf der Ebene des militärischen Kräfteverhältnisses ist die Lage ähnlich. Allein die Zahl der französischen Flotteneinheiten an den Küsten Afrikas entspricht fast der der sowjetischen. Zusammen mit den amerikanischen und britischen übertrifft das westliche Flottenkontingent das sowjetische sogar um mehr als das Doppelte. Die französische Präsenz, und damit — zumindestens im Krisenfall — auch die der übrigen westlichen Einheiten, ist abgesichert durch verschiedene gut ausgebaute Stützpunkte, wie sie den sowjetischen Kriegsschiffen nicht in annähernder Quantität und Qualität zur Verfügung stehen²⁰⁾. Die amerikanischen Einheiten verfügen außerdem über Abstützungsmöglichkeiten in So-

malia und Kenia. Schließlich sind die Aktivitäten von Staaten wie der VR China, Indien, Brasilien, Japan und verschiedenen arabischen OPEC-Ländern in Rechnung zu stellen, die sich zwar nicht dem westlichen Lager zugehörig fühlen, aber einer nachhaltigen Ausweitung des sowjetischen Einflusses in der Dritten Welt ebenfalls ablehnend gegenüberstehen.

Die für die Politik der westlichen Industriestaaten so wichtige *ökonomische Stärke* (sie kann natürlich auch als ökonomische Schwäche des Ostblocks definiert werden, bleibt dann aber ein gestaltloses, wenig greifbares Phänomen) läßt sich anhand einiger Zahlen eindrucksvoll demonstrieren. Der Anteil der westlichen Industriestaaten am Außenhandel der afrikanischen Länder hat sich im letzten Jahrzehnt auf ca. 80% eingependelt. Demgegenüber ist es den RGW-Ländern nicht möglich gewesen, ihren durchschnittlichen Anteil auf über 7% zu steigern. 1980 betrug er sogar nur 4%. Im Hinblick auf die Frage einer möglichen Bedrohung westlicher Interessen ist an diesen Zahlen vor allem eines wichtig: Sie sind im letzten Jahrzehnt mehr oder weniger konstant geblieben, d. h. die RGW-Länder haben ihren relativen Anteil am Handel mit den afrikanischen Ländern nicht ausbauen können. Die Gefahr, daß die westlichen Industriestaaten durch die östliche Politik von den afrikanischen Märkten verdrängt werden, ist also gering. Das gilt im großen und ganzen auch für die sozialistisch-orientierten Länder. Zwar gelang den RGW-Staaten mit Angola, Äthiopien und Mozambique in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre eine Steigerung ihres Handelsanteils auf 10 bis 14%, wobei sowjetische Waffenlieferungen im Falle Äthiopiens und Angolas keine geringe Rolle spielten. Die Vormachtstellung der westlichen Industriestaaten konnte dadurch jedoch nicht ernsthaft in Gefahr gebracht werden, und bereits Ende der siebziger Jahre zeichnete sich eine rückläufige Tendenz des östlichen Anteils ab. Objektive ökonomische Faktoren haben sich also als relativ resistent gegenüber ideologischen Veränderungen erwiesen.

Heute ist der Wunsch Angolas, Äthiopiens und Mozambiques, mit den westlichen Industriestaaten wieder enger ökonomisch zu kooperieren, eine unbestrittene Tatsache und der Handel der übrigen sozialistisch-orien-

²⁰⁾ Vgl. W. Kühne, a. a. O. (Anm. 4), S. 169 ff.

tierten Länder Afrikas (z. B. der VR Kongo und Malis) mit dem RGW weiterhin marginal. Der Anteil der RGW-Länder an den kongoleischen Importen betrug Anfang der achtziger Jahre nur 1,5%, bei den Exporten 6,6%. Der Handel wurde eindeutig von den westlichen Ländern dominiert, vor allem von Frankreich. Der Außenhandel Malis zeigt eine ganz ähnliche Struktur. Zur Übermacht des Westens auf dem Gebiet des Handels kommen im übrigen die zahlreichen Investitionen westlicher Unternehmen hinzu, denen die RGW-Staaten nichts Vergleichbares entgegenzusetzen haben. Das vergleichsweise geringe Volumen der östlichen Kapitalhilfe ist eine allgemein bekannte Tatsache.

Zusammen mit den intensiven Handels- und Entwicklungshilfebeziehungen üben westliche Investitionen und unternehmerische Aktivitäten natürlich auf die längerfristige ökonomische und politische Orientierung afrikanischer Länder einen nachhaltigen Einfluß aus, wie scharf auch immer ihre Rhetorik auf ideologischem Gebiet sein mag. (Sowjetische Ideologen sind sich, wie erwähnt, des „konterrevolutionären“ Einflusses des privaten Kapitals und Unternehmertums bewußt.) Das Verhalten der revolutionären Regime auf dem Rohstoffsektor ist hierfür ein deutlicher Beweis. Entgegen den im Westen vor allem von Sicherheitspolitikern seit 30 Jahren gehegten Befürchtungen ist bis jetzt kein Fall bekannt geworden, in dem eines der mit der Sowjetunion ideologisch verbündeten Regime Afrikas sich geweigert hätte, Rohstoffe zu den üblichen Preisen an westliche Abnehmer abzugeben. Ganz generell ist bei allen sozialistisch-orientierten Regimen eine deutliche Abspaltung der Rohstoffbeziehungen von den ideologischen Bündnisbeziehungen festzustellen. So hat z. B. das MPLA-Regime in Angola, trotz der engen militärischen Zusammenarbeit mit den Ostblockstaaten, das Volumen seiner Öllieferungen an westliche Länder kontinuierlich ausgeweitet und alle Konzessionen für die Förderung von Erdöl an westliche und nicht an östliche Unternehmen vergeben. Am 31. Mai 1983 unterzeichnete auch Mozambique mit Esso und Shell ein Öl-explorationsabkommen für die Vorkommen in der Provinz Cabo Delgado²¹⁾.

Westlichen Politikern und Publizisten ist meistens wenig bekannt, in welchem Umfang wirtschaftliche Realitäten die sowjetischen

Planer und Ideologen gezwungen haben anzuerkennen, daß die Entwicklungsländer Teil eines weltwirtschaftlichen Systems sind, auf das die Sowjetunion, anders als die westlichen Industriestaaten²²⁾, keinen wesentlichen Einfluß hat. Schritt für Schritt zerbrach die Hoffnung, die kapitalistische Weltwirtschaftsordnung mit Hilfe der Entwicklungsländer in eine funktionierende sozialistische internationale Arbeitsteilung unter Führung der Sowjetunion umzuwandeln, an den ökonomischen Realitäten. Heute wird deswegen von Moskau wohl auch nicht mehr die Zerstörung dieser Weltwirtschaftsordnung angestrebt, sondern lediglich ihre Modifizierung. Es verlief, so kann man heute feststellen, alles anders, als man es sich Mitte der fünfziger Jahre im Kreml unter Chruschtschow vorgestellt hatte. Trotz rasch voranschreitender Dekolonisierung wurde die Dritte Welt nicht zum Erfolgfeld „anti-imperialistischer“ sowjetischer Politik und nicht zu einem Platz „to bury the West“. Vielmehr mußte unter anderem der bekannte sowjetische Ökonom Bogomolov Ende der siebziger Jahre eingestehen: „Im Hinblick auf den Handel der RGW-Länder mit den Entwicklungsländern sollte erwähnt werden, daß er einen recht bescheidenen Anteil am Gesamtvolumen des Welthandels hat, nämlich nur ca. 1,5%.“²³⁾ A. Gromyko fügte dem 1981 in einem Interview hinzu: „Zu ungefähr 97% gehört Afrika zur kapitalistischen Weltwirtschaft.“²⁴⁾

Die Tatsache, daß der RGW verschiedenen sozialistisch-orientierten Ländern Afrikas, insbesondere Mozambique und Äthiopien, die Aufnahme in den Rat verweigert hat, zeigt, daß diese Modifizierung der konzeptionellen Grundlagen sowjetischer Dritte-Welt-Politik im Sinne einer Reduzierung „anti-imperialistischer“ Zielsetzungen bereits in die praktische Politik eingegangen ist. Denn natürlich wäre die Integration Mozambiques, Äthiopiens und anderer Entwicklungsländer in den RGW machtpolitisch ein wichtiger Schritt vorwärts gewesen, um eine hegemoniale Vormachtstellung der Sowjetunion in Afrika und anderen Teilen der Dritten Welt aufzubauen. Die ökonomischen Verhältnisse in den Entwicklungsländern und im RGW lassen einen solchen Schritt jedoch nicht zu.

²²⁾ Vgl. dazu E. Kridl Valkenier, a. a. O. (Anm. 9).

²³⁾ Vgl. O. Bogomolov, CMEA and the Developing World, in: International Affairs (Moskau), (Juli 1979) 7, S. 25—34 (S. 26 ff).

²⁴⁾ Vgl. International Herald Tribune vom 17. 7. 1981.

²¹⁾ Vgl. AIM Informations Bulletin, No. 83 (April/Mai 1983), S. 23.

V. Ein-Partei-Herrschaft und sowjetische Einflußsuche

Der gewachsene Realismus sowjetischer Dritte-Welt-Experten hinsichtlich der ungünstigen Bedingungen für eine ideologische Expansion hat nicht zur Folge gehabt, daß die These vom unaufhaltsamen Vormarsch des Sozialismus und seinem endgültigen Sieg im Weltmaßstab aufgegeben worden ist. Einen solchen expliziten Verzicht läßt die starke Verankerung des weltrevolutionären Anspruchs im sowjetischen System und seine Bedeutung für die Legitimität des gegenwärtigen Regimes wohl auch nicht zu. Die sowjetischen Autoren hoffen vielmehr darauf, daß die veränderten internationalen Machtverhältnisse die ideologisch ungünstigen Bedingungen in den Entwicklungsländern ausgleichen können. Denn nach ihrer Auffassung haben die an sich noch recht schwachen revolutionären Kräfte und Tendenzen in den Entwicklungsländern im sozialistischen Lager einen mächtigen Verbündeten gefunden, der die unzureichenden internen „objektiven“ Voraussetzungen für eine sozialistische Entwicklung durch sein politisches, militärisches und ökonomisches Potential von Fall zu Fall ersetzen kann. „Der weltrevolutionäre Prozeß und das Entstehen eines globalen sozialistischen Systems haben in der Geschichte der Welt einen radikalen Wandel herbeigeführt.“²⁵⁾ In der Praxis bedeutet diese These den Versuch, als „fortschrittlich“ eingestufte Regime von Entwicklungsländern durch die *Implementierung östlicher Modellvorstellungen* möglichst fest an das sozialistische Lager anzubinden. Auf der „Internationalen Wissenschaftlichen Konferenz: Der gemeinsame Kampf der Arbeiterbewegung und der Befreiungsbewegung“ in Ost-Berlin im Oktober 1980 hat Ponomarev daher erneut betont, daß das wichtigste Element einer sozialistischen Orientierung die Vormachtstellung einer marxistisch-leninistischen Avantgarde-Partei ist, so wie in der Sowjetunion selbst²⁶⁾. Der Aufbau von Massenorganisationen, eine „revolutionäre“ Erziehung der Streitkräfte etc. sind weitere wichtige Elemente.

Um die Implementierung ihrer Modellvorstellungen durchzusetzen, strebt die Sowjetunion

²⁵⁾ Vgl. R. A. Ul'janovskij, in: J. Andreyev, a. a. O. (Anm. 11), S. 26.

²⁶⁾ Vgl. Internationale Wissenschaftliche Konferenz „Der gemeinsame Kampf der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung gegen Imperialismus für sozialen Fortschritt“ in Ost-Berlin vom 20.—24. Oktober 1980, Sammelband Bd. I, Dresden 1981, S. 37 f.

eine direkte Einflußnahme auf bestimmte, für die innenpolitische Machtverteilung wichtige Zentren an. Vor allem in Ländern, die in größerem Umfang von der militärischen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion abhängig sind, wird versucht, östliche Berater an entsprechenden Stellen zu plazieren. Die Schulung und Beratung von Führungskadern des Partei- und Staatsapparates, Ausbildung und unmittelbare Durchführung von Aufgaben im Bereich der inneren Sicherheit und des Presse- und Informationswesens sowie die Zusammenarbeit und der Austausch mit den Massenorganisationen (Gewerkschaften, Frauen- und Jugendbewegungen etc.) sind in diesem Zusammenhang zu nennen. (Die Einflußnahme auf innenpolitisch wichtige Machtzentren ist natürlich nicht nur ein Merkmal des östlichen Vorgehens, sondern trifft auch für die Politik westlicher Staaten zu. Man denke insbesondere an die französische Afrikapolitik, die in dieser Hinsicht sehr erfolgreich ist.)

Die Errichtung von *Ein-Partei-Systemen* mit marxistisch-leninistischen Vorzeichen wird von vielen westlichen Beobachtern als Signal gewertet, daß afrikanische Regime den westöstlichen Rubikon überschritten haben und nun endgültig als Bestandteil des sozialistischen Lagers anzusehen sind. Angesichts der zeitweise sehr ausgeprägten Rhetorik der Führungen in Mozambique, Angola und Äthiopien im Sinne des orthodoxen Marxismus-Leninismus ist eine solche Einstufung verständlich, jedenfalls bei denjenigen, die sich mit der Geschichte des Sozialismus in Afrika und den internen Bedingungen dieser Länder nicht genauer befaßt haben. Denn die ideologisch eindeutige Abgrenzung gegenüber dem Ostblock wurde von diesen Regimen — anders als von den afro-sozialistischen Regimen, die auch ideologisch eine blockfreie Linie anstreben — aufgegeben. Maputo, Luanda und Addis Abeba übernahmen östliche Thesen, wie die, „natürliche Verbündete“ des sozialistischen Lagers zu sein.

Eine differenzierende Betrachtungsweise sollte sich von dieser Rhetorik jedoch nicht beirren lassen. In erster Linie bestätigt sich in Angola, Mozambique und den übrigen sozialistisch-orientierten Ländern Afrikas nur, was für die große Mehrheit aller afrikanischen Staaten gilt, nämlich eine klare interne Dynamik zugunsten von Ein-Partei-Systemen, so-

weit nicht Militärs die Macht ausüben. Die Gründe für das Vorherrschen von Ein-Partei-Systemen in Afrika sind vielfältig und können hier nicht im Detail erörtert werden. Die Notwendigkeit, der Zentrifugalkraft ethnischer Unterschiede und post-kolonialer Entwicklungsprobleme Herr zu werden, ist hier ebenso zu berücksichtigen wie die Tatsache, daß sich sogenannte Eliten auf dem Wege der Ein-Partei-Herrschaft relativ unangefochten als permanente Machthaber und Nutznießer ökonomischer Vorteile etablieren können. Diese in sozialistisch wie in kapitalistisch orientierten Entwicklungsländern anzutreffende „Staatsklassenproblematik“ ist Ausdruck eines tiefgreifenden sozio-politischen und sozio-ökonomischen Strukturproblems, wie es Elsenhans unter dem Stichwort „bürokratische Entwicklungsgesellschaft“ beschrieben hat²⁷). Auch in den meisten pro-westlichen Staaten Afrikas, wie z. B. in Zaire, Sambia, Malawi, Sudan etc., ist dementsprechend *Ein-Partei-Herrschaft die vorherrschende Regierungsform*. In Kenia hat sich die Regierung erst kürzlich entschlossen, das Land nun auch de jure zum Ein-Partei-Staat zu machen, ohne daß dies irgend etwas mit einer ideologischen Umorientierung zu tun hat. Umgekehrt hat der Rückgang des östlichen Einflusses in So-

malia und Guinea nicht zu einem entsprechenden Abbau des aus der Zeit der Kooperation mit dem Ostblock stammenden Partei-Modells geführt.

Ein-Partei-Herrschaft, wie auch immer tituiert, sagt also wenig über die Dauerhaftigkeit des östlichen Einflusses aus. Zudem haben marxistisch-leninistische Avantgarde-Parteien, wie sie in Mozambique und Angola aufgebaut werden, nur wenig gemeinsam mit den moskauhörigen KPs aus der Zeit der Komintern. (Derartige KPs gibt es in Afrika nur ganz vereinzelt, z. B. in Südafrika und Sudan.) Bei ersteren handelt es sich vielmehr um *sozialrevolutionäre Bewegungen*, die Moskau zwar in abhängige kommunistische Parteien umzuwandeln versucht, die selbst aber ein großes Bewußtsein ihrer Eigenständigkeit haben. Sergio Vieira, führendes Mitglied des ZK der FRELIMO-Partei, hat ihr Selbstverständnis auf der schon erwähnten wissenschaftlichen Konferenz in Ost-Berlin 1980 auf eine kurze Formel gebracht: „Nach unserer Ansicht gibt es keine Modelle für die nationale und soziale Befreiung, für den Aufbau des Sozialismus. Es gibt kein europäisches, kein asiatisches, kein afrikanisches Modell für den Sozialismus.“²⁸)

VI. Waffenexport — wichtiges, aber überschätztes Instrument der sowjetischen Einflußsuche

Ausschlaggebend für den Bestand des sowjetischen Einflusses in Afrika sind deswegen letztlich nicht Ein-Partei-Systeme und eine bestimmte ideologische Rhetorik, sondern *machtpolitische Abhängigkeiten*, die sich im Sinne Moskaus einsetzen lassen. *Waffenexport* und *Militärhilfe* sind hier die entscheidenden Instrumente. Zusammen mit den USA (die Rangfolge ist umstritten) ist die Sowjetunion heute der größte Exporteur von Waffen an die Dritte Welt. Waffen gehören zu den wenigen industriellen Gütern, mit denen Moskau auf dem Weltmarkt gegenüber den westlichen Industriestaaten konkurrenzfähig ist. Durch die Exporte an die Dritte Welt wer-

den jährlich ca. 15% des sowjetischen Deviseneinkommens erwirtschaftet. Schwarzafrika ist neben dem Nahen und Mittleren Osten, bedingt nicht zuletzt durch die Kriege in Äthiopien und Angola, zu einem der Hauptabnehmer sowjetischer Waffen geworden.

Machtpolitische Einwirkungsmöglichkeiten auf schwarzafrikanische Regime eröffnen sich vor allem durch die folgenden Begleiterscheinungen des Waffenexports: Ausgestaltung der Preis- und Zahlungsbedingungen, Entsendung von Beratern, Ausbildung von afrikanischen Militärs im Ostblock sowie die Nachlieferung von Waffen und Ersatzteilen. Im „Normalfall“ sind die aus ihnen resultierenden Druckmöglichkeiten allerdings relativ begrenzt und keine prinzipielle Gefahr für die Eigenständigkeit der Regime. Außerdem vermeidet es die Sowjetunion nach den Aussa-

²⁷) Vgl. H. Elsenhans, *Abhängiger Kapitalismus oder bürokratische Entwicklungsgesellschaft — Versuch über den Staat in der Dritten Welt*, Frankfurt/Main 1981; vgl. auch F. Nuscheler/K. Ziemer, *Politische Herrschaft in Schwarzafrika. Geschichte und Gegenwart*, München 1980.

²⁸) Zitiert in: *Neues Deutschland* vom 21. 10. 1980.

gen afrikanischer Politiker zumindest in der Anfangsphase der militärischen Zusammenarbeit, politischen Druck auszuüben, weil es ihrer Attraktivität als Waffenlieferant schaden könnte. Eine qualitative Veränderung tritt jedoch ein, wenn zwei weitere Bedingungen hinzukommen: Erstens eine mehr oder weniger vollständige Abhängigkeit der Armee des betreffenden Landes von sowjetischen Waffen sowie, zweitens, eine interne oder externe Konfliktlage, durch die das Überleben des betreffenden Regimes unmittelbar gefährdet ist. In einem solchen Fall kann die Zusammenarbeit mit Moskau nur schwer kurzfristig abgebrochen werden, und die Regime können durch die Drohung, keine weiteren Waffen und Ersatzteile zu erhalten, beträchtlich unter Druck gesetzt werden. Die MPLA-Regierung in Angola und der Dergue in Äthiopien befinden sich seit Jahren in einer solchen Lage, und diese erklärt manche einseitig anti-westliche Stellungnahme auf der Ebene des Ost-West-Konflikts. Beachtung verdient jedoch, daß sich Angola, Mozambique und Äthiopien in der für den Westen so wichtigen Stützpunktfrage als erstaunlich widerstandsfähig erwiesen haben. Allen anders lautenden Gerüchten zum Trotz gibt es in diesen Ländern keine sowjetischen Marinestützpunkte. Lediglich begrenzte Nutzungsrechte (Auswechseln von Mannschaften, kleinere Reparaturen, Brennstoffaufnahme etc.) wurden zugestanden. Mozambique und Angola haben in ihren Verfassungen die Errichtung von ausländischen Stützpunkten auf ihrem Territorium generell für unzulässig erklärt.

Rüstungsexport und Militärhilfe können zwar kurz- und mittelfristig ein sehr erfolgreiches Instrument der Einflußsicherung sein, längerfristig haben sie angesichts der im Vergleich zu den westlichen Ländern eklatanten wirtschaftlichen Schwäche des Ostblocks aber einen „self-defeating“-Charakter. Diese sehr wichtige Differenzierung zwischen kurz- und mittelfristigen sowie längerfristigen Auswirkungen wird vielfach übersehen. Ein Scheitern der östlichen Anbindungsstrategie ist *fast zwangsläufig*. Denn einerseits sind — verkürzt dargestellt — Kontinuität und Intensität der östlichen Einwirkungsmöglichkeiten davon abhängig, daß das betreffende Land in militärische Auseinandersetzungen größeren Maßstabs verwickelt und dementsprechend auf sowjetische Lieferungen angewiesen bleibt. Die sowjetische Führung ist deshalb nur bedingt an einem Ende oder der friedlichen Regelung solcher Konflikte interessiert,

wie nicht zuletzt an der mißtrauischen Haltung Moskaus gegenüber den Bemühungen der westlichen Namibia-Kontaktgruppe abzulesen ist. Andererseits zehren die fortgesetzten Kampfhandlungen die Wirtschaft des betreffenden Landes mehr und mehr aus. Notwendige Entwicklungen im infrastrukturellen Bereich und in anderen Bereichen können nicht oder nur verlangsamt durchgeführt werden, und der Unmut über die hohe, volkswirtschaftlich gesehen aber unproduktive Finanzlast der militärischen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten steigt. Denn auch an die ideologisch befreundeten Länder in Afrika „verschenkt“ die Sowjetunion keine größeren Mengen von Waffen, anders als es bei Kuba und Vietnam der Fall ist.

In Äthiopien und Angola sind alle diese Schwierigkeiten seit längerem deutlich zu erkennen. Angola mußte seit der Unabhängigkeit einen Großteil seiner Deviseneinkommen für Waffenkäufe einsetzen, insgesamt mehr als 10 Milliarden US-Dollar. Präsident dos Santos wies 1982 ausdrücklich darauf hin, daß dieses Geld — zumeist Deviseneinkommen aus dem Verkauf von Öl — unter anderen Bedingungen für die Verbesserung der Lebenssituation der Bevölkerung hätte eingesetzt werden können. Gleichzeitig mehren sich die Stimmen, die die Sowjetunion dafür verantwortlich machen, daß der Konflikt militärisch nicht erfolgreich zu Ende geführt werden kann. Dies gilt besonders für Äthiopien, wo die kriegerischen Auseinandersetzungen in Eritrea nicht enden und in der Provinz Tigre eher zunehmen. Nutzen und Qualität der militärischen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion werden mehr und mehr in Frage gestellt — ein Thema, das in der Dritten Welt angesichts verschiedener Kriege, die mit sowjetischen Waffen geführt, aber nicht gewonnen wurden oder werden, generell an Aktualität gewinnt. Insgesamt findet jedenfalls nicht die Entwicklung statt, die notwendig wäre, um die Übernahme marxistisch-leninistischer Modellvorstellungen für die Bevölkerung und die Elite dieses und anderer afrikanischer Länder attraktiv erscheinen zu lassen, nämlich eine signifikante Besserung der Lebensbedingungen im Vergleich zur vorrevolutionären Zeit. Zwangsläufig tritt das ein, was in den Presseberichterstattungen westlicher Zeitungen in den letzten Jahren immer häufiger zu lesen war, nämlich eine „Öffnung“ Mozambiques, Angolas und anderer sozialistisch-orientierter Länder Afrikas zum Westen —

scheinbar überraschend, tatsächlich aber vorgegeben von dem strukturellen Grundproblem der sowjetischen Afrikapolitik. Nicht hegemoniale Ausweitung auf breiter Front,

sondern der *Wechsel von Positionsgewinnen und -verlusten* ist eines der auffallendsten Merkmale dieser Politik seit Mitte der sechziger Jahre.

VII. Öffnung der sozialistisch-orientierten Länder Afrikas gegenüber dem Westen

Seit Beginn der achtziger Jahre wird in den Berichten westlicher Journalisten aus Afrika darüber spekuliert, ob eine Öffnung verschiedener sozialistisch-orientierter Länder Afrikas gegenüber dem Westen bevorsteht. Durch die Reise des mozambiquanischen Präsidenten Samora Machel im Oktober 1983 durch fünf westeuropäische Länder (Belgien, Holland, Portugal, Frankreich und Großbritannien) wurden entsprechende Tendenzen für die westliche Öffentlichkeit deutlich unterstrichen. Der Ausdruck „Öffnung“ mag zwar etwas dramatisch sein, denn tatsächlich hatten sich diese Länder in ihrer praktischen Politik häufig gar nicht so eindeutig vom Westen abgeschlossen bzw. an den Osten angelehnt. Eine beträchtliche Zahl von Ereignissen jedoch, die auf eine veränderte Orientierung Mozambiques, Angolas, Äthiopiens und anderer sozialistisch-orientierter Länder auf der Ebene des Ost-West-Konflikts schließen lassen, läßt sich aufzählen:

— Im August 1982 erkannte Mozambique in einem Nahrungsmittelabkommen mit der Bundesrepublik Deutschland erstmals die „Standard-Berlin-Klausel“ an. Mit Rücksicht auf die DDR und deren Engagement im Befreiungskampf der FRELIMO hatte die mozambiquanische Führung lange auf diesen Schritt verzichtet. Guinea-Bissau folgte in einem Rahmenabkommen zur wirtschaftlichen Kooperation mit der Bundesrepublik, das im März 1983 in Kraft trat, dem Vorbild Mozambiques.

— Die Regierungen Mozambiques und Angolas haben im Herbst 1982 ihre Entschlossenheit bekundet, an den Lomé-III-Verhandlungen teilzunehmen. Dieser Entschluß bedeutet im Hinblick auf die Orientierung zwischen Ost und West zweifellos nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch eine längerfristige Weichenstellung in Richtung Westen.

— Weitere Schritte im Sinne einer Liberalisierung der Wirtschaftspolitik in Richtung auf eine „mixed economy“ wurden unternommen. Mozambique kündigte die Dezentralisierung

seines Außenhandelssystems und den Entwurf eines „investment code“ an, der die legitimen Interessen der Investoren garantieren soll²⁹). In Angola deutete Planungsminister Lopo do Nascimento ebenfalls eine Liberalisierung des Marktes für Nahrungsmittel an und einen weiteren Rückgang der Bedeutung der Staatsfarmen³⁰).

— Im April 1982 schlossen Mozambique und Portugal ein Abkommen über militärische Zusammenarbeit, das erste dieser Art mit einem westlichen Land. Einige portugiesische Offiziere sind bereits mit der Ausbildung der mozambiquanischen Armee beschäftigt. Anlässlich des Besuchs von Machel in Portugal im Oktober 1983 wurde, gewissermaßen als Krönung der neuen Zusammenarbeit, feierlich ein Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit abgeschlossen³¹). Auch Großbritannien hat sich im Prinzip bereit erklärt, Mozambique „beim Kampf gegen Unterentwicklung und Destabilisierung durch seine Feinde zu unterstützen“. Am Ende des Besuchs von Machel in London sagte der mozambiquanische Außenminister Chissano, daß Großbritannien Militärhilfe angeboten hätte und sogar die Möglichkeit bestünde, daß mozambiquanische Offiziere im traditionsreichen Sandhurst ausgebildet werden würden³²). Im Rahmen der Verbesserung der Beziehungen mit den USA äußerte Machel schließlich auch den Wunsch nach Militärhilfe aus den Vereinigten Staaten³³).

In Angola soll schon seit einiger Zeit ein Kontingent portugiesischer Militärs als Ausbilder tätig sein. Einen spektakulären Schritt unternahm in dieser Hinsicht Frankreich Ende 1983 nach seinem Austritt aus der westlichen

²⁹) Vgl. AIM Informations Bulletin, No. 88 (Oktober 1983), S. 2, 12.

³⁰) Vgl. Africa Research Bulletin (Economic Series), 15. 7.—14. 8. 1983, S. 6944.

³¹) Ebd.

³²) Vgl. Africa Research Bulletin, 1.—31. 10. 1983, S. 7021.

³³) Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. 11. 1983.

Namibia-Kontaktgruppe. Es sollen über 30 Kampfhubschrauber an Angola geliefert worden sein³⁴⁾.

Seitens Äthiopiens ist bis jetzt zwar kein Wunsch nach westlicher Militärhilfe geäußert worden, zumindest nicht offiziell. Die Tatsache, daß seit Ende 1983 die Zahl der kubanischen Truppen im Ogaden aber Schritt für Schritt verringert wird, läßt sich durchaus als ein Signal an den Westen verstehen, die Bindungen an das sozialistische Lager nicht überzubewerten.

— Ausgeprägter ist die Distanznahme gegenüber dem Ostblock bei den sozialistisch-orientierten Ländern VR Kongo, Benin, Guinea-Bissau und Guinea. Die VR Kongo hat ihre Militärkooperation mit Paris auf Kosten Moskaus intensiviert. Auch mit der Bundesrepublik kam anläßlich des Besuches des damaligen bundesdeutschen Entwicklungshilfeministers Rainer Offergeld Anfang 1982 eine nachhaltige politische Annäherung zustande. Redynamisiert wurden 1981/82 des weiteren die Beziehungen zwischen Benin und Frankreich. Beide wollen militärisch wieder eng kooperieren. Das schon seit 1977 dem Westen wieder verstärkt zugewandte Guinea setzte diesen Weg fort. Demnächst sollen sogar Offiziere zur Ausbildung in die USA gesandt werden³⁵⁾.

Bei einer Kenntnis der längerfristigen strukturellen Schwäche der sowjetischen Dritte-Welt-Politik sind diese Entwicklungen nicht überraschend. Sie bestätigen die These, daß nicht kontinuierliche Machtausweitung, sondern ein Wechsel von Positionsgewinnen und -verlusten charakteristisch ist für die sowjetische Afrikapolitik. Dennoch ist in den westlichen Ländern die Skepsis groß, daß diese Öffnungen nur eine taktische Maßnahme Moskaus sein könnten, ähnlich der von Lenin zu Beginn der zwanziger Jahre praktizierten „Neuen Ökonomischen Politik (NÖP)“. Verständlich ist diese Skepsis insofern, als es Äußerungen sowjetischer Politiker gibt, die den revolutionären Regimen diese Politik Lenins als Vorbild hinstellten. Der Hinweis auf Lenins NÖP ist jedoch, ohne daß das hier in allen Einzelheiten belegt werden kann, eher als ein Versuch zu interpretieren, diese von objektiven Bedingungen diktierte Öffnung ohne allzu großen ideologischen Gesichtsverlust aufzufangen, als Ausdruck einer raffinierten, für den Westen gefährlichen Taktik. Die

Feststellung eines DDR-Autors ist in dieser Hinsicht erstaunlich freimütig: „Einer aufsteigenden Phase der nationalen demokratischen Revolution, die beträchtliche Ergebnisse bringt, folgt eine Phase, in der sich der revolutionäre Prozeß verlangsamt, die Revolution degeneriert, ihre anti-kapitalistische Tendenz schwächt sich ab, allmählich verschiebt sich das Kräfteverhältnis zugunsten der revolutionär-demokratischen Kräfte bis hin zu einer Neutendenzwende zugunsten kapitalistischer Orientierung oder Entwicklung.“³⁶⁾

Wichtig ist schließlich, daß der Verlauf der Öffnung nicht unabhängig vom Verhalten des Westens beurteilt werden kann. Zwar ist es richtig, zu überlegen, wie bei allen anderen Entwicklungsländern auch, inwieweit westliche Wirtschaftshilfe für die Beseitigung der ökonomischen Schwierigkeiten dieser Länder sinnvoll eingesetzt werden kann. Sie lediglich aus machtpolitischen Erwägungen vom Osten „loszukaufen“, wird langfristig wenig einbringen. Ausdruck einer im höchsten Maße *unsubtilen* und letztlich kontraproduktiven Politik wäre es jedoch, das westliche Eingehen auf die Öffnung von einem mehr oder weniger offenen Bruch dieser Regime mit Moskau und einer Aufgabe ihrer sozialistischen Orientierung abhängig zu machen, wie es einzeln gefordert wurde. Das wäre eine direkte Hilfestellung für Moskau, seine Positionsgewinne in Afrika erfolgreich zu verteidigen. (Die für Herbst 1984 anläßlich des 10. Jahrestages der äthiopischen Revolution möglicherweise zu erwartende Errichtung einer Arbeiterpartei ähnlich den Ein-Partei-Systemen in Mozambique und Angola birgt z. B. die Gefahr in sich, im Westen im Hinblick auf die Ost-West-Orientierung Äthiopiens gründlich mißverstanden zu werden.)

Derart rigide Forderungen verkennen das außenpolitische Grundproblem von Entwicklungsländern. Angesichts ihrer schweren ökonomischen Lage geht es für sie einerseits darum, durch intensive Zusammenarbeit mit den „reichen“ Ländern des Nordens umfassende Unterstützung für ihre entwicklungspolitischen Bemühungen zu bekommen, wobei es sekundär ist, ob diese Hilfe aus dem Westen oder aus dem Osten kommt. Andererseits müssen sie aber der Gefahr entgegenwirken,

³⁴⁾ Vgl. The Star vom 27. 12. 1983.

³⁵⁾ Vgl. Africa Confidential, 23 (1982) 15, S. 8.

³⁶⁾ Vgl. G. Brehme, Sozialistische Orientierung und sozialistischer Entwicklungsweg in Afrika und Nahost — Die Erfahrungen der 60er und 70er Jahre, in: Asien, Afrika, Lateinamerika, (1984), S. 858 bis 868 (S. 861).

von diesen Ländern ökonomisch oder militärisch einseitig abhängig zu werden. *Diversifizierung* und *Balancierung* der Außenbeziehungen ist der einzige Weg, das zu erreichen. Der Staatschef der VR Kongo, Oberst Sassou-Nguesso, drückte das im Dezember 1981 fol-

gendermaßen aus: „Der Kongo beabsichtigt, Kooperation gleichzeitig mit der Sowjetunion und mit Frankreich zu entwickeln, will jedoch in keiner Weise privilegierte Beziehungen zu dem einen oder anderen der beiden Länder unterhalten.“³⁷⁾

VIII. Ausblick auf Grundbedingungen und -elemente westlicher Sicherheitspolitik

Nach drei Jahrzehnten sowjetischer Afrika-politik läßt sich heute verkürzt folgendes Fazit ziehen:

Die These, daß die Ausweitung des orthodoxen Marxismus-Leninismus und damit des sowjetischen Einflusses nach Afrika „historisch zwangsläufig“ sei, darf als widerlegt gelten. Die sozio-ökonomischen Bedingungen für eine dauerhafte Implementierung des Marxismus-Leninismus sowjetischer Provenienz sind dafür zu ungünstig und die Kluft zwischen ideologischen Zielen und machtpolitischen Durchsetzungsmöglichkeiten des sowjetischen Systems zu groß. (Diese These stellt nicht in Abrede, daß die Sowjetunion heute in einer viel größeren Breite und Intensität Beziehungen zu den meisten afrikanischen Ländern unterhält als zu Beginn ihres Engagements Mitte der fünfziger Jahre; damals fing sie praktisch bei Null an.) Die Kreml-Führer stehen heute aber vor einer sehr ambivalenten Lage. Angesichts der Ernüchterung auf ideologischem Gebiet und um unnötige Kosten und Risiken zu vermeiden, wären einige von ihnen wohl geneigt, ideologische Positionsgewinne wieder aufzugeben, z. B. was Mozambique und Angola betrifft. Militär-strategisch orientierte Denker im Kreml werden dagegen aber Einwände haben, weil sie befürchten, daß das zumindest zu psychologisch gefährlichen Rückwirkungen für den Supermacht-Status der Sowjetunion führen könnte.

Im Hinblick auf die Ost-West-Konkurrenz in der Dritten Welt und die Absicherung westlicher Interessen in Afrika ist das eigentlich überraschende Phänomen, daß — trotz umfassender Dekolonisierung und „anti-imperialistischer“ sowjetischer Politik — die *wirtschaftliche Vorherrschaft* der westlichen Länder in Afrika ungebrochen fortbesteht. (Daß dies aus afrikanischer Sicht keine erfreuliche Tatsache ist, steht auf einem anderen Blatt.) Diese Stärke findet, wie schon in dem zu Beginn zitierten Ausspruch von Lord Carrington angedeutet, erstaunlich wenig Eingang in die

Überlegungen der meisten westlichen Sicherheitspolitiker und -experten. Es sind nämlich nicht nur die sowjetischen Aktivitäten, sondern auch die Unfähigkeit, die eigene Stärke wahrzunehmen, die zu einem Gefühl des Bedrohtseins führen. Psychologische Mechanismen, beispielsweise das Projizieren eigener Zukunftsängste in die weitgehend unbekannte Dritte Welt mit allen ihren Instabilitäten, mögen dafür ebenso eine Rolle spielen wie die Notwendigkeit, sowjetische Aktivitäten aus innenpolitischen Gründen einseitig im Sinne einer Bedrohung zu stilisieren. Zudem würde ein bewußtes Wahrnehmen der westlichen Stärke dazu führen, daß auch ihre negativen Auswirkungen zur Kenntnis genommen werden müßten. In Zeiten, in denen die Unterscheidung zwischen „good guys“ und „bad guys“ wieder eine größere Rolle spielt, um außenpolitischen Konsens herzustellen, fällt das ganz besonders schwer.

In den nachfolgenden, diesen Aufsatz abschließenden Thesen zur Frage der westlichen Sicherheit geht es nicht um den Entwurf einer völlig neuen Sicherheitspolitik für Afrika. Verschiedene Elemente, die bereits Bestandteil der westlichen Politik sind oder waren, finden sich in ihnen vielmehr wieder.

1. Revolutionen, Umstürze und andere Formen der Instabilität werden in diesem und vermutlich auch in dem nächsten Jahrzehnt ein dominierendes Element der Entwicklungen in Afrika bleiben, ähnlich wie in anderen Teilen der Dritten Welt. Derartige Instabilitäten sind aus westlicher Sicht zwar unerwünschter, letztlich aber doch wohl notwendiger Bestandteil des schwierigen Prozesses, die relativ jungen Staaten von innen heraus zu politisch und ökonomisch stabilen Nationen zu konsolidieren. Wie die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte zeigen, stellen Revolutionen in der Dritten Welt aber keine prinzipielle Gefährdung westlicher Handels- und Wirtschaftsinteressen dar. Die Befürchtung,

³⁷⁾ Vgl. Monitor-Dienst (Afrika) vom 14. 12. 1981.

daß sie den westlichen Industriestaaten im Auftrag der Sowjetunion die Lieferung von Rohstoffen versagen könnten, beruht auf einer Unkenntnis objektiver ökonomischer Bedingungen. Zwar können revolutionäre Umstürze für einzelne westliche Unternehmen oder Branchen nachteilig sein. Im großen und ganzen hat die Wirtschaft inzwischen aber recht gut gelernt, mit ihnen fertig zu werden. David Rockefeller sagte dazu 1981 nach einem Besuch in Angola und anderen sozialistisch-orientierten Ländern Afrikas: „Unsere Erfahrung ist, daß wir mit den Regierungen unterschiedlichster Richtungen umgehen können, ... je mehr Länder ich in Afrika gesehen habe, die angeblich marxistisch sind, desto mehr habe ich den Eindruck, daß diese Abstempelung mehr eine Irreführung als eine Wiedergabe der Wirklichkeit ist. Das Hauptinteresse der Führer dieser Länder ist es, die Lebensbedingungen ihrer Bevölkerung zu verbessern und die Wirtschaft ihres Landes zu stärken.“³⁸⁾

2. Nicht Militarisierung, sondern die sozio-ökonomischen Bedingungen in den Entwicklungsländern und das eindeutig zugunsten des Westens bestehende weltwirtschaftliche Kräfteverhältnis sind die wichtigsten *Barrieren* gegen eine hegemoniale Ausweitung des sowjetischen Einflusses in Afrika und anderen Teilen der Dritten Welt. Hier gibt es allerdings ein schwieriges Problem für die „Nervenstärke“ der westlichen Demokratien in der Rivalität mit dem Osten. Kurz- und mittelfristig können Revolutionen und Instabilitäten der Sowjetunion Einstiegsmöglichkeiten eröffnen, die in der Tat gefährlich werden könnten, würden sie längerfristig zu einem kontinuierlichen Ausbau des östlichen Einflusses führen. In der Regel ist das aber, wie in dieser Untersuchung dargelegt wurde und sich in den letzten Jahrzehnten sowjetischer Dritte-Welt-Politik bewiesen hat, unwahrscheinlich. Zweierlei bedarf in diesem Zusammenhang einer stärkeren Wahrnehmung in der westlichen Öffentlichkeit und Politik. Erstens, in der operativen Planung der sowjetischen Dritte-Welt-Politik hat — anders als auf der Ebene der Propaganda — die anti-imperialistische Stoßrichtung mit einiger Sicherheit an Bedeutung verloren, basierend auf einem Lernprozeß im Kreml hinsichtlich der ökonomischen Erfolgsmöglichkeiten einer solchen Politik. Zweitens ist in den Entwicklungsländern eine erhebliche Ernüchterung im Hin-

blick auf sozialistische Modelle als „quick way to development“ eingetreten³⁹⁾.

3. Eine nachhaltige Militarisierung westlicher Dritte-Welt-Politik, um revolutionäre Tendenzen zu unterdrücken, ist konzeptionell undifferenziert. Sie ist zum einen, wie verschiedene Beispiele zeigen, meistens nur kurz- und mittelfristig, nicht aber längerfristig erfolgreich, da hinter den revolutionären Bestrebungen zumeist tiefe sozio-ökonomische Probleme stehen. Angesichts der Vielzahl von Konflikten und Instabilitäten in der Dritten Welt läuft eine solche Militarisierung zum anderen auf eine Verzettelung der militärischen Kräfte und Ressourcen des Westens hinaus. Militärisch geht es lediglich darum, die sozialen und ökonomischen Barrieren gegen ein Hinüberwachsen östlicher Aktivitäten in eine hegemoniale Dominanz der Sowjetunion in einzelnen Ländern oder Teilen der Dritten Welt abzusichern. Für die Gefahr eines derartigen Hinüberwachsens „normaler“ östlicher Beziehungen zu einer hegemonialen Dominanz sind zwei Indikatoren wichtig: Zum einen die Stationierung oder Entsendung von Truppen des Warschauer Paktes in großer, die militärische Lage in dem betreffenden Land eindeutig dominierender Zahl. (Die Grenzen sind hier fließend. Es sei daran erinnert, daß Ägypten in den siebziger Jahren keine große Mühe hatte, kurzfristig 15 000 sowjetische Soldaten nach Hause zu schicken und daß auch 15 000 bis 20 000 kubanische Soldaten Angola nicht in den Griff bekommen können.) Zum anderen die Errichtung von sowjetischen Stützpunkten. Beides, zahlenmäßig bedeutsame Stationierung von Kampftruppen und Errichtung von Stützpunkten, führt zu einem Zustand, der in gefährlicher Nähe zu einer militärischen Implementierung sowjetischer Hegemonie nach osteuropäischem Vorbild führt.

4. Die gegenwärtigen Instrumente der westlichen Politik reichen ohne weiteres aus, derartige hegemoniale Bestrebungen der Sowjetunion bei gleichzeitig breitem Spielraum für revolutionäre Instabilitäten in Afrika abzublocken. Drei Bereiche verdienen besondere Aufmerksamkeit. Erstens, mit Blick auf die Möglichkeit eines östlichen Transfers von Kampftruppen und Waffen an Afrika, das *militärische Kräfteverhältnis* an den Küsten Afrikas und Arabiens. Um einen derartigen Transfer militärisch zu riskant zu machen, rei-

³⁸⁾ Vgl. The Washington Post vom 3. 3. 1982.

³⁹⁾ Vgl. dazu U.S. News and World Report vom 16. 1. 1984, S. 32.

chen die gegenwärtig im Indischen Ozean stationierten westlichen Kräfte allemal aus. Zweitens werden die Handlungsmöglichkeiten des Westens, und damit das militärische Kräfteverhältnis, bestimmt von den jeweiligen *rechtlich-ordnungspolitischen Rahmenbedingungen* konkreter Krisen und Konflikte. Die sowjetische Führung vermag sehr wohl zu erkennen, ob westliche Regierungen militärisch handlungsunfähig sind, weil sie sich auf die Seite eines international und innenpolitisch unakzeptablen Konfliktpartners in der Dritten Welt begeben haben. Die kubanisch-sowjetische Intervention in Angola Mitte der siebziger Jahre war dafür ein klassisches Beispiel. Aufgrund der ambivalenten Haltung westlicher Regierungen gegenüber dem weißen Minderheitsregime in Südafrika besteht diese für sowjetische Aktivitäten rechtlich-ordnungspolitisch günstige Lage fort. Drittens ist entscheidend das *ökonomische Verhalten* der westlichen Industriestaaten. Die Tatsache, daß es in Afrika zwar verschiedene sozialistisch-orientierte Regime gibt, keines von ih-

nen aber, auch nicht das von der Sowjetunion als strategisch relativ wichtig eingeschätzte Äthiopien, den kubanischen Weg gegangen ist, hängt maßgeblich damit zusammen, daß man diese Regime von westlicher Seite nicht derartig isoliert und boykottiert hat, wie es seinerzeit die amerikanische Politik im Fall Kubas getan hat und zum Teil noch tut. Eine unverkrampfte Politik des Westens im politischen und ökonomischen Bereich gegenüber revolutionären Regimen hat unmittelbar Bedeutung für die längerfristigen militärischen Optionen der Sowjetunion in bezug auf diese Regime. Denn jede andere Politik des Westens reißt die zwei entscheidenden Barrieren gegen hegemoniale Bestrebungen der Sowjetunion ein, nämlich die für sie ungünstigen ökonomischen Bedingungen und die in diesen Ländern selbst bestehenden Bestrebungen, das frühere koloniale Joch europäischer Mächte nicht in ein neues, nämlich ein hegemoniales der Sowjetunion, umzuwandeln.

⁴⁰⁾ Vgl. W. Kühne, a. a. O. (Anm. 4), S. 213 ff.

Dirk Berg-Schlosser: Afrika zwischen Despotie und Demokratie. Bedingungen und Lebensfähigkeit der politischen Systeme der Gegenwart

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 14/84, S. 3—14

Die afrikanischen politischen Systeme der Gegenwart lassen sich, grob gesprochen, in vier charakteristische Verlaufstypen untergliedern: stabil-polyarchische, stabil-sozialistische, stabil-autoritäre und prätorianische Systeme. Ihre unterschiedlichen Leistungen seit der Unabhängigkeit werden mit Hilfe mittlerweile zur Verfügung stehender Datensätze in bezug auf drei Kriterien gemessen: entwicklungspolitische Leistungsfähigkeit ausgedrückt in Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts pro Kopf und Veränderungsraten der materiellen Lebensqualität; Dependenzindikatoren, die die Konzentration der Exporte auf bestimmte Produkte und Handelspartner und den Anteil ausländischen Kapitals anzeigen; und normative Maßstäbe im Hinblick auf zwei etwas unterschiedlich akzentuierte Menschenrechtskriterien.

Die Befunde ergeben ein differenziertes Muster, das einigen nach wie vor gängigen Auffassungen über die höhere entwicklungspolitische Leistungsfähigkeit von autoritären Systemen und Militärdiktaturen, für die entsprechenden Einbußen an Freiheit in Kauf zu nehmen seien, deutlich widerspricht. So weisen die zivil-autoritären Staaten Schwarzafrikas zwar die durchschnittlich höchsten BSP/Kopf-Wachstumsraten auf, die Verbesserung der materiellen Lebensqualität, ausgedrückt durch höhere Lebenserwartung, geringere Säuglingssterblichkeit und stärkere Alphabetisierung, bleibt jedoch relativ gering. Für die sozialistischen Staaten gilt das umgekehrte Ergebnis. Prätorianische Systeme stehen in bezug auf beide Kriterien deutlich am schlechtesten da, während die pluralistischen Polyarchien in jeder Hinsicht vergleichsweise positive Werte aufweisen. Auch in bezug auf Menschenrechtskriterien schneiden die letztgenannten Staaten am besten ab. Ein demokratiethoretischer Pessimismus hinsichtlich der entwicklungspolitischen Leistungsfähigkeit solcher Systeme bei gleichzeitiger Beachtung grundlegender normativer Maßstäbe erscheint also nicht gerechtfertigt. Im Hinblick auf die Dependenzkriterien ergeben sich nur geringfügige Systemunterschiede.

Volker Matthies: Sicherheitspolitik und Dritte Welt: Das Beispiel Afrika

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 14/84, S. 15—30

In dem Beitrag wird davon ausgegangen, daß infolge der relativen „Macht-Diffusion“ in den internationalen Beziehungen (Entstehung neuer Machtträger im Zuge der Aufrüstung und Aufwertung strategischer Rohstoffe und geostrategischer Positionen in der Dritten Welt; Wandel zu einem multipolaren Weltsystem) die Entwicklungsländer mehr als bisher als relativ eigenständig handelnde sicherheitspolitische Akteure angesehen werden müssen. Wurde die Dritte Welt bislang fast nur als ein „Objekt“ fremder Sicherheitspolitiken betrachtet, so ist sie mittlerweile doch auch zum „Subjekt“ eigener Sicherheitspolitiken geworden.

Am Beispiel Afrikas werden solche Sicherheitspolitiken auf der kollektiv-kontinentalen Ebene (Organisation für die Einheit Afrikas als gesamtafrikanisches Sicherheitssystem), auf der kollektiv-regionalen Ebene (SADCC und ECOWAS als regionale Sicherheitsgemeinschaften im Südlichen Afrika und in Westafrika) sowie auf der individuell-nationalstaatlichen Ebene (Nigeria als aufstrebende regionale Vormacht) diskutiert. Dabei zeigt sich, daß gerade in Afrika infolge der wirtschaftlichen Unterentwicklung, der militärischen Schwäche und der politisch-territorialen Fragmentierung des Kontinents bislang allenfalls erste Elemente einer eigenständigen afrikanischen Sicherheits- und Friedensordnung (im Sinne einer „Pax Africana“) existieren.

Winrich Kühne: Sowjetische Einflußsuche und westliche Sicherheit: Das Beispiel Afrika

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 14/84, S. 31—46

Dem Umgang mit Konflikten in der Dritten Welt wird in der westlichen Sicherheitspolitik — im Gegensatz zur Rüstungsfrage — nicht die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt. Im Hinblick auf den besonders wichtigen Aspekt der Gefährdung westlicher Interessen in der Dritten Welt durch sowjetische Einflußsuche wird hier am Beispiel Afrikas untersucht, inwieweit die westliche Bedrohungswahrnehmung den tatsächlichen Entwicklungen entspricht.

Es wird nicht bestritten, daß die Sowjetunion expansive hegemoniale Bestrebungen hat; ihre erfolgreiche Verwirklichung stößt jedoch auf eine Reihe erheblicher Hindernisse. So mangelt es an direkten militärischen Eingriffsmöglichkeiten zur Absicherung des ideologischen Expansionsanspruches ebenso wie an den geeigneten sozio-ökonomischen Bedingungen in afrikanischen Ländern. Der wirtschaftliche und militärische Einfluß der westlichen Industriestaaten wird in hiesigen Untersuchungen ebenfalls erheblich unterschätzt. Auch die Errichtung von Einparteiensystemen marxistisch-leninistischer Prägung bedeutet nicht von vornherein eine dauerhafte Einbindung in das östliche Lager, da zum einen die Einparteiherrschaft auch in den prowestlichen Staaten Afrikas die vorherrschende Regierungsform ist, zum anderen auch sich marxistisch-leninistisch nennende Parteien ein starkes Bewußtsein ihrer ideologischen Eigenständigkeit pflegen. Entscheidend für den sowjetischen Einfluß sind daher machtpolitische Abhängigkeiten, die Moskau im Wege der Militärhilfe und des Waffenexports, vorzugsweise in Konfliktgebiete, zu schaffen sucht. Trotz gewisser kurzfristiger Erfolge ist diese Strategie jedoch langfristig zum Scheitern verurteilt, da der Osten nicht in der Lage ist, die auf lange Sicht unvermeidliche wirtschaftliche Schwächung des Empfängerlandes aufzufangen. Zudem hat bei verschiedenen sozialistisch orientierten Regimen in den letzten Jahren eine Öffnung zum Westen stattgefunden.

Insgesamt sieht der Autor in der sowjetischen Afrikapolitik in den letzten beiden Jahrzehnten nicht eine hegemoniale Ausweitung auf breiter Front, sondern einen Wechsel von Positionsgewinnen und -verlusten. In seinen abschließenden Thesen zur westlichen Sicherheitspolitik kommt er zu dem Schluß, daß die gegenwärtigen Instrumente westlicher Politik ausreichen, um eine Ausweitung des sowjetischen Einflusses abzublocken. Einer Politik des Westens, die auf Militarisierung, Isolations- und Boykottmaßnahmen verzichtet und statt dessen die wirtschaftliche Vormachtstellung weiter ausbaut, gibt er die größten Erfolgchancen.